Trendreport

SECURITY PRIVACY SAFETY

Sicherheitsaspekte im Wandel













Zukunft

ober österreich

Oö. Zukunftsakademie

Inhalt



Einleitung 3

Sicherheit heute und morgen 6
Security, Safety, Privacy 6
Dimensionen der Sicherheit 7
Sicherheitsforschung und -indikatoren 7
Institutionelle Sicherheitsakteure 11

Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Cybersicherheit 12
Digitale Vernetzung und Künstliche Intelligenz 12
Cybersicherheit und digitale Bedrohungen 14

Sichere Räume und Infrastrukturen 18
Schutz kritischer Infrastrukturen 18
Öffentlicher Raum und urbane Sicherheit 22
Mobilität und Verkehrssicherheit 25
Sicheres Bauen und Wohnen 27

Demografischer Wandel und soziale Sicherheit 31
Alternde Gesellschaft 32
Migration 33
Alters- und regionale Bevölkerungsstruktur 33
Gesellschaftliche Resilienz 34

Gesundheit und medizinische Sicherheit 36
Versorgungssicherheit, Krisenvorsorge und Notfallmanagement 36
Klimawandel als Gesundheitsrisiko 38
Epidemien und Pandemien 39
Resistenzen und Arzneimittelsicherheit 40
Patientinnen- und Patientensicherheit 41

Sicherheit in der Arbeitswelt 42
Physische und psychische Sicherheit 42
Soziale Absicherung und wirtschaftliche Resilienz 44

Klimawandel, Ressourcen und globale Verflechtung 46
Klimawandel in Oberösterreich 47
Natürliche Ressourcen in Oberösterreich 51
Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit 53

Zukunftsszenarien und Handlungsstrategien 58
Sicherheit als gesellschaftliche und technologische Aufgabe 59
Sicherheit vs. Freiheit 59
Sicherheit gestalten – Strategien für morgen 60

Einleitung



Angesichts der rasanten Digitalisierung, der fortschreitenden Vernetzung und neuartiger Risiken wandelt sich der klassische Sicherheitsbegriff immer weiter. Traditionell umfasst er die Aspekte Safety (Schutz vor unabsichtlichen Gefahren), Privacy (Schutz der Privatsphäre) und Security (Schutz vor absichtlichen Angriffen). Doch moderne Technologien und die digitale Transformation bringen neue Herausforderungen mit sich: Cyberangriffe, Deepfakes, Identitätsdiebstahl und illegaler Handel im „Darknet“ führen zu völlig neuen Sicherheitsaspekten. Insbesondere Künstliche Intelligenz (KI) beeinflusst heutige Sicherheitskonzepte – sie bietet einerseits Chancen durch effiziente Datenanalyse und vorausschauende Gefahrenabwehr, andererseits entstehen Risiken für Datenschutz und Missbrauchsmöglichkeiten.

Auch in Bereichen wie der Arbeitswelt, der Gesundheitsversorgung und der Ernährungssicherheit treten neue Sicherheitsfragen auf – von psychischen Belastungen am Arbeitsplatz bis hin zu Antibiotikaresistenzen und Lieferkettenrisiken.

Zusätzlich steigt die Abhängigkeit kritischer Infrastrukturen von digitalen Systemen, wodurch großflächige Stromausfälle weitreichende Folgen haben können. Nationale Grenzen spielen in diesen vernetzten Systemen kaum mehr eine Rolle, weshalb neue Technologien und Strategien – ergänzend zu klassischen Sicherheitsmaßnahmen – erforderlich sind, um den künftigen Herausforderungen gewachsen zu sein. Initiiert von Österreich unterzeichneten im November 2025 alle EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Erklärung zur **Europäischen Digitalen Souveränität.**[1]
Ziel ist es, Europas digitale Infrastruktur, Daten und Schlüsseltechnologien stärker eigenständig und sicher zu gestalten, Abhängigkeiten zu reduzieren und zugleich auf Basis gemeinsamer Werte international zu kooperieren. Diese Entwicklung verlangt eine ständige Anpassung und Erweiterung des Sicherheitsbegriffs sowie eine ausgewogene Balance zwischen dem Einsatz moderner Mittel und der Wahrung von Freiheitsrechten.

Gleichzeitig sieht sich unsere Gesellschaft mit einer Reihe globaler Krisen und Entwicklungen konfrontiert, die die Sicherheit beeinflussen. Unerwartete Ereignisse wie die COVID-19-Pandemie führten uns drastisch vor Augen, wie verletzlich moderne Gesellschaften trotz aller Technologie sind, und verdeutlichten zugleich die essenzielle Bedeutung effektiven Krisenmanagements sowie internationaler Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. ▶

1 https://www.digitalaustria.gv.at/dam/jcr:c0db0940-dcc4-4ece-806d-5517a21efbb9/251118-5_Declaration_Berlin.pdf

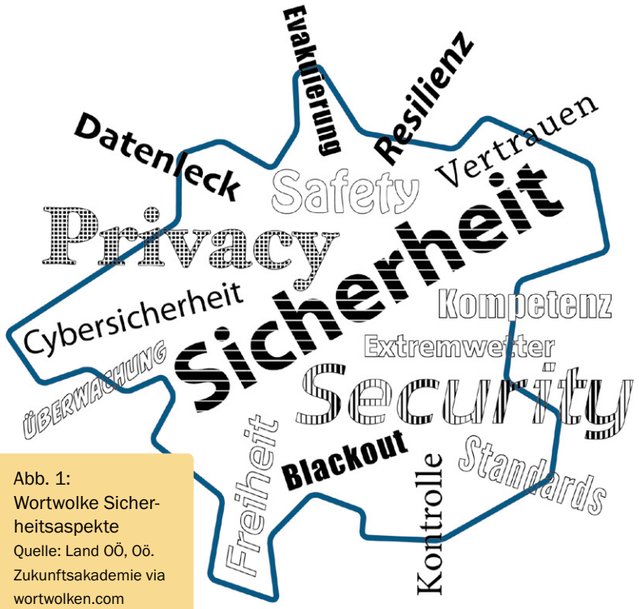


Abb. 1:
Wortwolke Sicherheitsaspekte
Quelle: Land OÖ, Oö. Zukunftsakademie via wortwolken.com

Geopolitische Spannungen und damit verbundene Migrationsbewegungen haben seit der ersten Auflage dieses Trendreports im Jahr 2017 ebenfalls zugenommen: Noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbare Konflikte wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben die Sicherheitslage in Europa erschüttert und grundlegend verändert. In vielen Ländern der Welt sind zudem in den letzten Jahren autoritärere Züge zu erkennen, die ebenfalls unsere demokratische Ordnung auf verschiedene Weise beeinflussen bzw. bedrohen. Dies ist im Risikobild 2026 des Bundesministeriums für Landesverteidigung detailliert beschrieben.[2]

Deshalb gewinnt auch die militärische Landesverteidigung wieder an Bedeutung. Die Rolle des Bundesheeres geht dabei längst über klassische Verteidigungsaufgaben hinaus: Es leistet einen wesentlichen Beitrag bei Katastrophen, bei humanitären Einsätzen und bei der Unterstützung ziviler Behörden – national wie international. Gleichzeitig stärkt es durch Übungen, Ausbildung und strategische Partnerschaften die Resilienz des Landes gegenüber äußeren Bedrohungen.

Einen ebenso unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit leisten die Berufs- und freiwilligen Feuerwehren. Durch ihre flächendeckende Präsenz sorgen sie für rasche Hilfe in Notfällen – von Bränden über technische Einsätze bis hin zu Naturkatastrophen. Ihre enge Zusammenarbeit mit anderen Einsatzorganisationen sowie ihre hohe Einsatzbereitschaft machen sie zu einer tragenden Säule im Krisen- und Katastrophenschutz.

Auch zeigt sich, dass Sicherheit nicht nur durch Institutionen und Einsatzorganisationen gewährleistet wird, sondern ebenso eine gesellschaftliche Dimension hat. Insbesondere die geistige Landesverteidigung spielt eine wichtige Rolle: Sie stärkt das Bewusstsein für demokratische Werte, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Fähigkeit, Desinformation oder extremistischen Einflüssen entgegenzuwirken. Der Rückhalt und das Vertrauen der Bevölkerung sind dabei zentrale Voraussetzungen, um Sicherheitsmaßnahmen wirksam umsetzen zu können.

Darüber hinaus verstärken schleichende, aber tiefgreifende Entwicklungen wie der Klimawandel die Herausforderungen für unsere Sicherheit. Zunehmend häufige Extremwetterereignisse (z. B. Hitzewellen, Dürren oder Überschwemmungen) und die daraus resultierenden Schäden bedrohen Infrastrukturen und Versorgungssicherheit von Rohstoffen oder Lebensmitteln.

2 https://verteidigungspolitik.at/risikobild

All diese Faktoren beeinflussen unser Sicherheitsgefühl – sowohl in objektiver Hinsicht (durch reale Gefahren für Leben, Gesundheit und Eigentum) als auch subjektiv durch das Empfinden von Unsicherheit. So können etwa anhaltende Krisen und Veränderungen zu Verunsicherung in der Bevölkerung führen. Verstärkt wird dies durch die heutige Informationsdynamik durch sogenannte Fake News und teilweise sogar gezielte Desinformation.

Dennoch ist und bleibt Oberösterreich ein sicheres und lebenswertes Bundesland. Dank einer gut aufgestellten Infrastruktur, einer starken Vernetzung zwischen Justizsystem, Sicherheitsbehörden, Rettungsorganisationen und Zivilgesellschaft sowie gezielter Präventionsmaßnahmen in den verschiedensten Dimensionen der Sicherheit zählt Oberösterreich weiterhin zu den sichersten Regionen Europas.

Die hohe Lebensqualität und das Vertrauen in funktionierende Sicherheitsmechanismen sind entscheidende Faktoren, die das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung stärken. Eine Vielzahl von Organisationen tragen hierzu bei, die von staatlichen Akteuren wie der Justizwache, Berufsfeuerwehren über Automobilclubs und Versicherungen bis hin zu freiwillig organisierten Suchhundestaffeln und Wasserrettungen reichen.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung in den Bereichen Cybersicherheit, Krisen- und Katastrophenschutzmanagement trägt dazu bei, Oberösterreich auch in Zukunft als verlässlichen und geschützten Lebensraum zu erhalten. Einen wesentlichen Teil dieser Bemühungen stellt das Krisen- und Katastrophenschutz-Portal des Landes Oberösterreich[3] dar.



Ziel dieses Trendreports ist die Vermittlung eines breiteren Verständnisses der umfangreichen Facetten von Sicherheit, um in Hinblick auf die vielfältigen Herausforderungen unser Bundesland weiterhin zukunftssicher aufzustellen. Die vorgestellten Entwicklungen sowie die daraus abgeleiteten Impulse erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir danken unserer Kollegin und unseren Kollegen Mag.[a] Michaela Furthmair, Mag. Dr. Mario Kaiser und Lucas Stürmer, M.A. MA für ihre fachlichen Hinweise.

Abschließend sei angemerkt, dass die Ableitung konkreter Sicherheitsmaßnahmen sowie eine Analyse und Bewertung aktueller oberösterreichischer oder überregionaler Sicherheitsstrategien nicht Gegenstand dieses Trendreports sind. ■



Not-Aus-Knopf
Quelle: BLKstudio - stock.adobe.com

3 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/kkp/

Sicherheit heute und morgen



Sicherheit (lateinisch „sēcūritās“) bezeichnet insgesamt einen Zustand, der frei von unvertretbaren Risiken ist oder als gefahrenfrei angesehen wird. Sicherheit ist daher ein sehr umfassender Begriff, der im angloamerikanischen Sprachraum weiter aufgegliedert wird, und umfasst sowohl das subjektive Empfinden von Unsicherheit als auch die objektiv messbare Sicherheit. Letztere wird etwa in Kriminalstatistiken oder durch Bedrohungsanalysen im digitalen Raum abgebildet.

Security, Safety, Privacy

Was in der deutschen Sprache allgemein unter dem Begriff Sicherheit verstanden wird, wird im angloamerikanischen Sprachraum in **„Safety“** und **„Security“** unterteilt – eine Differenzierung, die im Zuge zunehmender Vernetzung, Automatisierung und Digitalisierung auch in Europa immer wichtiger wird:

„Safety“ bezeichnet den Schutz vor unbeabsichtigten Gefahren. Ein typisches Beispiel ist eine Notausgangstür in einem Gebäude, die ein rasches Entkommen bei einer Gefahrensituation ermöglicht.

„Security“ stellt den Schutz eines Objekts oder einer Person vor äußeren Einwirkungen sicher, etwa durch das Verhindern des Eindringens unbefugter Personen in eine Betriebsanlage oder den Schutz digitaler Infrastrukturen vor Cyberangriffen.

Das Beispiel der Notausgangstür verdeutlicht, dass Safety und Security auch in Konkurrenz zueinander stehen können: Diese Sicherheitseinrichtung dient der Unfallvermeidung und ermöglicht ein rasches Entkommen in einer Gefahrensituation, kann aber andererseits ein leichteres (unbefugtes) Eindringen in das Gebäude begünstigen.

Im Zusammenhang mit dieser Unterscheidung wird auch deutlich, warum Safety als Unfallvermeidung bzw. Betriebssicherheit übersetzt werden kann und Security als Kriminalprävention oder Schutz vor Bedrohungen – heute zunehmend auch im digitalen Raum.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Sicherheit ist **„Privacy“**, also der Schutz der Privatsphäre. Durch den technologischen Fortschritt und den verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz sowie automatisierten Überwachungssystemen gewinnt dieser Schutz zunehmend an Bedeutung. Besonders kritisch ist der Schutz persönlicher Daten in den Bereichen Cyberkriminalität, staatliche Überwachung sowie den Geschäftsmodellen großer Technologiekonzerne, die Nutzungsdaten sammeln, analysieren und weiterverwerten. Zwischen der Wahrung der Privatsphäre und der Notwendigkeit effektiver Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung besteht daher ein wachsendes Spannungsfeld.

Dimensionen der Sicherheit

Sicherheit kann prinzipiell aus zwei Perspektiven betrachtet werden: objektiv als messbare, statistisch erfasste Sicherheit und subjektiv als das individuelle Sicherheitsgefühl, das oft durch persönliche Erfahrungen und mediale Berichterstattung beeinflusst wird.

Objektive Sicherheit beschreibt das tatsächliche Maß an Schutz vor Gefahren, gemessen anhand von Kriminalitätsraten, Unfallstatistiken oder anderen quantifizierbaren Indikatoren. Sie gibt Auskunft darüber, wie hoch das Risiko ist, tatsächlich Opfer eines Verbrechens oder einer anderen Bedrohung zu werden.

Subjektive Sicherheit hingegen bezieht sich auf das persönliche Empfinden der Menschen. Selbst in Regionen mit niedrigen Kriminalitätsraten kann ein Unsicherheitsgefühl bestehen – beispielsweise durch mediale Berichterstattung über Verbrechen oder Erfahrungen aus dem persönlichen Umfeld. Umgekehrt können sich Menschen trotz hoher Kriminalität sicher fühlen, wenn sie persönlich noch nie betroffen waren.

Sicherheitsforschung und -indikatoren

Da die unterschiedlichen Sicherheitsdimensionen unser Leben in vielerlei Weise beeinflussen, nehmen die **Bedeutung der Forschung** in diesem Bereich sowie die Messung und Bewertung entsprechender Sicherheitsindikatoren zu.

Österreich hat 2005 als erstes Land in der EU ein eigenes **Sicherheitsforschungsprogramm** auf nationaler Ebene etabliert („KIRAS“)[4], das verschiedene nationale Forschungsvorhaben mit dem Ziel der Erhöhung der Sicherheit Österreichs und seiner Bevölkerung unterstützt. Schwerpunkte liegen etwa im Bereich der kritischen Infrastrukturen. Dazu zählen Organisationen und Einrichtungen von wesentlicher Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen. Für diese kommen jene Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen in Betracht, bei deren Ausfall ▶



Geborgenheit in der Familie
Quelle: Robert Kneschke - stock.adobe.com

4 http://www.kiras.at

oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Dazu zählen z. B. Wasser, Energie und Lebensmittel. Ein besonders aktuelles Thema sind Waldbrände. Das über die KIRAS Seite verlinkte Verteidigungsforschungsprogramm **FORTE** ist das erste seiner Art in Österreich. Es schließt die thematische Lücke der nationalen Forschungsförderungsprogramme im Bereich der Sicherheitspolitik und ergänzt das bestehende Sicherheitsforschungsprogramm KIRAS.

Neben diesen Programmen existieren verschiedenste Aktivitäten zur Wahrung bzw. Erhöhung der **Sicherheit im umfassenderen Sinn**. Dazu gehören Forschungen und Überwachungsmaßnahmen zu Lebensmitteln inkl. Wasser, Hochwasserschutz, Verfassungsschutz, Pandemien, Verkehrssicherheit und vieles mehr auf den unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung bzw. Gesetzgebung.

Da sowohl die objektive als auch die subjektive Sicherheit eng mit der Lebensqualität verknüpft sind, werden sie in vielen **Lebensqualitätsindizes** berücksichtigt – oder wurden es in der Vergangenheit. Beispiele hierfür sind etwa die Dimension „Freedom, physical safety and security“ im WHO Quality of Life Questionnaire[5] sowie der Schlüsselindikator „Physisches Unsicherheitsempfinden“ im Indikatorenset „Wie geht´s Österreich?“ der Statistik Austria.[6] Im Vergleich zu anderen Ländern ist Österreich insgesamt ein sehr sicheres Land, wie verschiedene internationale Rankings belegen. Österreich ist demnach das viertsicherste Reiseland weltweit.[7]

Um die subjektive Sicherheit in Österreich näher zu beleuchten, wurde im Jahr 2024 vom Bundesministerium für Inneres eine Umfrage veröffentlicht, mit dem Ziel, ein **aktuelles Stimmungsbild zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung** zu erhalten. Zusammenfassend zeigte die Befragung, dass sich 84 % der Bevölkerung insgesamt sicher fühlen, besonders im eigenen Wohnort (91 %). Viele Menschen, insbesondere Frauen, fühlen sich aber unter bestimmten Umständen, wie z. B. in der Nacht oder auf Bahnhöfen, deutlich unsicherer, was auch Hinweise für künftige Maßnahmen ergibt.[8]

Nicht zuletzt gewinnen auch in Hinblick auf eine messbar unsichere Welt die Erhebungen und Erkenntnisse des österreichischen Verfassungsschutzes[9] weiter an Bedeutung. Bedrohungen für unser Land ergeben sich aus verschiedensten Richtungen, von gezielten Desinformationen über den Rechtsextremismus bis hin zum Islamismus. Immer wichtiger werden auch hybride Bedrohungen, Sabotage und Terrorismus in verschiedenen Formen, z. B. auch in Richtung der Zerstörung unserer Infrastruktur.

Der Global Risks Report 2026 des Weltwirtschaftsforums[10] nennt geoökonomische Konfrontationen, zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte und extreme Wetterereignisse als die wichtigsten globalen Krisenrisiken für 2026. Die Prozentwerte zeigen, welcher Anteil der Befragten das jeweilige Risiko als vorrangig einstuft. Wie weitreichend globale Krisen wirken können, hat die COVID-19-Pandemie verdeutlicht. Der Bericht betont die zunehmende Vernetzung der Risiken und die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit zu deren Bewältigung.

5 https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC6955708/
6 https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wie_geht__s_0Esterreich__2021.pdf
7 https://hellosafe.at/reiseversicherung/unsicherste-lander-zum-reisen
8 https://www.bmi.gv.at/114/files/Umfrage_Subjektive_Sicherheit/Subjektive_Sicherheit_Erhebung_fuer_2023_Ergebnisreport.pdf
9 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20250526_0TS0096/verfassungsschutzbericht-2024-sicherheitslage-wird-komplexer-und-vernetzter
10 https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2026/

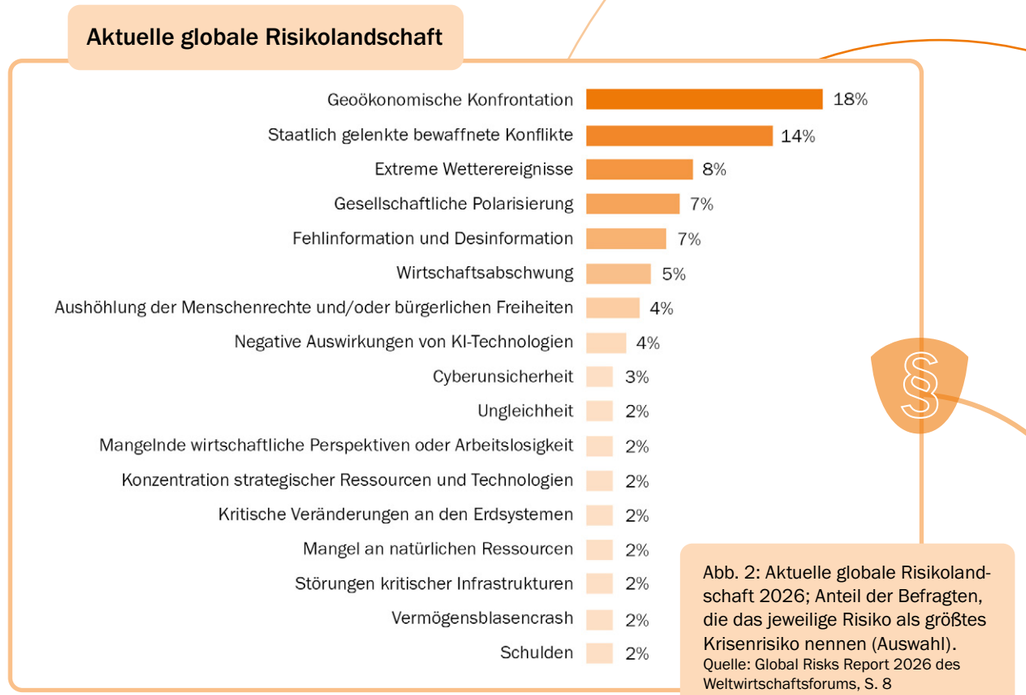


Abb. 2: Aktuelle globale Risikolandschaft 2026; Anteil der Befragten, die das jeweilige Risiko als größtes Krisenrisiko nennen (Auswahl).
Quelle: Global Risks Report 2026 des Weltwirtschaftsforums, S. 8

Ergänzend zu den globalen Risikoeinschätzungen bildet auf nationaler Ebene die **Österreichische Sicherheitsstrategie 2024**[11] das zentrale strategische Fundament der österreichischen Sicherheitspolitik. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren insbesondere infolge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine spürbar verändert. Vor diesem Hintergrund wurde die bestehende Strategie grundlegend überarbeitet und an die aktuellen Herausforderungen angepasst.

Sie behandelt klassische Themen der inneren und äußeren Sicherheit ebenso wie Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Politikfeldern, z. B. Finanz- und Wirtschaftspolitik, Klima- und Energiepolitik, Außen- und Friedenspolitik, Menschenrechts- und Gleichstellungspolitik und Bildungspolitik. Die zentralen sicherheitspolitischen Interessen und Ziele Österreichs sind darin definiert:

- Sicherstellung des Schutzes der österreichischen Bevölkerung im Sinne des umfassenden Sicherheitsverständnisses
- Schutz der rechtsstaatlich-demokratischen Verfassungsordnung samt Grund- und Freiheitsrechten
- Gewährleistung von Souveränität, territorialen Integrität und Handlungsfreiheit Österreichs
- Sicherstellung von sozialem Frieden und Zusammenhalt in Österreich

11 https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/sicherheitspolitik/sicherheitsstrategie.html

- Nachhaltiger Schutz der Lebensgrundlagen und der Umwelt
- Klimaschutz zur Vorbeugung gegen die Folgen des Klimawandels und der Erderhitzung
- Sicherheit und Stabilität in der EU nach innen und außen
- Stabilität und Sicherheit in der Nachbarschaft der EU und Förderung von Frieden und Sicherheit in der Welt
- Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung und Förderung eines wirksamen Multilateralismus sowie Beiträge zu Frieden und Sicherheit

Die Erstellung der Österreichischen Sicherheitsstrategie 2024 erfolgte auf Basis einer breit angelegten Sicherheitsdebatte. Im Rahmen eines wissenschaftlich begleiteten Dialogforums[12] haben rund 100 Bürgerinnen und Bürger in drei Bundesländern gemeinsam überlegt, welche Bedrohungen bestehen und wie der Schutz davor gewährleistet werden kann. Auch die Umsetzung soll in einem transparenten Prozess und Dialog unter Mitwirkung maßgeblicher Akteure erfolgen.

Auch auf Österreich wirken die globalen Bedrohungen in vollem Umfang ein. Aufgrund der spezifischen geografischen Lage und strukturellen Rahmenbedingungen unseres Landes ergeben sich jedoch Unterschiede in der Gewichtung

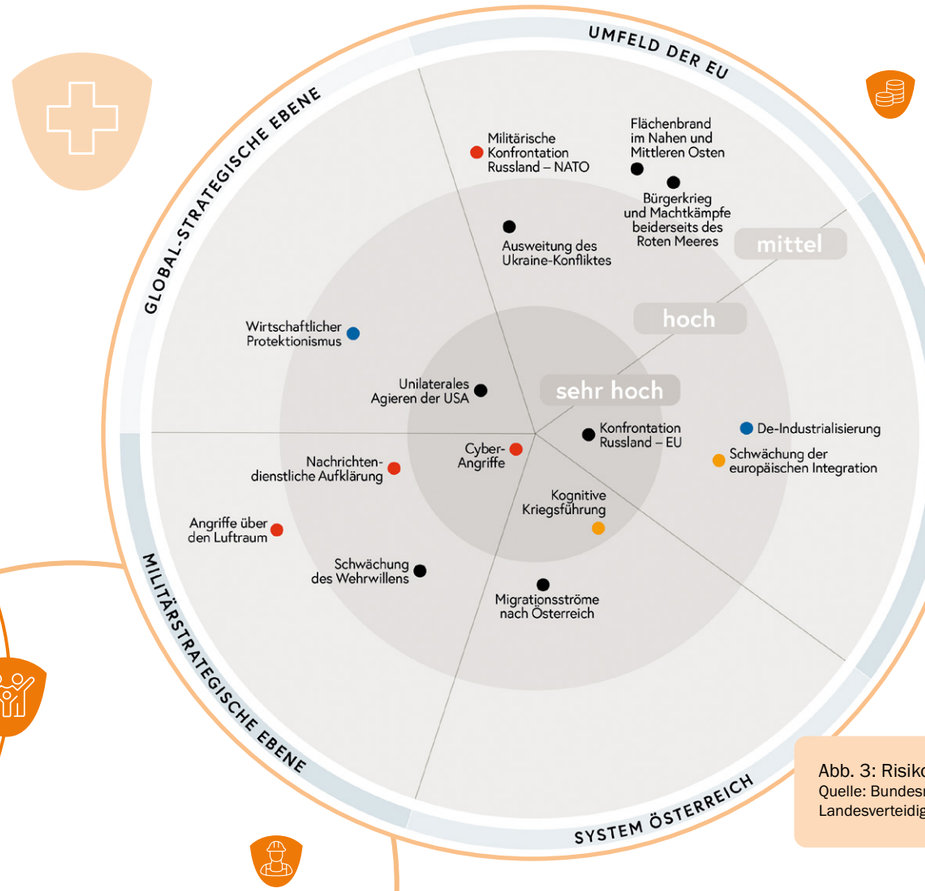


Abb. 3: Risikobild 2026
Quelle: Bundesministerium für Landesverteidigung, 2026

12 https://www.bmeia.gv.at/themen/sicherheitspolitik/dialogforum

und Bewertung einzelner globaler Risiken: Das Risikobild 2026[13] des österreichischen Verteidigungsministeriums beschreibt eine Weltordnung im tiefen Wandel, in der alte Gewissheiten verschwinden und globale Rivalitäten sowie Unsicherheiten zunehmen. Die Analyse warnt vor verstärkter Konfrontation großer Mächte, hybriden Bedrohungen wie Cyberangriffen und Desinformation sowie anhaltenden Migrationsbewegungen, die als Sicherheitsrisiken wirken können. In diesem Umfeld müsse die heimische Sicherheit nicht nur militärisch, sondern gesamtstaatlich gedacht werden, wobei Resilienz, Zusammenarbeit und strategische Autonomie zentral sind. Auch De-Industrialisierung und Schwächung der europäischen Integration sind nicht zu unterschätzende Risiken. Für Österreich folgt daraus die Notwendigkeit, umfassende Verteidigungsbereitschaft und internationale Kooperationen zu stärken, um den Herausforderungen wirksam begegnen zu können.

Institutionelle Sicherheitsakteure

Die Gewährleistung von Sicherheit – im physischen, digitalen wie auch sozialen Sinn – ist eine **zentrale Aufgabe des Staates. Die Politik** trägt hierzu bei, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, wie etwa durch entsprechende Anzahl und Qualifikation von **Bediensteten im exekutiven Bereich** oder durch die Anschaffung modernster Geräte.[14]

Unterschiedliche Behörden und Einrichtungen tragen in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen dazu bei, Risiken zu minimieren und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die **Polizei** sorgt für öffentliche Ordnung, schützt vor Kriminalität und ist zentrale Ansprechpartnerin in Gefahrensituationen. Die **Justiz** garantiert Rechtsstaatlichkeit, verfolgt Straftaten und schützt vor Willkür. Gemeinsam schaffen sie Vertrauen in staatliche Institutionen. Das **Bundesheer** schützt die Einwohner:innen unseres Bundeslandes vor Angriffen von außen, wenn die Sicherheit im Inneren bedroht ist und hilft bei Naturkatastrophen oder großen Unglücksfällen.

Darüber hinaus befassen sich zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Organisationen mit dem Thema Sicherheit in ihren unterschiedlichen Ausprägungen. Beispielhaft seien hier die Direktion Inneres und Kommunales sowie die Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft des Landes Oberösterreich, die Landeswarnzentrale, Krisenstäbe (z. B. bei Blackout, Krieg, Pandemien), Berufs- und freiwillige Feuerwehren, Rettungsdienste und Krankenhäuser genannt. ■

13 https://verteidigungspolitik.at/risikobild
14 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/89557.htm



Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Cybersicherheit

Die fortschreitende Digitalisierung prägt nahezu alle Lebensbereiche – von der industriellen Produktion über die öffentliche Verwaltung bis hin zum Alltag jedes einzelnen Menschen. Technologien wie das Internet der Dinge, automatisierte Systeme oder digitale Plattformen bieten enorme Chancen für Effizienz, Komfort und Innovation. Gleichzeitig entstehen durch diese zunehmende Vernetzung neue Verwundbarkeiten und Risiken: technische Störungen, Manipulationen oder Datenmissbrauch können weitreichende Auswirkungen auf Sicherheit, Privatsphäre, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität haben.

Oberösterreich zählt zu den führenden Industrieregionen Europas[15] – und steht damit in besonderer Weise im **Spannungsfeld von Digitalisierung, Automatisierung und Datensicherheit**. Zwei Entwicklungen stehen dabei besonders im Fokus: die zunehmende digitale Vernetzung, die neue Möglichkeiten, aber auch neue Abhängigkeiten schafft (insb. von China und den USA), sowie der rasante Fortschritt im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Beide Trends eröffnen große Potenziale, erhöhen aber zugleich die Risiken für Datenschutz, Manipulation und Cyberangriffe.

Digitale Vernetzung und Künstliche Intelligenz

Im Zeitalter des Internets der Dinge („Internet of Things“, IoT) sind bereits Milliarden Geräte miteinander vernetzt – Statista[16] zufolge könnten es bis 2033 weltweit bis zu 39 Milliarden sein.

15 https://oberoesterreich.iv.at/fileadmin/user_upload/oberoesterreich-iv-at/files/iv-positionen/2023/iv-positionen-OOE-September-2023.pdf (Seite 10)
16 https://de.statista.com/

Smarte Technologien erfassen fortlaufend individuelle Verhaltensmuster und tauschen über das Internet Daten aus, die Rückschlüsse auf persönliche Bedürfnisse und Vorlieben zulassen. Neben effizienteren Abläufen, Komfort und individualisierten Dienstleistungen bringen vernetzte Geräte auch erhebliche Risiken mit sich. Wie eine Analyse der IoT-Nutzung in Österreichs Privathaushalten[17] zeigt, gelten insbesondere zwei Aspekte als sicherheitskritisch: die oft mangelhafte Passwortsicherheit und die unzureichende Update-Politik seitens der Hersteller. Schwache oder voreingestellte Passwörter bieten Angriffsflächen für unbefugte Zugriffe, während fehlende oder verzögerte Software-Updates bekannte Sicherheitslücken über lange Zeit offenlassen können. Gerade in Privathaushalten, wo smarte Assistenten, Heizsysteme oder Türschlösser eingesetzt werden, sind diese Schwachstellen nicht nur ein technisches, sondern zunehmend auch ein reales Sicherheitsproblem.

Durch die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien entstehen umfassende digitale Spuren: Sie geben Aufschluss über berufliche und private Netzwerke, persönliche Interessen, politische Haltungen oder sogar über sensible Merkmale wie die sexuelle Orientierung. Diese Informationen stammen aus Suchanfragen, dem Surfverhalten, Aktivitäten in sozialen Medien oder aus Bewegungsprofilen, die durch mobile Endgeräte erfasst werden.

Die Analyse und Auswertung dieser Daten mittels Algorithmen ist einerseits aus kommerzieller Sicht interessant: Alter, Geschlecht, Wohnort, Bewegungsprofile kombiniert mit Konsumverhalten ergibt profitable Möglichkeiten der Personalisierung und des „Profilings“ in Verkauf und Marketing. Problematisch ist die Sammlung und Auswertung von Daten insbesondere dann, wenn sie zu einer **Bewertung einzelner Personen** (z. B. Versicherungswürdigkeit, Kreditwürdigkeit) führen.

Künstliche Intelligenz verändert den Umgang mit Sicherheit grundlegend – in der Abwehr wie in der Bedrohung. Algorithmen analysieren riesige Datenmengen in Echtzeit, erkennen Muster, identifizieren Anomalien und treffen auf dieser Basis zunehmend eigenständige Entscheidungen. In der medizinischen Diagnostik ermöglicht dies eine frühere Erkennung von Erkrankungen und eine personalisierte Behandlung. ▶



Vernetzte Geräte in einem Haushalt
Quelle: Gorodenkoff – stock.adobe.com

17 https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAK-Journal-Ausgaben/Jahrgang_2022/files/Jessner_2_2022.pdf

Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der **Verantwortung:** Wer haftet, wenn eine KI Fehlentscheidungen trifft – sei es in der Medizin, im Straßenverkehr oder bei der automatisierten Sicherheitsüberwachung?

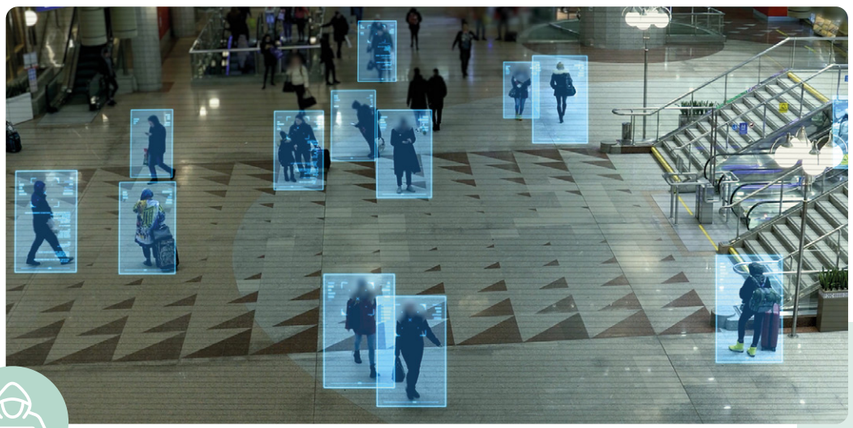
Auch im Bereich der Cybersicherheit verschiebt KI die Dynamik. Auf der einen Seite werden KI-gestützte Systeme entwickelt, um Angriffe frühzeitig zu erkennen und automatische Verteidigungsstrategien einzuleiten. Auf der anderen Seite nutzen auch Angreifer Künstliche Intelligenz, um Schwachstellen effizienter auszunutzen, Phishing-E-Mails glaubwürdiger zu gestalten oder gezielte Desinformationskampagnen durchzuführen. Damit entsteht ein sich ständig weiterentwickelndes Spannungsfeld zwischen Angriff und Verteidigung – beschleunigt durch **Big Data** und automatisierte Entscheidungslogiken.

In der Industrie, der Pflege oder im Katastrophenschutz kommen zunehmend **intelligente Roboter** zum Einsatz, die gemeinsam mit Menschen agieren oder gefährliche Einsätze übernehmen. Dabei treten nicht nur technische Fragen, sondern auch ethische Herausforderungen zutage: Wie kann sichergestellt werden, dass Entscheidungen von KI-Systemen nachvollziehbar und fair bleiben? Wie lassen sich Diskriminierung oder Fehlschlüsse in algorithmischen Prozessen vermeiden? Die Forderung nach einer **ethisch reflektierten KI** gewinnt an Bedeutung.

In Oberösterreich forscht das Software Competence Center Hagenberg (SCCH) an nachvollziehbarer und transparenter KI („explainable AI“). Ziel ist es, Vertrauen, Sicherheit und ethische Standards in der Anwendung Künstlicher Intelligenz zu gewährleisten. Zugleich birgt die zunehmende Automatisierung das Risiko, dass menschliches Wissen und Fähigkeiten verloren gehen, die in kritischen Situationen oder Notfällen dringend benötigt werden könnten.

Cybersicherheit und digitale Bedrohungen

Mit der zunehmenden Digitalisierung und Vernetzung aller Lebens- und Arbeitsbereiche wachsen auch die Angriffsflächen für digitale Bedrohungen. Cyberangriffe, Erpressungssoftware, gezielte Manipulation durch Deepfakes oder koordinierte Desinformationskampagnen stellen neue Herausforderungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat dar. Auch die **Sicherheit**



Personenüberwachung mit Hilfe von Sicherheitskameras
Quelle: AlinStock – stock.adobe.com

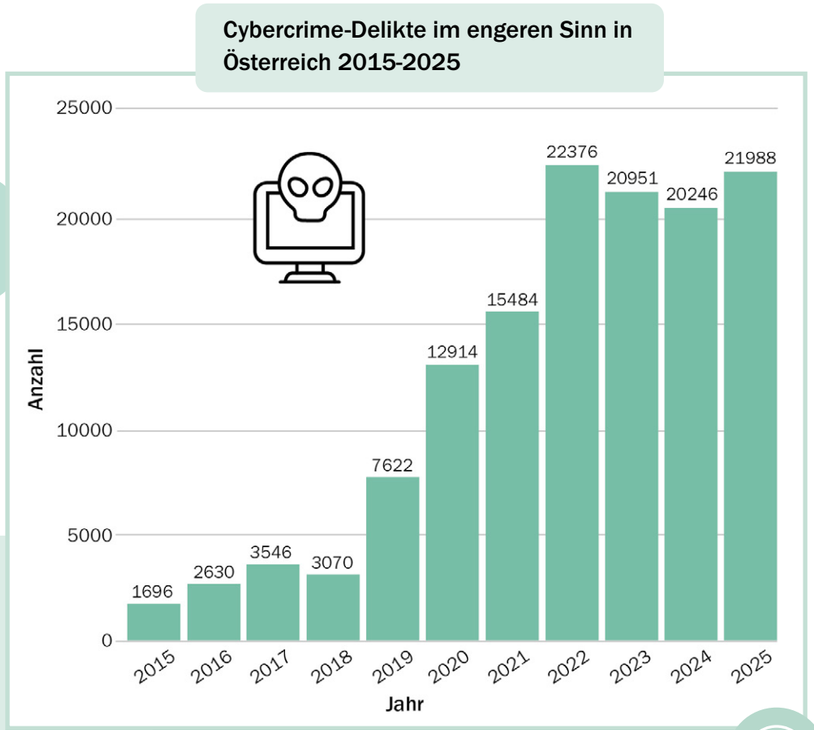


Abb. 4: Cybercrime-Delikte im engeren Sinn in Österreich (2015-2025), Anzahl pro Jahr
Quelle: Bundesministerium für Inneres, Bundeskriminalamt, 2026, S. 32; Grafik: Oö. Zukunftsakademie; Icon made by Mehwish from www.flaticon.com

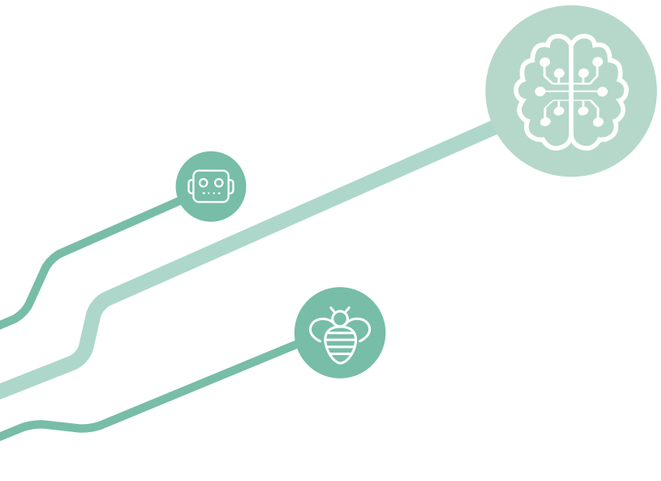
vernetzter Systeme in den Bereichen Energie, Mobilität, Kommunikation oder industrieller Produktion – etwa in der Smart Factory – ist ein zentrales Thema. Besonders sensibel sind **digitale Identitäten und personenbezogene Daten**, etwa im Gesundheitswesen, bei Social Media, Tracking-Technologien oder staatlicher Überwachung. Der Schutz vor **Datenmissbrauch**, die Gewährleistung von Anonymität sowie Fragen der digitalen Selbstbestimmung gewinnen zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung mit der Österreichischen Strategie für Cybersicherheit[18] einen nationalen Rahmen definiert, der strategische Ziele, Ressourcen und Maßnahmen zur Stärkung der Cyberresilienz festlegt und sektorenübergreifend Orientierung bietet. Darüber hinaus setzt das Netz- und Informationssystemsicherheitsgesetz 2026[19] die EU-Cybersicherheitsstandards der NIS-2-Richtlinie[20] in nationales Recht um und verpflichtet eine Vielzahl kritischer und wirtschaftlich relevanter Sektoren zu konkreten Vorsorge- und Meldepflichten, um Sicherheitsniveaus zu erhöhen und digitale Vorfälle systematisch zu adressieren.

Im Kriminalitätsbericht 2025[21] wird unter anderem die Entwicklung der Internetkriminalität in Österreich seit 2015 erfasst. Cybercrime im engeren Sinn umfasst Straftaten, bei denen Daten oder IT-Systeme mit Hilfe digitaler Technologien angegriffen werden – etwa durch Hacking, Datenbeschädigung oder Überlastungsangriffe, bei denen Server gezielt lahmgelegt werden. In den vergangenen zehn Jahren haben diese Delikte stark zugenommen. ▶

18 https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:79eff5f6-20ed-4cf7-8d71-a6a02e4c49b3/cyberstrategie2021.pdf
19 https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20013065
20 https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2022/2555/oj?locale=de
21 https://www.bundeskriminalamt.at/501/files/kriminalpolizeiliche_anzeigenstatistik_2025_bf.pdf

Digitale Sicherheit erfordert nicht nur technische Schutzmaßnahmen, sondern auch **klare rechtliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Leitlinien**. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union bildet die Grundlage für den Schutz personenbezogener Daten und definiert Prinzipien wie Datenminimierung, Zweckbindung und das Recht auf Vergessenwerden. In der Entwicklung digitaler Systeme gewinnt zudem das Prinzip „Privacy by Design" an Bedeutung, das den Schutz von Daten bereits in der Systemarchitektur verankert. Ebenfalls auf europäischer Ebene trat 2024 eine verbindliche KI-Verordnung („AI Act") in Kraft, die den verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz regeln soll – insbesondere dort, wo automatisierte Entscheidungen hohe Risiken für Grundrechte bergen. Solche gesetzlichen Vorgaben sind entscheidend, um Vertrauen in digitale Technologien zu schaffen und individuelle Freiheiten in einer vernetzten Gesellschaft zu sichern.

Moderne Technologien wie Gesichtserkennung, Verhaltensanalysen oder automatisierte Entscheidungsprozesse werfen **ethische und rechtliche Fragen** auf – insbesondere im Hinblick auf Transparenz, Kontrolle und gesellschaftliche Auswirkungen. Entwicklungen wie Quantencomputer könnten in Zukunft bestehende Verschlüsselungsmethoden unterlaufen, weshalb bereits heute Post-Quanten-Kryptografie und resiliente Sicherheitsarchitekturen vorbereitet werden müssen. Auch neue Arbeitsformen – wie hybrides Arbeiten, die Gig Economy oder globale Fernarbeit – bringen neue Herausforderungen für Datensicherheit und Schutz der Privatsphäre mit sich. Smarte Gebäude, automatisierte Fahrzeuge, digitale Medizin und vernetzte Alltagstechnologien („Smart Everything") verlangen ebenfalls nach durchdachten Sicherheitslösungen.





Cybersicherheit ist zu einem **Querschnittsthema** geworden, das technologische Innovation, politische Gestaltung, gesellschaftliche Werte und internationale Zusammenarbeit miteinander verbindet.

In Oberösterreich ist IT-Security seit vielen Jahren ein strategisch relevantes Thema – nicht zuletzt deshalb, weil Digitalisierung und technologische Innovation zentrale Säulen eines Industriebundeslands darstellen. Mit dem Softwarepark Hagenberg hat sich ein international anerkanntes Kompetenzzentrum etabliert, das Forschung, Ausbildung und unternehmerische Praxis im Bereich Softwareentwicklung und IT-Sicherheit bündelt. Oberösterreich positioniert sich gezielt als Information-Security-Region, um sichere digitale Infrastrukturen zu fördern und resilient gegenüber Cyberbedrohungen zu bleiben.

Bedeutende Beiträge leisten auch die Johannes Kepler Universität Linz (JKU) mit ihren Forschungsschwerpunkten in IT-Recht, KI und Cybersecurity sowie zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen mit Innovationskraft in sicherheitsrelevanten digitalen Technologien. Ergänzt wird das Ökosystem durch Initiativen wie das Kompetenzzentrum Sicheres Österreich (KSÖ), Landesklub Oberösterreich, das eine Drehscheibe für die Vernetzung von Wirtschaft, Verwaltung, Forschung und Sicherheitsbehörden darstellt.

Auf Bundesebene nimmt das Cybercrime Competence Centre (C4) eine zentrale Rolle in der Bekämpfung von Internetkriminalität ein. Das C4 wurde innerhalb des Bundeskriminalamts eingerichtet und fungiert als nationale und internationale Koordinierungs-, Ermittlungs- und Meldestelle für Cybercrime. Es bündelt Fachwissen in IT-Forensik, digitaler Beweissicherung und Ermittlungen. Die Meldestelle dient zudem als Anlaufstelle für Behörden, Unternehmen und Bevölkerung bei Verdachtsfällen und neuen Phänomenen des digitalen Verbrechens.

Ein weiterer wichtiger Baustein in der praktischen Sicherstellung von digitaler Sicherheit ist das Cybercrime-Training-Center Oberösterreich (CCTC), das 2024 als erstes von insgesamt neun geplanten Trainingszentren eröffnet wurde. Dort werden Polizeikräfte praxisnah auf die Herausforderungen der Cybercrime-Ermittlungen vorbereitet – von grundlegenden Angriffstechniken über digitale Spurensicherung bis hin zu realistischen Einsatzszenarien.

Die Standortstrategie **#upperVISION2030** betont die Bedeutung einer sicheren digitalen Infrastruktur als zentrale Voraussetzung für die digitale Transformation in Oberösterreich. Im Handlungsfeld **„Fit for Digital Age"** wird explizit auf die Notwendigkeit verwiesen, digitale Technologien so zu gestalten, dass sie sowohl wirtschaftlich nutzbar als auch gesellschaftlich verträglich und sicher sind. Daraus ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag für Politik, Forschung und Wirtschaft: Cybersicherheit darf kein nachgelagerter Aspekt sein, sondern muss von Anfang an in digitale Anwendungen und Systeme integriert werden – von der smarten Produktion über digitale Gesundheitslösungen bis hin zu Bildungsplattformen. ■





Sichere Räume und Infrastrukturen

In einer modernen, vernetzten Welt gewinnt das Thema Sicherheit im Alltag und im öffentlichen Raum rasant an Umfang und stellt auch Oberösterreich vor eine ganze Reihe von Aufgaben. Dabei geht es nicht nur um den Schutz vor Kriminalität, sondern auch um die Verlässlichkeit und Belastbarkeit unserer Infrastrukturen sowie um das Gefühl von Sicherheit, das Menschen in ihrem Lebensraum empfinden.

Der öffentliche Raum spielt eine entscheidende Rolle: Eine sozial verträgliche und gut gestaltete Raumplanung kann Risiken minimieren und das Sicherheitsgefühl stärken. Versorgungssysteme für Strom, Wasser, Lebensmittel oder digitale Netzwerke brauchen besonderen Schutz, da ihr Ausfall weitreichende Folgen haben kann. Mobilität und Verkehrsräume müssen sicher gestaltet sein – sei es etwa im Straßenverkehr, im öffentlichen Nahverkehr oder bei der Etablierung und Nutzung neuer Mobilitätsformen. Auch dem Bauwesen kommt eine zentrale Funktion zu – Gebäude müssen nicht nur funktional und nachhaltig, sondern auch widerstandsfähig gegenüber Gefahren und sicher nutzbar sein. All diese Aspekte tragen gemeinsam zu einem umfassenden Verständnis sicherer Räume und Infrastrukturen bei.

Schutz kritischer Infrastrukturen

„**Kritische Infrastrukturen** sind jene Infrastrukturen (Systeme, Anlagen, Prozesse, Netzwerke oder Teile davon), die eine wesentliche Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen haben und deren Störung oder Zerstörung schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit, Sicherheit oder das wirtschaftliche und soziale Wohl großer Teile der Bevölkerung oder das effektive Funktionieren von staatlichen Einrichtungen haben würde.“[22]

22 https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:bb6a1a41-eb1d-4552-96da-9b460bbc5c0b/%C3%96sterreichisches%20Programm%20zum%20Schutz%20kritischer%20Infrastrukturen%20(APCIP).pdf

Kritische Infrastrukturen umfassen verschiedene Sektoren, von Energieversorgung, Wasser- und Lebensmittelversorgung, Sozial- und Gesundheitswesen, Transport und Verkehr, Finanz- und Versicherungswesen, öffentlicher Sicherheit und Ordnung sowie öffentlicher Verwaltung bis zu Medien, Telekommunikation und Informationstechnik.[23] Zwei zentrale Querschnittstechnologien sind dabei das **Stromnetz** als Basisinfrastruktur, von der praktisch alle anderen Bereiche abhängen, und die **Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)**.

Die Digitalisierung kann in vielen Bereichen erheblich zur besseren Steuerung von kritischen Infrastruktursystemen beitragen (z. B. durch automatisierte Steuerungssysteme, Fernwartung etc.). Allerdings steigen durch Vernetzung und Automatisierung (z. B. Industrie 4.0, Smart Grids, Smart Home, autonome Fahrzeuge) die **wechselseitigen Abhängigkeiten** zwischen den Infrastruktursystemen und damit auch deren Verwundbarkeit. Wie bereits 2017 das Institut für Technikfolgenabschätzung im Projektbericht „Digitaler Stillstand“ ausführt, könnte dadurch im Sinne von Kaskadeneffekten der Ausfall eines Elements weitere Schäden verursachen und somit die Gefahrenlage insgesamt weiter erhöhen.[24]

Besondere Bedeutung hat dabei ein großflächiger, überregionaler Stromausfall, ein sogenannter **Blackout**. Er wird in der Regel nicht durch ein einzelnes Ereignis, sondern durch eine Reihe von Ereignissen verursacht, betrifft verschiedenste Lebensbereiche parallel und lässt alltägliche Abläufe zur Herausforderung werden: Durch ein Versagen der Kühlung in Geschäften verderben Lebensmittel rasch, durch den Ausfall der Verkehrsleitsysteme bricht der Verkehr zusammen, in Arztpraxen können keine Behandlungen mehr durchgeführt werden. In so einer Situation werden sogenannte schwarzstartfähige Kraftwerke benötigt, die ohne externe Stromversorgung den Betrieb aufnehmen können – Flusskraftwerke, Speicherkraftwerke und dafür ausgerüstete Gasturbinenkraftwerke. In Oberösterreich unterstützt ein landesweit bereitgestellter Notfallplan Blackout[25] die Gemeinden bei der Vorbereitung auf solche Szenarien. Er enthält Einsatzmappen mit Checklisten, organisatorischen Abläufen für Krisenstäbe, Empfehlungen zur Notstromversorgung sowie Vorgaben zur Einrichtung lokaler Anlaufstellen für die Bevölkerung.

Unsere Gesellschaft mit ihrer hochentwickelten und global vernetzten Wirtschaft ist zunehmend auf zuverlässig funktionierende Infrastrukturen angewiesen. Sowohl die grundlegende Versorgung der Bevölkerung als auch Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Standorts hängen maßgeblich von der ständigen Verfügbarkeit und dem reibungslosen Zusammenspiel verschiedenster Infrastrukturbereiche ab.[26]

Sektoren kritischer Infrastruktur

Energie
Wasser
Lebensmittel
Sozial- und Gesundheitswesen
Transport und Verkehr
Betriebe und Anlagen
Finanz- und Versicherungswesen
Wissenschaftliche Infrastruktur
Telekommunikation und Informationstechnik
Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Öffentliche Verwaltung
Medien und Kultur

23 https://www.kiras.at/das-programm/thematischer-schwerpunkt/ und https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Kritische-Infrastrukturen/Sektoren-Branchen/sektoren-branchen_node.html
24 https://epub.oeaw.ac.at/0xc1aa500e_0x00358488.pdf
25 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/278674.htm
26 https://www.onlinesicherheit.gv.at/Services/Initiativen-und-Angebote/Strategische-Infrastrukturen/Austrian-Program-for-Critical-Infrastructure-Protection-APCIP.html

Der Schutz kritischer Infrastruktur ist in Österreich grundsätzlich eine **gesamtstaatliche Aufgabe**, bei der das Bundesministerium für Inneres (BMI) und das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) mit dem Bundesheer zentrale, komplementäre Rollen spielen: beim BMI liegen primär zivile Sicherheit und Koordination, beim Bundesheer der militärische Schutz und Assistenzeinsätze.

Das Bundesministerium für Inneres ist für die innere Sicherheit, den Polizeidienst und das Krisenmanagement zuständig:

Es koordiniert das Österreichische Programm zum Schutz kritischer Infrastruktur (APCIP; s. u.).
Es sorgt gemäß Sicherheitspolizeigesetz[27] (SPG) in Form der Exekutive für die Bewachung von Einrichtungen und den Schutz von Rechtsgütern.
Es übernimmt bei überregionalen Anlässen die Gesamtkoordination – mit Unterstützung des Einsatz- und Krisenkoordinationscenters (EKC), dem u.a. auch die Bundeswarn-Zentrale[28] angehört.
Es setzt auf Forschung und Prävention, z. B. im Rahmen des Projektes USKIT – Unbemannter Schutz Kritischer Infrastruktur, das sich mit der Überwachung und Absicherung durch Drohnen beschäftigt.

Das von der Bundesregierung beschlossene **Österreichische Programm zum Schutz kritischer Infrastrukturen**, der „Masterplan APCIP 2014“ (APCIP steht für Austrian Programme for Critical Infrastructure Protection), beschreibt den strategischen und konzeptuellen Rahmen für den Schutz kritischer Infrastruktur in Österreich und legt strategische Ziele und Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern fest.[29] In der sogenannten **ACI-Liste** (Austrian Critical Infrastructure) sind strategische Unternehmen ausgewiesen, die in Österreich kritische Infrastruktur betreiben. Diese Liste wird einmal jährlich evaluiert und aktualisiert. Auch die Bundesländer haben sich im Rahmen des APCIP zur Entwicklung eigener Programme zum Schutz ihrer regionalen kritischen Infrastrukturen verpflichtet.

Mit Inkrafttreten des Resilienz kritischer Einrichtungen-Gesetzes (RKEG)[30] ab März 2026 wird das bisherige APCIP in Teilen durch ein rechtlich verbindliches Regelwerk ersetzt. Das RKEG setzt die EU-Richtlinie zur Resilienz kritischer Einrichtungen[31] in nationales Recht um und definiert klar, welche Betreiber als kritisch eingestuft werden, welche Sicherheits- und Resilienzmaßnahmen verpflichtend sind und wie Sicherheitsvorfälle zu melden sind. Während APCIP vor allem einen strategischen Rahmen bot, schafft das RKEG verbindliche Pflichten, Überwachungsmechanismen und Sanktionen, sodass Betreiber ihre Risikobewertungen, Resilienzpläne und organisatorischen Maßnahmen künftig formal umsetzen und Behörden die Einhaltung kontrollieren können. Damit wird der Schutz kritischer Infrastrukturen nicht nur strategisch, sondern auch operativ und rechtlich gestärkt.

Das **Österreichische Bundesheer** ist für die militärische Sicherheit und Landesverteidigung sowie Sicherung kritischer Infrastruktur im Rahmen von Assistenzeinsätzen zuständig:

Es prüft kritische Infrastrukturen in Österreich in Bezug auf vielfältige Bedrohungsbilder und analysiert und plant Risiko- und Katastrophenmanagement.
Es unterstützt im Rahmen von Assistenzeinsätzen bei drohender Gefahr, die von zivilen Kräften nicht bewältigt werden kann, spielt also eine tragende Rolle bei Schutz und Sicherung kritischer Infrastruktur durch Bewachung, Instandhaltung bzw. Instandsetzung im Katastrophenfall.

27 https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Gesetzesnummer=10005792&Abfrage=Bundesnormen
28 https://www.bmi.gv.at/204/skkm/Bundeswarnzentrale_Leichter_Lesen.aspx
29 https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:bb6a1a41-eb1d-4552-96da-9b460bbc5c0b/%C3%96sterreichisches%20Programm%20zum%20Schutz%20kritischer%20Infrastrukturen%20(APCIP).pdf
30 https://ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2025_I_60/BGBLA_2025_I_60.html
31 https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2022/2557/oj/deu

Es ist Teil der Cybersicherheitsarchitektur zur Abwehr von Angriffen auf infrastrukturelle Datennetze.
Es stellt darüber hinaus – ebenso wie der Zivilschutzverband[32] – wichtige Informationen für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung – im Allgemeinen und im Ernstfall.

Eine zentrale Rolle in der präventiven Sicherheitsarbeit übernehmen zudem die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DNS) sowie die Landesämter für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE). Sie beraten Betreiber kritischer Infrastrukturen insbesondere zu aktuellen Bedrohungslagen, unterstützen bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten und leisten Beiträge zur Früherkennung von Risiken etwa im Zusammenhang mit Extremismus, Spionage oder gezielten Angriffen auf kritische Einrichtungen.

Krisen- und Katastrophenmanagement ist eine tragende Säule zum Schutz von Leben sowie zur Begrenzung von Schäden an Objekten und Umwelt bei Gefahren. Dazu zählen alle Maßnahmen in den Bereichen Katastrophenvermeidung, -vorsorge und -bewältigung sowie die Wiederherstellung nach Katastrophen.

Grundsätzlich ist die Abwehr, Beseitigung oder Linderung der Auswirkungen drohender oder eingetretener Katastrophen in Österreich – so nachzulesen beim Bundesministerium für Inneres zum Thema Krisen- und Katastrophenmanagement[33] – überwiegend Angelegenheit der Bundesländer. Rechtliche Grundlage bilden dabei in erster Linie die jeweils einschlägigen Materiengesetze des Bundes und der Länder, etwa in den Bereichen Sicherheit, Gesundheit, Wasser oder Infrastruktur. Wenn deren Instrumente für die Bewältigung außergewöhnlicher Ereignisse nicht ausreichen oder erhöhter Koordinierungsbedarf besteht, kommen ergänzend die spezifischen Katastrophenschutzregelungen zur Anwendung. Auf Bundesebene schafft das Bundes-Krisensicherheitsgesetz[34] (B-KSG) Rahmenbedingungen für Informationsflüsse und Strukturen der Krisenvorsorge und -bewältigung, während auf Landesebene die Katastrophenhilfegesetze gelten. In Oberösterreich ist dies das Oö. Katastrophenschutzgesetz[35] (Oö. KatSchG). Für den erhöhten Koordinierungsbedarf bei Krisen und Katastrophen, die z. B. auch akute Maßnahmen zum Schutz kritischer Infrastruktur erfordern können, ist in Österreich das sog. **Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement**, kurz SKKM, zuständig. Es ermöglicht mittels Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen des Bundes mit den Katastrophenschutzbehörden der Länder sowie mit den Hilfs- und Rettungsdiensten eine effiziente Katastrophenhilfe im In- und Ausland.

Das Land Oberösterreich hat im Jahr 2025 eine umfassende Reform des Krisen- und Katastrophenmanagements gestartet. Die Optimierung zielt auf ein modernes, zukunftsorientiertes integriertes System mit zusammengeführter Organisationseinheit, digitalem Landeslagezentrum und professionellen Einsatzteams innerhalb der Verwaltung – auf Basis eines modernisierten rechtlichen Rahmens. Ende 2027 soll der Regelbetrieb starten. ▶



Hubschrauber des Österreichischen Bundesheeres im Löscheinsatz
Quelle: Roland – stock.adobe.com

32 https://zivilschutz-ooe.at/
33 https://www.bmi.gv.at/204/skkm/
34 https://ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20012321
35 https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LROO&Gesetzesnummer=20000459

Öffentlicher Raum und urbane Sicherheit

Der öffentliche Raum umfasst alle Bereiche, die für die Allgemeinheit zugänglich und für jede und jeden unter den gleichen Bedingungen benutzt werden können. Die „Charter of Public Space“[36], entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT)[37], wurde 2013 verabschiedet und beschreibt den öffentlichen Raum.

Er besteht aus offenen Umgebungen, wie Gehwegen, Straßen und Grünflächen, und geschützten Räumen für alle, wie Bibliotheken und Museen. Diese sind Schlüsselelemente des individuellen und sozialen Wohlbefindens, Orte des kollektiven Lebens einer Gemeinschaft, Ausdruck der Vielfalt gemeinsamen natürlichen und kulturellen Reichtums und Grundlage für die gemeinschaftliche Identität.

Sicherheit im öffentlichen Raum umfasst im Grunde alle Maßnahmen, Zustände und Wahrnehmungen, die dazu beitragen, dass sich Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen und tatsächlich auch sicher sind.

Die Wahrung der öffentlichen Sicherheit basiert auf der Vermeidung von Gefahren, der Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und der angemessenen Reaktion auf konkrete Bedrohungen. Zentrale Aspekte sind dabei neben der Verkehrssicherheit (vgl. Seite 25) beispielsweise die Gestaltung des öffentlichen Raums (man denke an die Beleuchtung oder Einsehbarkeit von Wegen oder Flächen), Kriminalitätsprävention und -bekämpfung, Instandhaltung und Reinhaltung oder auch das soziale Miteinander, Kontrolle und Prävention.

Sicherheit ist immer mit **objektiver und subjektiver Sicherheit** verknüpft, auch im öffentlichen Raum. So kann beispielsweise eine laut Kriminalstatistik sichere Gegend für manche Menschen bedrohlich wirken und Unbehagen auslösen. Genauso kann subjektives Sicherheitsgefühl auch ein Trugbild erzeugen und Menschen in falscher Sicherheit wiegen. Erfahrungsgemäß weisen verschiedene Kriminalitätsfelder unterschiedlich große Einflüsse auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung auf. Unter dem Sammelbegriff „Big Five“ fasst das Bundeskriminalamt die fünf **Kriminalitätsfelder** mit dem größten Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Gesellschaft zusammen:[38]

1 Einbrüche in Wohnungen und Wohnhäuser
2 KFZ-Diebstähle
3 Gewaltdelikte (z. B. vorsätzliche Tötung, Körperverletzung)
4 „Cybercrime“
5 Wirtschaftskriminalität

Die Entwicklung der objektiven Sicherheit wird in detaillierten Berichten, insbesondere in der kriminalpolizeilichen **Anzeigenstatistik** und der gerichtlichen Kriminalstatistik publiziert.[39] Demnach wurden im Jahr 2024 in Oberösterreich 67.733 Delikte zur Anzeige gebracht – das sind um 1,2 % weniger als im Vorjahr. Im Vergleich zu 2015 entspricht dies zwar einem Anstieg von rund 8 %, allerdings ist auch die Bevölkerung in Oberösterreich seitdem um nahezu denselben Prozentsatz gewachsen.

36 https://habnet.unhabitat.org/sites/default/files/documents/Charter%20of%20Public%20Space.pdf
37 https://unhabitat.org/
38 https://www.bundeskriminalamt.at/501/files/PKS_17_Broschuere_Web.pdf
39 https://www.bundeskriminalamt.at/501/files/kriminalpolizeiliche_anzeigenstatistik_2025_bf.pdf
https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/06/20250603Kriminalstatistik2024.pdf

Die **Polizei** nimmt bei **Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung** eine Schlüsselrolle ein. Neben der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum in Form von sichtbaren Streifen, punktuell verstärkten Kontrollen und mobilen Wachen sowie der Aufklärung und Ahndung von Verbrechen zählt die **Kriminalprävention** zu ihren Kernaufgaben. Ziel ist die Erhöhung der Sicherheit und die Verhinderung von Kriminalität durch Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten des Selbstschutzes.
Darüber hinaus stehen zum Beispiel die Videoüberwachung von öffentlichen Räumen wie Bahnhöfen und Brennpunkt-Orten sowie Ordnungspartnerschaften, z. B. in Form der Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit, im Zentrum von Kriminalitätsverhütung und Wahrung der Sicherheit im öffentlichen Raum. Die Initiative GEMEINSAM.SICHER der Polizei beispielsweise fördert und sichert den professionellen Sicherheitsdialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinden und Polizei.[40]

Eine zentrale Aufgabe liegt bei der **Raum- und Stadtplanung**, der Gestaltung und der Beleuchtung von Flächen und Räumen. Vor allem, aber nicht nur im städtischen Bereich, erhöhen offen gestaltete, gut einsehbare Flächen, eine gute Beschilderung, die adäquate Ausleuchtung von bspw. Wegen, Unterführungen und Haltestellen sowie die Vermeidung von sogenannten Angsträumen (z. B. dunkle Ecken oder Parks) – die vor allem die Bewegungsfreiheit von Menschen mit erhöhtem Sicherheitsbedürfnis wie Kinder, Frauen oder ältere Menschen einschränken – die Sicherheit im öffentlichen Raum.

Auch wenn der Zusammenhang nicht unbedingt auf den ersten Blick klar ist, sind **Sauberkeit und Instandhaltung** doch sehr wichtig für die Sicherheit im öffentlichen Raum. Sogenannte Disorder-Phänomene wie desolate Infrastruktur, heruntergekommene Fassaden, schlecht gepflegte Grünanlagen oder auch herumliegender Müll verunsichern und verstärken die objektive und subjektive Unsicherheit. Die Broken-Windows-Theorie nach Wilson und Kelling[41] besagt außerdem, dass sichtbare Zeichen von Verwahrlosung und Unordnung einen Anstieg von Kriminalität und Vandalismus nach sich ziehen können, da z. B. verfallende Gebäude, zerbrochene Fenster oder beschmierte Fassaden mangelnde Kontrolle signalisieren können. Abfallbeseitigung, die Reparatur beschädigter Infrastruktur wie Laternen, Bänke und Schilder oder auch Maßnahmen gegen Vandalismus kommen also eine wichtige Rolle zu. ▶



Polizeistreife im öffentlichen Raum
Quelle: Adwo – stock.adobe.com

40 https://www.gemeinsamsicher.at/index.html
41 https://soztheo.de/kriminalitaetstheorien/soziale-desorganisation/broken-windows-wilson-kelling/

Dass Sicherheit im öffentlichen Raum auch **soziale Aspekte** beinhaltet, ist eine nicht zu unterschätzende Tatsache. Den Bürger:innen kommt eine Art soziale Kontrolle zu: Man achtet aufeinander, hat die Augen offen, zeigt Zivilcourage. Ein funktionierendes soziales Wohnumfeld, aktive Nachbarschaft und soziale Netzwerke geben objektiv und subjektiv Sicherheit. Angebote für Jugendliche, eine Vielfalt von Vereinen, Maßnahmen und Angebote gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, Sucht- und Drogenkoordination wie sie z. B. in Wien stattfindet sowie Sozialarbeit im Raum ermöglichen soziales Lernen, Austausch, Betreuung und Sinnstiftung und tragen gleichzeitig zur Kriminalitätsprävention bei. Ergänzend dazu sind beispielsweise in Linz Jugendkontaktbeamte im Einsatz, die durch direkte Ansprache, Präventionsarbeit und Vernetzung mit Schulen und sozialen Einrichtungen frühzeitig zur Vermeidung von Jugendkriminalität beitragen.

Studien belegen, dass soziale Faktoren wie Alter, Geschlecht, ökonomische Lage und Bildung beeinflussen, wie verletzlich sich Menschen fühlen und wie sie Risiken einschätzen. Auf sozialer Ebene bestimmt die Wahrnehmung bestimmter Personen oder Gruppen (z. B. als „fremd“ oder „gefährlich“) sowie die Erwartung von Zivilcourage das Sicherheitsgefühl. Ein KIRAS-Forschungsprojekt[42] zeigt, dass Gemeinwesenarbeit als Sicherheitsfaktor wirkt: Durch verschiedene sozialarbeiterische Maßnahmen im öffentlichen Raum wird das subjektive Sicherheitsgefühl gestärkt, etwa durch Förderung von Gelassenheit, Inklusion artikulationsschwacher Gruppen und Bildungsprozesse, die den Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen erleichtern.

Ein Beispiel für aktive Sicherheitspolitik im öffentlichen Raum in Oberösterreich ist das **Linzer Sicherheitsprogramm**[43], das der Linzer Sicherheits- und Ordnungsausschuss unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten erarbeitet hat. Es umfasst Informationsveranstaltungen zu Kriminalprävention und Sicherheit, verstärkte Maßnahmen im Präventivbereich, die optimierte Zusammenarbeit der Stadt Linz mit der Polizei, regelmäßige Sicherheitskonferenzen, die Vermeidung von Angst-Orten sowie den sog. Linzer Sicherheitsratgeber[44] mit Tipps zur eigenen Sicherheit.

Fokussiert man speziell auf die **Sicherheit im städtischen Raum**, gibt es einige zusätzliche – vor allem soziale, infrastrukturelle und ökologische – Aspekte zu bedenken:

Ein Thema ist die Ghettoisierung, also die starke räumliche Dichte einer bestimmten Bevölkerungsgruppe in einem Stadtteil. Sie ist oft negativ konnotiert, kann zu sozialer Ausgrenzung und Segregation, zu Stigmatisierung und Ungleichheiten führen, kann Unsicherheitsgefühle verstärken und die Kriminalität im Viertel heben. Sicherheitskritisch sind zudem Hotspots, beispielsweise Bahnhöfe, die häufig mit Drogenhandel, Obdachlosigkeit und Gewalt in Verbindung gebracht werden.
Auch manche klimatischen Aspekte kommen in der Stadt mehr zum Tragen. Der klimawandelinduzierte Anstieg von Hitzewellen führt zu steigenden Gesundheitsgefahren und mehr Hitzetoten, vor allem unter älteren und gesundheitlich vorbelasteten Menschen. Emissionen können die Luftqualität beeinträchtigen. Im schlimmsten Fall spricht man vom Smog. Die hohe Verkehrsdichte, die vornehmlich im urbanen Raum zum Problem werden kann, verursacht nicht nur erhöhte Emissionsbelastungen sondern geht auch mit einem erhöhten Unfallrisiko und punktuell – aufgrund trägen Verkehrsflusses und Staus – zum Beispiel mit der Blockade von Rettungswegen einher. Auch das sind Aspekte, die die Sicherung der individuellen und öffentlichen Gesundheit gefährden können.

42 https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAK-Journal-Ausgaben/Jahrgang_2024/files/Fritsche_1_2024.pdf
43 https://www.linz.at/leben/sicherheit_programm.php
44 https://www.linz.at/images/Sicherheitsratgeber.pdf

Mobilität und Verkehrssicherheit

Sicherheit in Mobilität und Verkehr ist ein komplexes Thema. Neben der steigenden Vielfalt an individuellen Mobilitätsformen, die vom Zufußgehen und Fahrrad über Scooter, motorisierte Zweiräder bis zum PKW reicht, bestimmen v.a. öffentliche Mobilität, Flugverkehr ebenso wie Güter- und Logistikmobilität das Thema Sicherheit mit. Mobilität ist aufgrund technischer und technologischer Errungenschaften in den letzten Jahrzehnten von tiefgreifenden Veränderungen geprägt und wird auch in Zukunft einer fortwährenden Transformation unterliegen. So gewinnen zum Beispiel alternative Antriebsformen, autonomes Fahren, die Digitalisierung der Verkehrssteuerung oder künftig vielleicht auch Flugdrohnen an Stellenwert.

Mit der Vielfalt an Mobilitätsformen und dem damit einhergehenden Ausbau von Verkehrswegen in – auch der demografischen Entwicklung geschuldeten – wachsenden Siedlungsgebieten gewinnt das Thema Verkehrssicherheit zunehmend an Bedeutung, auf individueller Ebene genauso wie im öffentlichen Raum.
Verkehrssicherheit beginnt bei der **Gestaltung des öffentlichen Raumes.** Eine gut durchdachte Raumplanung inkl. Infrastruktur- und Straßenplanung trägt zur Minimierung von Gefahren und zur Optimierung des Verkehrsflusses bei. Themen sind zum Beispiel Lage und Verlauf von Verkehrswegen, der Abstand von Geh- und Radwegen zu Straßen, die Breite von Geh-, Radwegen und Straßen, die Situierung und Ausgestaltung von Zebrastreifen und Ampelanlagen sowie freie Sichtlinien, v. a. bei Kreuzungen und Einmündungen. Zudem sollte der öffentliche Raum so gestaltet sein, dass er für alle Menschen einschließlich Menschen mit Behinderungen gut zugänglich und sicher nutzbar ist. Sichere Übergänge, barrierefreie Zugänge, gut sichtbare ebenso wie akustische und taktile Markierungen, ausreichend beleuchtete Straßen und Wege sowie verkehrsberuhigte Zonen vor allem in Wohngebieten sind hier beispielsweise relevant.

Verkehrsregeln sind nicht nur Parameter der Verkehrslenkung – beispielsweise mittels Geschwindigkeitsbegrenzungen, zum Beispiel durch Ampeln, Verkehrszeichen u. dgl. – sondern auch der Verkehrsunfallprävention. So reduzieren die Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzungen, das Achten von Verkehrstafeln, das Tragen von Sicherheitsgurten oder auch das strikte Handyverbot am Steuer die Unfallgefahr erheblich. ▶

Straßenverkehrsunfälle nach Unfallursache in OÖ im Jahr 2025

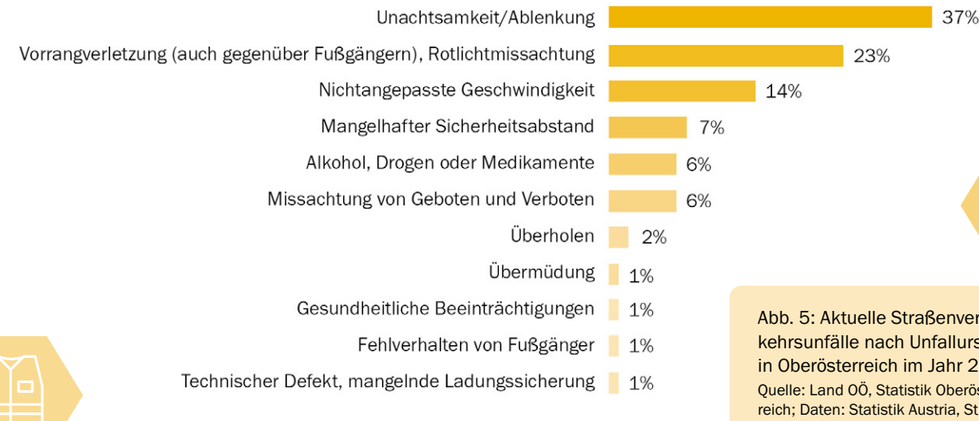


Abb. 5: Aktuelle Straßenverkehrsunfälle nach Unfallursache in Oberösterreich im Jahr 2025
Quelle: Land OÖ, Statistik Oberösterreich; Daten: Statistik Austria, Straßenverkehrsunfälle 2025

Aspekte der Verkehrssicherheit und Unfallprävention sind **Verkehrserziehung und -aufklärung** mittels freiwilliger und verpflichtender Schulungen, die schon in der Schule starten, sowie **Verkehrsüberwachung und -kontrolle**. Zweiteres erfolgt heute zunehmend mittels automatisierter Systeme, die Verkehr und Verkehrsfluss überwachen bzw. Verkehrsverstöße erkennen. Der Digitalisierung sind sog. Intelligente Verkehrssysteme zu verdanken, die moderne Technologien nutzen, um Verkehrsflüsse zu steuern, Staus zu vermeiden und schnell auf Unfälle zu reagieren.

Die Gewährleistung der Verkehrssicherheit im gesamten Straßennetz bleibt eine zentrale Aufgabe. Dabei sind wachsende Herausforderungen mitzudenken: Veränderungen im **Modal Split**, also in der Verteilung des Verkehrs- bzw. Transportaufkommens auf verschiedenste Verkehrsmittel, führen zu komplexeren Verkehrssituationen und einer veränderten Nutzung des Straßenraums. Zudem nehmen die Interaktionen zwischen ungeschützten Verkehrsteilnehmenden und motorisiertem Verkehr zu. **Neue Mobilitätsformen** wie autonomes Fahren, Drohnen und in Zukunft möglicherweise z. B. auch Flugtaxis bringen zusätzliche Dynamik ins Verkehrsgeschehen und eröffnen gleichzeitig neue Bedrohungspotenziale. Diese Entwicklungen erfordern angepasste Verkehrsinfrastrukturen sowie Sicherheitskonzepte und -strategien, die sowohl technologische Innovationen als auch neue Risiken berücksichtigen.

Handlungsfelder der Österreichischen Verkehrssicherheitsstrategie 2021-2030

- Aktive, sichere und klimafreundliche Mobilität
- Sichere Freilandstraßen
- Motorradsicherheit
- Pkw-Sicherheit
- Verkehrstüchtig und mit ganzer Aufmerksamkeit auf der Straße
- Effektive Bewusstseinsbildung, Aus- und Weiterbildung
- Effektive Logistik, Kontrolltätigkeit, Administration und Informationsprozesse

In der **Österreichischen Verkehrssicherheitsstrategie 2021-2030**[45] ist Verkehrssicherheit als zentrales gesellschaftliches Ziel formuliert, dem vor allem durch die Stärkung von sicherer, aktiver und umweltfreundlicher Mobilität Rechnung getragen werden soll. Die Strategie umfasst alle Bereiche der Verkehrssicherheit, vom menschlichen Verhalten über die Fahrzeugtechnik bis hin zur Infrastruktur und verfolgt den sogenannten **„Safe System"**-Ansatz, der im Kern davon ausgeht,

- dass menschliche Fehler von Verkehrsteilnehmenden nie zur Gänze verhindert werden können,
- Verkehrssicherheit daher als gemeinsam getragene Verantwortung aller im Verkehr Agierenden zu betrachten ist und
- alle Elemente des Verkehrssystems eine integrierte Sicherheitskette bilden.

Mit der **Verkehrssicherheitsinitiative OÖ „Sicher ans Ziel"**[46] orientiert sich das Land Oberösterreich an der Österreichischen Verkehrssicherheitsstrategie sowie an den Rahmenbedingungen der EU und behandelt zusätzlich regionale Maßnahmen und Schwerpunkte, um die Verkehrssicherheit in Oberösterreich mittel- und langfristig zu optimieren. Die Initiative ist zudem ein Baustein im **Mobilitätsleitbild Oberösterreich 2035**.[47] Dieses basiert auch auf der Tatsache, dass sich Mobilität im Wandel befindet, zieht entsprechende Schlussfolgerungen und fokussiert in seinen definierten Handlungsfeldern auf die damit einhergehenden Herausforderungen für die Mobilitäts- und Verkehrspolitik in Oberösterreich.

45 https://www.bmimi.gv.at/verkehrssicherheit/publikationen/vs-strategie/vss2030.html
46 https://www.sicheransziel.at/
47 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20SVD%20Abt_GVoeVerk/Mobilitaetsleitbild%2000E%202035.pdf

Sicheres Bauen und Wohnen

Sicheres Bauen und sichere Gebäude bedeuten weit mehr als die statische Stabilität eines Bauwerks und umfassen ein breites Spektrum an sicherheitsrelevanten Aspekten. Sicherheit auf der Baustelle sowie gesetzliche Vorschriften und Standards bilden die Basis jedes Bauvorhabens. Moderne Konzepte sollten auf zirkuläres Bauen, gesunde Materialien und eine verlässliche Energie- und Wasserversorgung achten. Zudem sind Schutzmaßnahmen gegen Brand, Einbruch, Sturm und Hochwasser sowie klimawandelangepasste Raumkonzepte für ein dauerhaft gesundes Wohnklima wichtig.

Zirkuläres, nachhaltiges Bauen als ressourcen- und klimaschonendes Modell des Bauens – egal ob Wohn-, Büro- oder Schulgebäude, Sportstätte, Produktionsstätte oder Geschäftsgebäude – ist integraler Baustein der Kreislaufwirtschaft. Der gesamte Gebäudezyklus wird betrachtet. Beginnend bei umweltschonender Rohstoffgewinnung und sparsamem Rohstoff- und Materialverbrauch werden Ressourcen und Materialien so lange wie möglich verwendet, repariert und letztlich recycelt. Auch die gesundheitsverträgliche Verarbeitung muss im Sinne der Sicherung von Gesundheit und Wohlbefinden mitgedacht werden.

Sicheres Bauen beginnt bei der Planung und muss natürlich **gesetzlichen Bauvorschriften und verbindliche Sicherheitsstandards** entsprechen. Das Bauwesen unterliegt in Österreich der Landesgesetzgebung, in Oberösterreich gelten das Oö. Raumordnungsgesetz 1994[48] und die Oö. Bauordnung 1994[49]. Laut Bundeskanzleramt[50] berücksichtigen alle Bundesländer in ihren Gesetzen die technischen Vorschriften gemäß OIB-Richtlinien 1 bis 6. Diese OIB-Richtlinien des Österreichischen Instituts für Bautechnik[51] sind Grundlage für einen rechtssicheren und einheitlichen Vollzug baurechtlicher Vorschriften der Länder und definieren Anforderungen an Sicherheit, Energieeffizienz und Nutzbarkeit von Gebäuden. Sie regeln mechanische Festigkeit und Standsicherheit, Brandschutz, Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz, Nutzungssicherheit und Barrierefreiheit, Schallschutz sowie Energieeinsparung und Wärmeschutz.

Umweltsiegel und Zertifizierungen geben grundsätzlich erste Auskünfte zu Baumaterialien. Manche Zertifikate sind gesetzlich vorgeschriebene, manche freiwillige. Wenn ein Produkt unter eine EU-Richtlinie oder EU-Verordnung fällt, die das CE-Zeichen ausdrücklich vorschreibt, ist eine CE-Kennzeichnung zwingend. Es zeigt, dass ein Produkt die EU-Richtlinien erfüllt und belegt die Einhaltung der Anforderungen zur Gewährleistung von Gesundheitsschutz, Sicherheit und Umweltschutz.[52] In Österreich gibt es mehrere Zertifizierungen, die **gesundheitlich unbedenkliche Baustoffe** kennzeichnen. ▶



Moderner Wohnbau
Quelle: slavun - stock.adobe.com

48 https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrOO&Gesetzesnummer=10000370
49 https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrOO&Gesetzesnummer=10000411
50 https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/bauen_und_wohnen/bauen/Seite.2260200
51 https://www.oib.or.at/kernaufgaben/oib-richtlinien/
52 https://www.wko.at/ce-kennzeichnung-normen/start

Dazu zählen zum Beispiel der IBO ÖKOPASS[53], ein speziell auf Wohnhausanlagen ausgerichteter Gebäudepass zum Nachweis hoher baubiologischer und bauökologischer Qualität, das natureplus-Siegel[54], ein privates Umweltzeichen nach ISO 14024 für Bauprodukte mit besonders hohen Anforderungen z. B. in Bezug auf Produkt-Lebenszyklen, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Wohngesundheit, das Österreichische Umweltzeichen[55] oder das EU Ecolabel[56], das offizielle Umweltzeichen der Europäischen Union. Alle diese Siegel basieren auf umfassenden Prüfungen, die den gesamten Lebenszyklus der Produkte berücksichtigen und Aspekte wie Emissionen, Schadstoffe und Nachhaltigkeit bewerten.

Auch die **Sicherheit auf der Baustelle** ist ein wichtiger Aspekt. Laut AUVA zählen Bau- und Baunebengewerbe zu den unfallträchtigsten Branchen. Arbeitende auf Baustellen sind besonderen Gefahren ausgesetzt[57], es bestehen zum Beispiel

Gefahr durch Sturz oder Absturz

Gesundheitsgefahr durch Lärm, Vibrationen, gefährliche Arbeitsstoffe, unwirtliche Witterungsverhältnisse oder erhöhte UV-Belastung

psychische Belastungen durch Stress, Zeitdruck, häufig wechselnde Arbeitsteams und -umgebungen oder auch Kommunikationsschwierigkeiten

körperliche Belastungen durch das Manipulieren schwerer Lasten oder das Arbeiten in unnatürlicher Körperhaltung, z. B. gebückt oder kopfüber.

AUVA, WKO und BUAK geben in der sog. Baumappe „Sicherheit am Bau“ einen umfangreichen Überblick und detaillierte Infos zum Thema sowie Hinweise auf maßgebliche Rechtsquellen, Merkblätter der AUVA, Normen u. dgl.[58]

Sicheres und gesundes Arbeiten und Wohnen wird nicht alleine durch die Wahl adäquater Baumaterialien gewährleistet, auch die sichere Versorgung mit **sauberem Wasser und ausreichend Energie**, der **Lärmschutz** sowie der **Schutz vor Umweltgefahren**, der in Zeiten der Klimawandelfolgen an Wichtigkeit gewinnt, sind relevante Aspekte. Ob Erdbebensicherheit, Hochwasserschutz oder Hitzeschutz – Themen wie Gebäudestandort, adäquate Bauweisen, gesundes Wohnklima durch Beschattung, Fernkühlung, Klimatisierung und begrünte Umgebung müssen in Planung und Umsetzung Eingang finden.

Ein **gesundes Wohnklima** im Sinne von Gesundheitssicherung hängt beispielsweise an einer ganzen Reihe von Parametern:[59]

Einsatz schadstoffarmer bzw. -freier Materialien

Möglichkeit des **richtigen Lüftens**

Vermeidung von Zugluft, denn Luftgeschwindigkeiten von mehr als 0,2 m/s werden meist als unangenehm empfunden

adäquate Luftfeuchtigkeit in Höhe von 40-60 %

Staubreduktion

Verhältnis Außen- u. Innentemperatur, u. a. wichtig bei der Vermeidung von Schimmelpilzen und Milben

53 https://www.ibo.at/gebaeudebewertung/ibo-oekopass/
54 https://natureplus-institute.eu/?page_id=36
55 https://www.umweltzeichen.at/de/ueber-uns/start
56 https://eu-ecolabel.de/
57 https://auva.at/blog/unfallfrei-am-bau/
58 https://www.baumappe.at/
59 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/17952

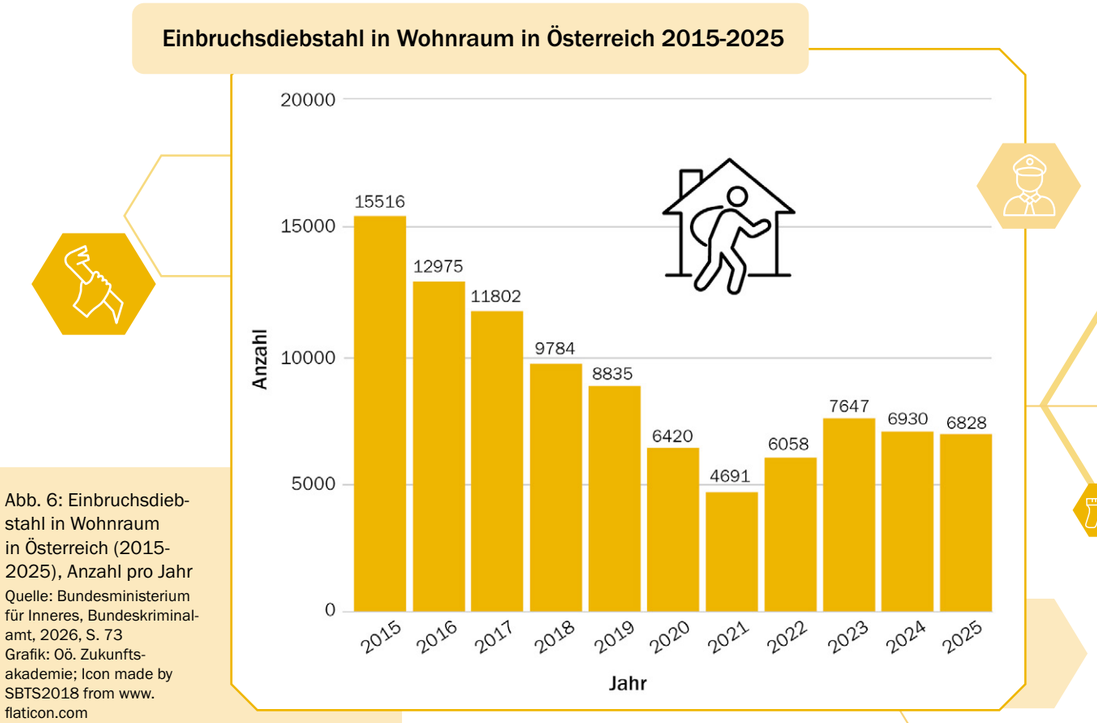


Abb. 6: Einbruchsdiebstahl in Wohnraum in Österreich (2015-2025), Anzahl pro Jahr
Quelle: Bundesministerium für Inneres, Bundeskriminalamt, 2026, S. 73
Grafik: Oö. Zukunftsakademie; Icon made by SBTS2018 from www.flaticon.com

Ein sicheres Gebäude – unabhängig von der Nutzung (Wohnen, Produktion, Büros, Schule etc.) – braucht ein **Sicherheitskonzept inklusive Notfallplänen, Evakuierungskonzept, Notausgängen und Fluchtwegen**, das auf mögliche Risiken Bedacht nimmt und in Notlagen das rasche und sichere Verlassen des Gebäudes gewährleistet. Zu möglichen Risiken zählen Brand oder Explosion, elektrische und mechanische Fehler, Gefahrenstoffe, Sabotage aber auch Spionage, Diebstahl, Einbruch oder Vandalismus sowie Überfälle. Daher beinhaltet ein Sicherheitskonzept – in Abhängigkeit von der Nutzung des Gebäudes – neben Evakuierungsplänen, Fluchtwegen und Brandschutz im besten Fall auch Rauch- und Wärmeabzugsleitungen, den Einbruchsschutz in Form elektronischer Sicherungssysteme oder widerstandsfähiger Türen und Fenster z. B. mittels mechanischer Sicherungssysteme oder Schutzverglasungen, die Absicherung von automatischen Türen und Fenstern, Zutrittskontrollen und Fluchtwegsicherung sowie Meldesysteme. Auskunft über relevante Aspekte der Gebäudesicherung geben zum Beispiel ÖNORM B1300[60] (Objektsicherheitsprüfungen für Wohngebäude) und ÖNORM B1301[61] (Objektsicherheitsprüfungen für Nicht-Wohngebäude).

Dem Kriminalitätsbericht 2025 kann man zum Beispiel die Entwicklung der Einbruchsdiebstähle in Wohnraum (Wohnhäuser und Wohnungen) in Österreich entnehmen. Dabei zeigt sich im Zeitraum 2015 bis 2025 ein deutlicher Rückgang, der nach einem leichten Anstieg ab 2022 insgesamt anhielt und u. a. auf aktive Präventionsmaßnahmen - dazu zählt auch der Einbruchsschutz - zurückgeführt wird. ▶

60 https://www.austrian-standards.at/de/shop/onorm-b-1300-2018-02-01~p2361113
61 https://www.austrian-standards.at/de/shop/onorm-b-1301-2016-04-15~p2221239

In Österreich ist jeder Betrieb gesetzlich verpflichtet, Evakuierungspläne zu erarbeiten und Flucht- und Rettungswege sicherzustellen. Die genauen Anforderungen hängen von Nutzung und Größe des Betriebs sowie von der Gefährdungsbeurteilung ab. Zu den gesetzlichen Vorgaben und Richtlinien zählen u.a. die Arbeitsstättenverordnung (AStV) und die Gewerbeordnung (GewO). Regelmäßige Überprüfungen auf Aktualität und Funktionalität sowie Evakuierungsübungen sind wichtig. Laut brandschutz.at sollte ein Evakuierungsplan folgende Punkte enthalten: Fluchtwege, Sammelpunkte, Notausgänge, Verhalten im Notfall, Erste-Hilfe-Station sowie Brandbekämpfungsmittel.

Wie wichtig und hilfreich Notfallschulungen und regelmäßige Notfallübungen sind, hat auch der schreckliche Amoklauf an einer Grazer Schule im Juni 2025 gezeigt. Dort konnte aufgrund guter Kommunikation und effektiver Schulungen von Schüler:innen und Lehrer:innen eine noch höhere Opferzahl verhindert werden. Unterstützend, insbesondere für Verantwortliche und Führungskräfte, dient auch der Leitfaden des Bundeskriminalamts zur Sicherheit in öffentlichen Gebäuden[62]. Er macht auf zentrale Sicherheitsaspekte aufmerksam, darunter präventive Maßnahmen, korrektes Verhalten mit technischen Systemen, den Umgang mit Risiken im Parteienverkehr sowie Notfallregeln. Durch diese praxisnahen Hinweise soll die Sicherheit von Besucher:innen und Mitarbeitenden erhöht und potenziellen Krisensituationen besser begegnet werden können.

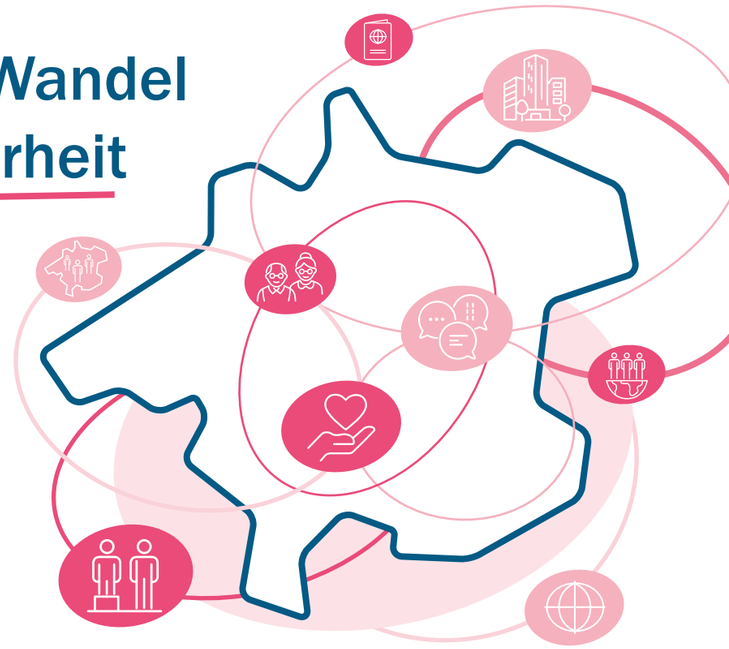
Letztlich trägt auch die **Wartung** eines bestehenden Gebäudes zur Sicherheit bei. Grundsätzlich muss jedes Gebäude im vorschriftsmäßigen Zustand erhalten werden. Dafür verantwortlich sind die Eigentümer:innen. Empfehlenswert ist die regelmäßige Kontrolle von Heizungsanlagen inkl. Heizkörpern, Elektroinstallationen, Feuerlöschern, Holzkonstruktionen, Dachentwässerungen und Wasserfiltern, Beschlägen und Dichtungen, Kellerschächten u. dgl. Und natürlich sind Reparaturen von defekten oder beschädigten Anlagen und Installationen immer rasch zu erledigen, um Schaden abzuwenden. ■

Thema	Rechtsgrundlage / Norm	Geltungsbereich	Zuständigkeit / Quelle
Baurecht allgemein	Oö. Raumordnungsgesetz 1994 Oö. Bauordnung 1994	Oberösterreich (Landesgesetzgebung)	Land Oberösterreich
Technische Bauvorschriften	OIB-Richtlinien 1-6	österreichweit (Bundesländer)	OIB & Bundesländer
Baustoffkennzeichnung Umweltgütesiegel	CE-Kennzeichen EU Ecolabel IBO ÖKOPASS natureplus	EU / Österreich	Hersteller & Prüfinstitute
Arbeitsschutz Baustelle	AUVA-Richtlinien Baumappe „Sicherheit am Bau“	Baustellen in Österreich	AUVA, WKO, BUAK
Evakuierungspläne	Arbeitsstättenverordnung AStV Gewerbeordnung GeWO	Arbeitsstätten & Betriebe	Arbeitsinspektorat, Arbeitgeber
Gebäudesicherheitsprüfungen	ÖNORM B 1300 ÖNORM B 1301	Wohn- / Nichtwohngebäude	ÖNORM

Abb. 7: Zusammenfassung der im Text angegebenen Normen und Rechtsgrundlagen im Bereich sicheres Bauen und sichere Gebäude – eine Auswahl ohne Vollständigkeit (Stand 3/2026); eigene Darstellung

62 https://www.bundeskriminalamt.at/212/service/files/334-2025-broschuere-sicherheit-in-oeffentlichen-gebaeuden-v20260807-bf.pdf

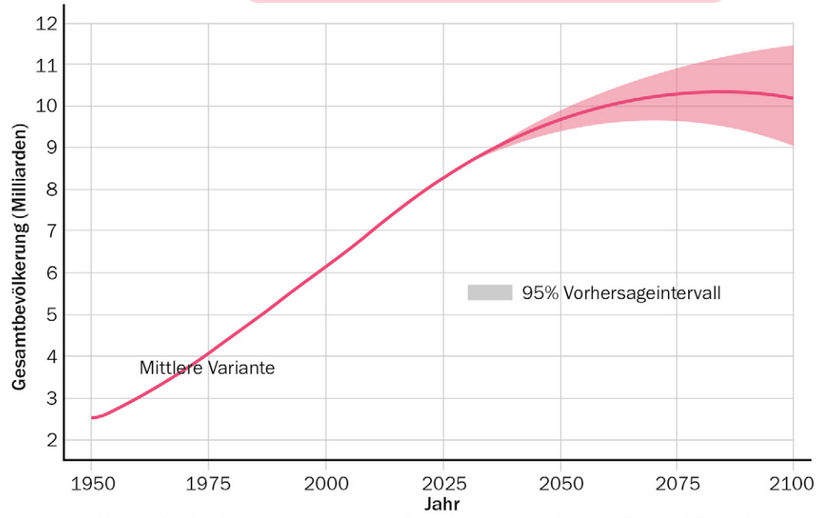
Demografischer Wandel und soziale Sicherheit



Der demografische Wandel verläuft zwar kurzfristig fast unmerkbar, beeinflusst aber längerfristig viele Lebensbereiche und unsere Gesellschaft als Ganzes tiefgreifend. Sowohl die weltweite als auch die lokale Bevölkerungsentwicklung berühren eine Reihe von Themen, die für die Sicherheit im weiteren Sinne relevant sind.

Entsprechend der aktuellen Prognose der UN[63] wird sich **weltweit das Wachstum der Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten fortsetzen**, aber nur mehr in einem eingeschränkten Ausmaß. Von derzeit 8,2 Milliarden Menschen im Jahr 2024 ausgehend wird der Höchststand („Peak“) der Weltbevölkerung für das Jahr 2085 mit rund 10,2 Milliarden Menschen prognostiziert. Danach wird von einem leichten Abfall der weltweiten Bevölkerung ausgegangen. ▶

Prognose der Weltbevölkerung bis 2100



© 2024 United Netions, DESA, Populstion Division. Licensed under Creative Commons license CC BY 3.0 IGO.
United Nations, DESA, Population Division. World Population Prospects 2024. http://population.un.org/wpp/

Abb. 8: Prognose der Weltbevölkerung bis 2100
Quelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division; https://population.un.org/wpp/; verändert

63 https://population.un.org/wpp/assets/Files/WPP2024_Summary-of-Results.pdf

In vielen Ländern der Welt (63 Länder = 28 % der Weltbevölkerung) wurde der Bevölkerungshöchststand bereits erreicht, weitere 48 Länder (10 %) folgen bis 2054. Um **Bevölkerungsrückgänge und einen Rückgang der Wirtschaftsleistung** zu vermeiden, werden künftig immer mehr Länder auf Zuwanderung angewiesen sein. In einer Reihe von Ländern (14) verstärkt Auswanderung den schon vorhandenen Bevölkerungsrückgang.

Ab etwa 2080 wird es weltweit voraussichtlich mehr Menschen über 65 als unter 18 geben. In dem UN-Bericht wird auch festgehalten, **dass Gleichstellung die demografische Resilienz stärkt:** Mehr Gleichstellung, besserer Zugang zur Gesundheitsversorgung und eine familienfreundliche Politik stärken Frauen, fördern Bildung, Arbeitsmarktintegration und eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung.

Im Laufe des 21. Jahrhunderts ist daher auch mit einem **Ende der in den letzten Jahrzehnten viel diskutierten „Bevölkerungsexplosion“** zu rechnen. Ein geringer werdendes Wachstum der Bevölkerungszahl in einer schon stark bevölkerten Welt ist zweifellos ein nicht unerheblicher Beitrag zu einer künftig stabileren und sicheren Welt.

Analog zum weltweiten Trend wird sich auch das Bevölkerungswachstum unseres Bundeslands in den nächsten Jahrzehnten abflachen. Laut den aktuellen Bevölkerungsprognosen der Statistik Oberösterreich[64] wird im Einklang mit dem langjährigen Trend die **Einwohnerzahl Oberösterreichs insgesamt weiter stetig in moderater Weise wachsen**. So soll die Bevölkerung von 1,530 Mio. Menschen im Jahr 2024 auf 1,681 Mio. im Jahr 2070 zunehmen, was immerhin einem Zuwachs von etwa 10 % (= ca. 2,5-mal der Einwohnerzahl von Wels) entspricht.

Alternde Gesellschaft

Nach den vorliegenden Prognosen wird ab 2026 das Bevölkerungswachstum ausschließlich durch Wanderungsgewinne verursacht. Zudem wird erwartet, dass die Lebenserwartung bei beiden Geschlechtern weiter ansteigt: Bei den Frauen von derzeit (= 2023) 84,4 auf 88,1 im Jahr 2050 und bei den Männern von 79,7 auf 84,1 Jahre. Langfristig werden in Oberösterreich um 12.300 Kinder und Jugendliche weniger leben als heute. Diese Altersgruppe wird im Jahr 2050 rund 264.800 Personen umfassen.

Bevölkerungsentwicklung Oberösterreichs bis zum Jahr 2070

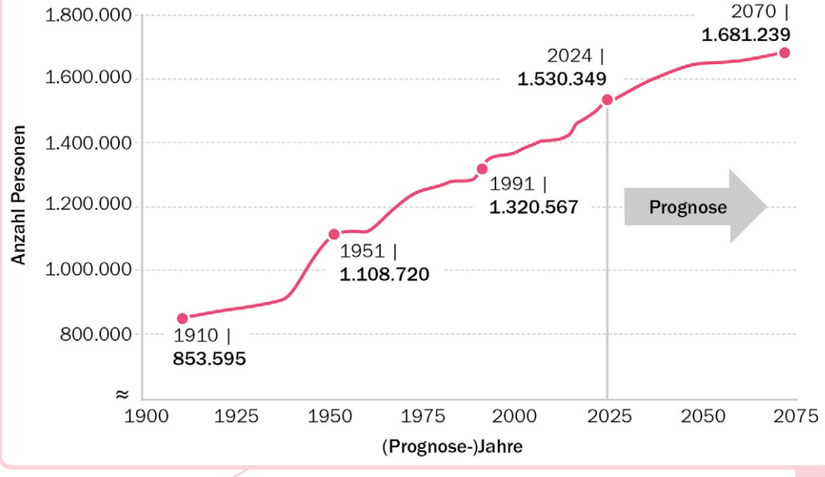


Abb. 9: Bevölkerungsentwicklung Oberösterreichs bis zum Jahr 2070
Quelle: Land OÖ, Statistik Oberösterreich; Daten: Statistik Austria

64 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/284545.htm

Migration

Migration ist längst ein strukturprägendes Element (west-)europäischer Gesellschaften – auch von Oberösterreich. Sie kann sowohl als Herausforderung als auch als Chance verstanden werden. Entscheidend ist dabei, wie gut es einer Gesellschaft gelingt, soziale Integration, Teilhabe und Zusammenhalt sicherzustellen.

Im Kontext des demografischen Wandels wird Zuwanderung auch in absehbarer Zukunft von Bedeutung sein. Auf Grund der Fertilitätsrate in Oberösterreich (~1,5 Kinder pro Frau), die deutlich unter dem Bestanderhaltungsniveau von 2,1 liegt, würde längerfristig die Bevölkerungszahl in Oberösterreich zurückgehen[65], mit entsprechenden Folgen für die Wirtschaft und Gesellschaft. Gleichzeitig verändert sich die Zusammensetzung der Bevölkerung – ethnisch, kulturell und sozial. Auch daraus ergeben sich sowohl Potenziale als auch gesellschaftliche Spannungsfelder.

Allerdings können ungelöste Integrationsfragen wie Segregation, mangelnde Sprachkenntnisse oder auch (religiöse) Radikalisierung gesellschaftliche Probleme hervorrufen und die Sicherheit negativ beeinflussen. Um diesen Problemfeldern zu begegnen, wurden seitens des Landes Oberösterreich gezielt Maßnahmen gesetzt. Dazu zählt unter anderem ein eigenes Maßnahmenpaket gegen Radikalisierung und Extremismus[66], das Prävention, Beratung und Vernetzung in den Mittelpunkt stellt. Ergänzend dazu bildet die Hausordnung Oberösterreich einen klaren Rahmen für ein respektvolles, diskriminierungsfreies und gewaltfreies Zusammenleben in unserem Bundesland auf einer gemeinsamen Wertebasis.[67]

Insbesondere durch den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte (z. B. im Pflege- oder im technischen Bereich) eröffnet Migration Chancen für die umfassende Sicherheit unseres Landes. Dies aber nur unter der Voraussetzung, dass Politik und Gesellschaft gemeinsam Rahmenbedingungen schaffen, die die Migration in ihren unterschiedlichen Formen steuern sowie Teilhabe und Zusammenhalt fördern.

Alters- und regionale Bevölkerungsstruktur

Migration, Erhöhung der Lebenserwartung und anhaltend geringe Geburtenraten in Oberösterreich finden auch ihren Niederschlag in der Altersstruktur der Bevölkerung. ▶

Altersstruktur der Oberösterreicher:innen 2023, 2035 und 2050

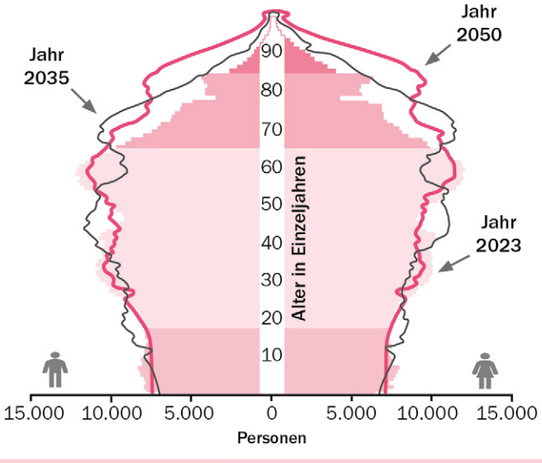


Abb. 10: Altersstruktur der Oberösterreicher:innen bis zum Jahr 2050
Quelle: Land OÖ, Statistik Oberösterreich; Daten: Statistik Austria

65 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20PraesD%20Abt_TI/Ueberblick_Gesamtfertilitaetsrate.pdf
66 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/547718
67 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/551096.htm

Die auffälligsten Änderungen betreffen die starke Zunahme der älteren bzw. hochaltrigen Personen in Oberösterreich, was insbesondere Herausforderungen für die Pflege, die Gesundheitsversorgung und das Sozialsystem mit sich bringt.

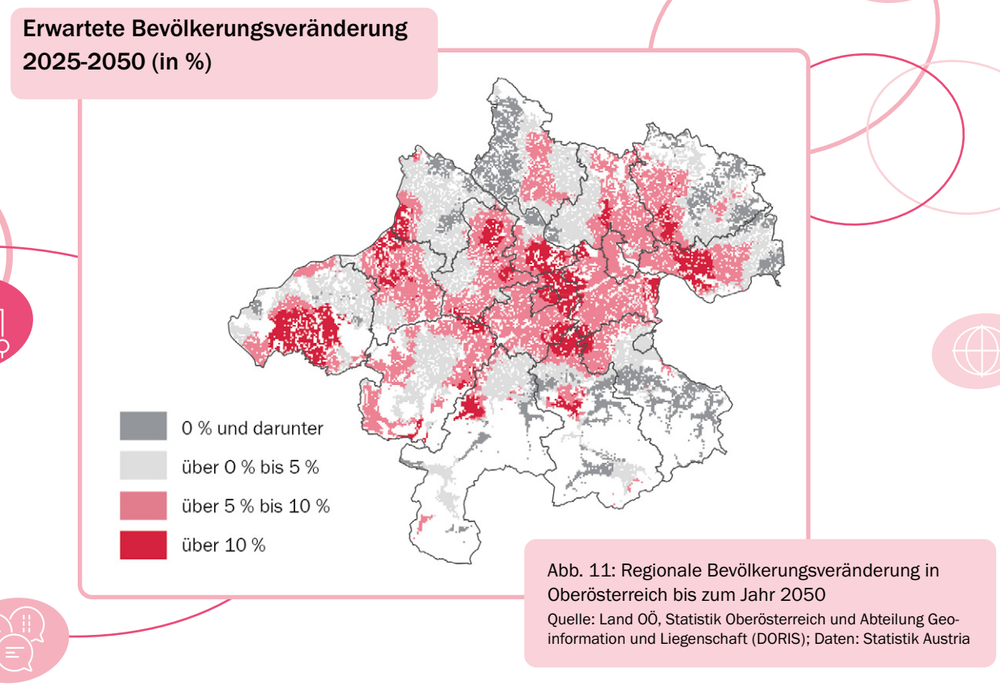


Abb. 11: Regionale Bevölkerungsveränderung in Oberösterreich bis zum Jahr 2050
Quelle: Land OÖ, Statistik Oberösterreich und Abteilung Geoinformation und Liegenschaft (DORIS); Daten: Statistik Austria

Parallel zur Veränderung der Altersstruktur wandelt sich auch die räumliche Struktur Oberösterreichs bis 2050 deutlich in Richtung einer stärkeren Urbanisierung. Zentrale Räume wie Linz, Wels, Steyr und deren Umland wachsen weiter, während periphere ländliche Regionen tendenziell Bevölkerungsverluste verzeichnen.

Gesellschaftliche Resilienz

Die Sicherheitsrelevanz gesellschaftlicher Entwicklungen zeigt sich sehr gut im Zusammenspiel von demografischem Wandel, Urbanisierung und gesundheitlicher Versorgung. Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie, zunehmende klimatische Extremereignisse sowie die gestiegene Terrorgefahr verdeutlichen, dass insbesondere städtische Räume und ihre Bevölkerungen in bestimmten Krisenlagen besonders vulnerabel sind. Die hohe Bevölkerungsdichte, komplexe Infrastrukturen sowie soziale Heterogenität in urbanen Zentren erhöhen das Risiko, dass Notfälle weitreichendere Auswirkungen entfalten. Zusätzlich zeigen die teils gewaltsamen Proteste in europäischen Städten im Herbst 2026, wie steigende Lebenshaltungskosten und soziale Unzufriedenheit den gesellschaftlichen Zusammenhalt belasten können. Daraus ergibt sich ein erhöhter Handlungsbedarf für präventive Maßnahmen im Bereich der städtischen Sicherheitsarchitektur, etwa im Katastrophenschutz oder in der sozialen Resilienz.

Gleichzeitig bringt die Alterung der Gesellschaft neue Herausforderungen im Bereich der Sicherheit im weiteren Sinne mit sich. Die steigende Zahl älterer Menschen erfordert nicht nur den Ausbau altersgerechter Pflege- und Gesundheitsangebote, sondern auch Maßnahmen zur Sicherstellung der sozialen und physischen Teilhabe im Alltag. Besonders im ländlichen Raum, wo medizinische Infrastruktur oft weniger dicht vorhanden ist, kann dies zu einer sicherheitsrelevanten Unterversorgung führen. Die räumliche Konzentration älterer Bevölkerungsgruppen in bestimmten Regionen, in Kombination mit urbaner Verdichtung andernorts, verlangt eine differenzierte Planung, die sowohl die Resilienz städtischer Infrastrukturen als auch die Erreichbarkeit grundlegender Versorgungsleistungen in peripheren Gebieten berücksichtigt.

Gerade in einer alternden Gesellschaft kommt der Polizei eine zentrale Rolle zu, das subjektive Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu stärken – etwa durch Präsenz, Präventionsarbeit und gezielte Schutzmaßnahmen gegenüber betrugs- oder gewaltbezogenen Bedrohungen. Ebenso entscheidend ist eine funktionierende und vertrauenswürdige Justiz, die insbesondere auch bei altersbezogenen Konflikten wie Erbschafts-, Pflege- oder Eigentumsfragen Rechtssicherheit schafft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert.

Nicht zuletzt gehört zur Sicherheit unseres Landes auch die finanzielle Resilienz. Ein wesentlicher Punkt zur Sicherung der sozialen Leistungen stellt auch die schrittweise Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen von 60 auf 65 Jahre (bis 2033) dar. Weiters sind generelle Anreize, freiwillig über das Antrittsalter hinaus zu arbeiten (Bonus-Malus-System) und Modelle wie die Teilpension, um einen gleitenden Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen, erwähnenswert. Für ältere Arbeitnehmer:innen bedeutet dies einerseits Schutz, aber auch neue Chancen: Die Beschäftigung von Menschen 55+ gewinnt in Zeiten des demografischen Wandels und eines wenn auch vorläufig etwas abgeschwächten Fachkräftemangels stark an Bedeutung.

Der demografische Wandel stellt keine isolierte Herausforderung dar, sondern beeinflusst zahlreiche sicherheitsrelevante Bereiche – von der Daseinsvorsorge über gesellschaftlichen Zusammenhalt bis hin zur wirtschaftlichen Stabilität. Um soziale Sicherheit langfristig zu gewährleisten, sind vorausschauende politische Maßnahmen, differenzierte regionale Strategien und eine aktive Gestaltung gesellschaftlicher Resilienz von großer Relevanz. ■



Ältere Arbeitnehmerin in einer Fabrik
Quelle: industrieblick – stock.adobe.com



Gesundheit und medizinische Sicherheit

Gesundheit ist ein zentrales Gut – nicht nur für den einzelnen Menschen sondern für die Gesellschaft als Ganzes. Ein funktionierendes, belastbares Gesundheitssystem ist unverzichtbar für die Stabilität eines Landes, insbesondere in Krisenzeiten. Die medizinische Sicherheit umfasst weit mehr als die Heilung und Prävention von Krankheiten: Sie berührt Fragen der Versorgungssicherheit, der Resilienz kritischer Infrastrukturen, des Schutzes vor Pandemien und der verlässlichen Bereitstellung von Medikamenten und medizinischer Ausrüstung. Zugleich gewinnt die gesundheitliche Sicherheit durch neue Herausforderungen wie den Klimawandel, globale Lieferkettenrisiken, digitale Transformation und antibiotikaresistente Keime an Komplexität.

Versorgungssicherheit, Krisenvorsorge und Notfallmanagement

Die **Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen** ist für die Aufrechterhaltung eines reibungslos funktionierenden Gesundheitssystems und damit für die Gesundheit der Bevölkerung essentiell. Zentrale Handlungsfelder sind hier Energie und Gebäude, Mobilität und Transport sowie Arzneimittel und Medizinprodukte:

1. Die Sicherung der Energieversorgung ist für eine kontinuierliche Versorgung mit Strom und damit für die Aufrechterhaltung des Betriebs unabdingbar. Darüber hinaus benötigen Gesundheitseinrichtungen Wärme und Kälte – für Heizung und Kühlung – im Allgemeinen sowie speziell für Medikamente und Impfstoffe, die spezifische Temperaturen für ihre Lagerung brauchen.

2. Zuverlässige Mobilität ist ein Schlüsselfaktor für Personal, Patientinnen und Patienten sowie für die Versorgung mit Medizinprodukten wie Arzneimitteln, Blutkonserven oder Transplantaten. Ein gesichertes medizinisches Transportwesen gewährleistet den pünktlichen und raschen Transport von Kranken und Verletzten.

3. Auch Lieferketten müssen verlässlich funktionieren, denn Engpässe bei Medikamenten und anderen Medizinprodukten gefährden die Gesundheitsversorgung der Menschen.

Der Österreichische Strukturplan Gesundheit[68] (ÖSG) ist ein gemeinsamer österreichweiter Rahmenplan, den Bund, Länder und Sozialversicherung gemeinsam beschließen und als Planungsinstrument eine Gesamtsicht sowie Vorgaben für die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems in Österreich beinhaltet. Er dient als Grundlage für die Regionalen Strukturpläne: Der **Regionale Strukturplan Gesundheit Oberösterreich** (RSG OÖ) ist ein relevanter Teil der gesundheitlichen Versorgungssicherheit in Oberösterreich. Er ist „das zentrale Instrument zur Planung der Strukturen und der Angebote im oberösterreichischen Gesundheitswesen“[69] und fokussiert auf die Sicherheit in den sechs Versorgungsregionen des Landes.

Die Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems und der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung im Krisenfall sind essenziell im Sinne effektiver **Krisenvorsorge und Notfallmanagement**. Laut der Nationalen Risikoanalyse gemäß RKEG 2026[70] werden Einrichtungen des Gesundheitssektors als Betreiber wesentlicher Dienste identifiziert, die im Krisenfall besondere Resilienz- und Sicherheitsanforderungen erfüllen müssen. Das Bundes-Krisensicherheitsgesetz[71] (B-KSG) gewährleistet durch seine Regelungen auch den Schutz und die Sicherung der Versorgung mit systemrelevanten, medizinischen und medizintechnischen Gütern. Dem Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement SKKM beim Bundesministerium für Inneres obliegt im Krisenfall die bundesweite Koordination aller zuständigen Stellen inklusive Hilfs- und Rettungsorganisationen.

Ein Beispiel für die Krisenvorsorge im Sozial- und Gesundheitssystem ist der Leitfaden für Pflegewohnheime zur Erstellung eines Konzeptes zur Krisenvorsorge der Steirischen Landesregierung.[72] Ausgehend vom Szenario Blackout unterstützt dieser Krisenvorsorgeplan steirische Pflegeeinrichtungen, ihren Betrieb den gesetzlichen Vorgaben entsprechend krisenfit aufzustellen.

Ein weiterer Aspekt von Gesundheitssicherheit ist die **Sicherung der regionalen Gesundheitsversorgung** – dazu zählen Krankenanstalten wie Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen oder Pflegeanstalten sowie Arztpraxen ▶

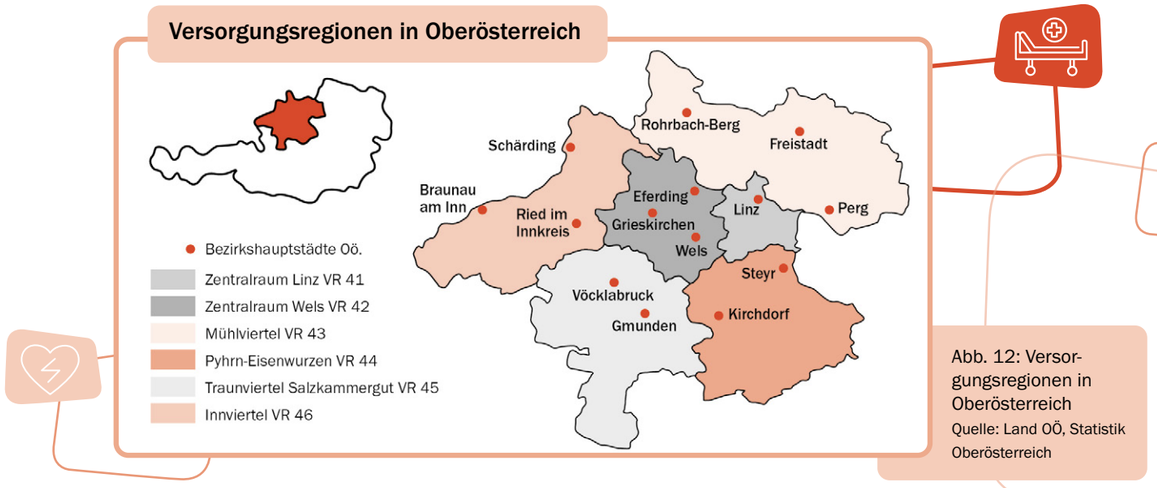


Abb. 12: Versorgungsregionen in Oberösterreich
Quelle: Land OÖ, Statistik Oberösterreich

68 https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitssystem-und-Qualitaetssicherung/Planung-und-spezielle-Versorgungsbereiche/Der-%C3%96sterreichische-Strukturplan-Gesundheit-%E2%80%93-%C3%96SG.html
69 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20SGD%20Abt_Ges/Ges_Regionaler%20Strukturplan%20Gesundheit%200ber%c3%b6sterreich%20(RSG%200.pdf
70 https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:cb3655c1-90ae-4e95-8d14-81056f9ccfcb/37a_1_beilage_1.pdf
71 https://ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20012321
72 https://www.gesundheit.steiermark.at/cms/dokumente/12914054_175143791/90b5a4a2/Leitfaden_Krisenvorsorge-PWH_Auflage1_.pdf

und Apotheken. Erreichbarkeit, Diversität der Fachbereiche und eine dem Bedarf angemessene Dichte sind zu gewährleisten. Der Mangel an medizinischem Fachpersonal macht diese Anforderung auch in Oberösterreich zur Herausforderung.

Klimawandel als Gesundheitsrisiko

Eine mittlerweile sehr relevante Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung ist der **Klimawandel**. Extremwettereignisse wie Hitzewellen und Starkregen und deren Folgen ebenso wie Maßnahmen der Klimawandelanpassung führen zu deutlich steigenden und z. T. neuen Anforderungen an ein sicheres Gesundheitssystem.

Der **Nationale Hitzeschutzplan**[73] gibt eine Anleitung für das Vorgehen des für Gesundheit zuständigen Ministeriums sowie sonstige Behörden und Organisationen bei Hitzewellen. Er beschreibt Maßnahmen, die auf Bundesebene in Kooperation mit den Bundesländern und GeoSphere Austria im Fall von Hitze, v. a. bei länger andauernden Hitzewellen, gesetzt werden. Ziel ist es, die in Österreich lebende Bevölkerung bestmöglich vor den gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze zu schützen. Der Plan listet z. B. die Hitzeschutz- oder Hitzeaktionspläne der Bundesländer auf, definiert die Rollen der einzelnen Akteure im Land und die Kommunikation zwischen diesen, fokussiert auf den Hitzeschutz für besonders gefährdete Gruppen, thematisiert den Hitzeschutz in Gesundheitseinrichtung und Sozialorganisation und das Monitoring gesundheitlicher Auswirkungen von Hitze. Auch das nationale Hitzewarnsystem der GeoSphere Austria, das Hitzewarnungen auf Basis prognostizierter Werte für die gefühlte Temperatur erstellt, wird erläutert. Hitzewarnungen werden ausgegeben, wenn laut Prognosen vordefinierte Warnschwellen über einen Zeitraum von mehreren Tagen erreicht bzw. überschritten werden. (vgl. Abb. 13)

Der **Hitzeschutzplan für Oberösterreich**[74] baut auf dem Nationalen Hitzeschutzplan auf. Er fokussiert auf Prävention und Information von Bevölkerung, vulnerablen Gruppen und unterschiedlichsten Einrichtungen in Sachen Hitze und Hitzeschutz ebenso wie auf frühzeitige Hitzewarnungen bzw. Hitzewellenwarnungen in Kooperation mit GeoSphere Austria. Außerdem beinhaltet er Empfehlungen zur Erstellung von Strategie- und Hitzeschutzplänen für Institutionen in Oberösterreich, speziell für Einrichtungen vulnerabler Gruppen.

Warnstufe	Bedeutung / Schwellenwert
1. Stufe: keine aktive Warnung (grün)	Es ist derzeit mit keiner Hitzebelastung zu rechnen. Schwellenwert gefühlte Temperatur < 30 °C
2. Stufe: Vorsicht! (gelb)	Es ist mit leicht erhöhter Hitzebelastung zu rechnen. Schwellenwert gefühlte Temperatur ≥ 30 °C
3. Stufe: Achtung! (orange)	Es ist mit erhöhter Hitzebelastung zu rechnen. Schwellenwert gefühlte Temperatur ≥ 35 °C
4. Stufe: Gefahr! (rot)	Es ist mit starker Hitzebelastung zu rechnen. Schwellenwert gefühlte Temperatur ≥ 40 °C

Abb. 13: Hitzewarnstufen der GeoSphere Austria; eigene Darstellung
Quelle: Nationaler Hitzeschutzplan Österreich, 2025, S. 15

73 https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Hitze/Nationaler-Hitzeschutzplan.html
74 https://www.gesundes-oberoesterreich.at/wp-content/uploads/2025/07/Ooe.-Hitzeschutzplan_barrierefrei_072025.pdf

Das Energieinstitut an der Johannes Kepler Universität Linz betreibt mit Kooperationspartnern beispielsweise das Projekt **Climate4Health** – Klimaschutz für die Sicherung der Infrastruktur im Gesundheitssektor[75], das Handlungsempfehlungen für das Gesundheitswesen an der Schnittstelle von Klimaschutz und Versorgungssicherheit erarbeitet. Es adressiert die Sicherung der kritischen Infrastruktur im Gesundheitswesen und die Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen in Verbindung mit Maßnahmen zum Klimaschutz.

Epidemien und Pandemien

Ein anderes Thema, das seit der COVID-19-Pandemie Anfang der 2020er-Jahre unverändert präsent ist, ist jenes von **Epidemien und Pandemien**. Dabei geht es um standardisierte Vorgangsweisen, effektive Kommunikation und Koordination sowie wirksame Maßnahmen zur Gesundheitssicherung und den bestmöglichen Schutz der Bevölkerung im Falle einer Epidemie oder Pandemie.

Das **Epidemiegesetz 1950**[76] gilt als rechtliche Grundlage zur Meldung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten und hat zum Ziel, die Ausbreitung von Infektionskrankheiten mit hohem Gefährdungsgrad für die öffentliche Gesundheit zu verhindern. Das **Epidemiologische Meldesystem** (EMS) dient der Überwachung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten in Österreich. Qualitativ erfasste Daten bilden die Basis, geben einen Überblick über die epidemiologische Lage und sind Voraussetzung für adäquate Präventivmaßnahmen. Daneben gibt es spezifische Pläne für bestimmte Infektionskrankheiten, zum Beispiel den Pandemieplan für respiratorische Krankheiten[77] des Bundes, der u. a. mit Handlungsanweisungen ein effizientes Pandemiemanagement sicherstellen soll.



Schutzmaßnahme gegen ansteckende Krankheit
Quelle: Mediteraneo - stock.adobe.com

Der **Pandemie Plan Linz**[78] zum Beispiel, als Reaktion auf die Erfahrungen mit der COVID-19-Pandemie entstanden, soll eine klare und allgemeingültige Handlungsempfehlung für verschiedene Pandemie-Szenarien bieten, die der Stadt Linz im Ernstfall ein effektives Vorgehen erleichtern.

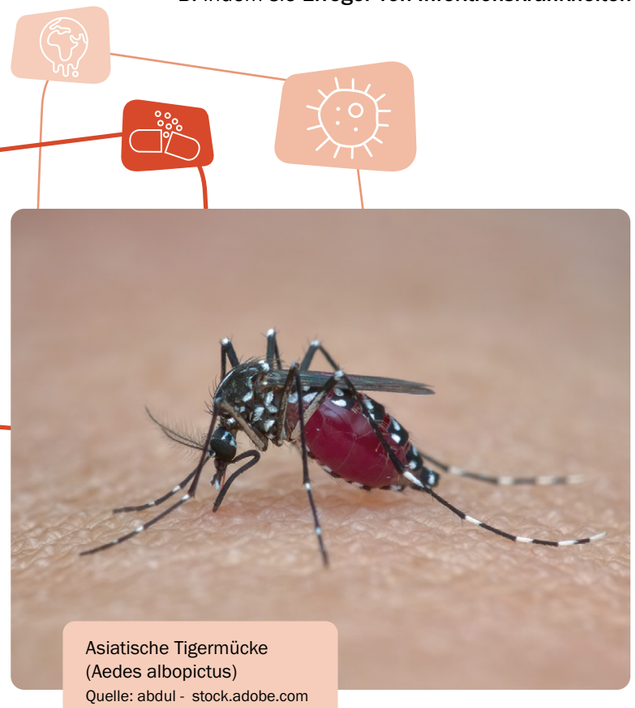
Auf internationaler Ebene haben sich die Mitgliedsstaaten der **Weltgesundheitsorganisation WHO** auf die Ausarbeitung und Aushandlung eines internationalen Übereinkommens geeinigt, mit dem Prävention und Vorsorge gestärkt werden und besser auf künftige Pandemien und Gesundheitskrisen vorbereitet und reagiert ▶

75 https://www.kiras.at/gefoerderte-projekte/detail/climate4health-klimaschutz-fuer-die-sicherung-der-infrastruktur-im-gesundheitssektor/
76 https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010265
77 https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Uebertragbare-Krankheiten/Publikationen.html
78 https://www.linz.at/medienservice/archiv/2023/202307_121177.php

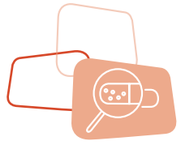
werden kann. Der Text zu diesem **Pandemieübereinkommen** wurde im Mai 2025 von der Weltgesundheitsversammlung WHA angenommen. Damit sind noch keine rechtlichen Verpflichtungen verbunden, denn vor Unterzeichnung und Ratifizierung sind weitere Schritte notwendig.[79]

Relativ neue Gesundheitsthemen wie die Übertragung neuer Infektionskrankheiten durch invasive Tierarten oder Antibiotikaresistenzen zeigen, dass das Thema Gesundheitssicherung immer umfangreicher und komplexer wird:

Neobiota sind Arten (Pflanzen, Tiere, Mikroorganismen wie Bakterien und Viren), die ihre natürlichen Verbreitungsgebiete verlassen, meist von Menschen mittransportiert, und sich in einem neuen Gebiet ausbreiten. **Invasive Arten** sind solche, die negative Auswirkungen zeitigen, z. B. indem sie **Erreger von Infektionskrankheiten**



Asiatische Tigermücke (Aedes albopictus)
Quelle: abdul - stock.adobe.com



mitbringen können. Damit steigt die Gefahr von Epidemien. Die Asiatische Tigermücke ist ein mittlerweile auch in Österreich prominentes Beispiel für diese Problematik. Ursprünglich in Südostasien beheimatet, breitet sie sich hier rasant aus. Laut AGES gibt es in Teilen von Wien, Graz und Linz bereits etablierte Populationen.[80] Sie ist mögliche Überträgerin von mehr als 20 verschiedenen Krankheitserregern, darunter das Dengue-Virus, das Chikungunya-Virus und das Zika-Virus. In Europa gab es bspw. 2007 in Italien und 2025 in Frankreich erste Erkrankungen am Chikungunya-Fieber.

Resistenzen und Arzneimittelsicherheit

Antibiotikaresistenzen treten auf, weil Bakterien Widerstandsfähigkeit gegen Antibiotika entwickeln. Damit ist die Wirksamkeit dieser Medikamente nicht mehr gegeben – ein wachsendes Problem nicht nur für die individuelle Gesundheit, sondern zunehmend auch für die öffentliche Gesundheit, da es Behandlungen erschwert, zu gesundheitlichen Komplikationen führt und der Bedarf an wirksamen neuen Medikamenten steigt. Die Relevanz dieses Problems zeigen erhobene Zahlen. So sind alleine im Jahr 2019 weltweit geschätzt etwa 2,1 Millionen Menschen an einer Infektion mit antibiotikaresistenten Keimen gestorben.[81]

Die **Arzneimittelsicherheit** als Teil der Gesundheitssicherung obliegt in Österreich dem Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen[82] (BASG). Sie ist die österreichische Arzneimittelbehörde und für Arzneimittelzulassung und die Überwachung des Medizinmarktes verantwortlich. Zu ihren Aufgaben zählen u. a.

- Bewertung und Genehmigung von klinischen Prüfungen von Arzneimitteln und Koordination der hoheitlichen Aufgaben und bescheidmäßigen Abschluss von Zulassung/Registrierung/Änderung von Arzneimitteln
- Bewilligung von Herstellbetrieben, Kontrolllaboren, Vertreibern, Blut- und Gewebeeinrichtungen sowie klinischen Prüfungen
- Beschränkung der Ausfuhr von Arzneimittel
- Bewilligung von Importen von Arzneimittel
- Erteilung von Ausnahmegenehmigungen bei Medizinprodukten
- Setzung von hoheitlichen Maßnahmen aus Ergebnissen der Marktüberwachung von Arzneimitteln, Blut-, Gewebe-, Zell- und Medizinprodukten sowie der Gebarungsprüfung von Suchtmitteln

Patientinnen- und Patientensicherheit

Letztlich muss auch die **Patientinnen- und Patientensicherheit** im Themenkomplex Sicherheit von Gesundheit und medizinischer Versorgung mitgedacht werden. Gemäß Definition im Gesundheitsqualitätsgesetz – GQG[83] umfasst Patientensicherheit Maßnahmen zur Vermeidung unerwünschter Ereignisse, die zum Schaden der Patientin bzw. des Patienten führen können. Aspekte wie Abläufe im Gesundheitswesen, Kommunikation und Fehlermanagement, die Information von Patient:innen oder auch Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter:innen im Gesundheitswesen spielen dabei relevante Rollen.

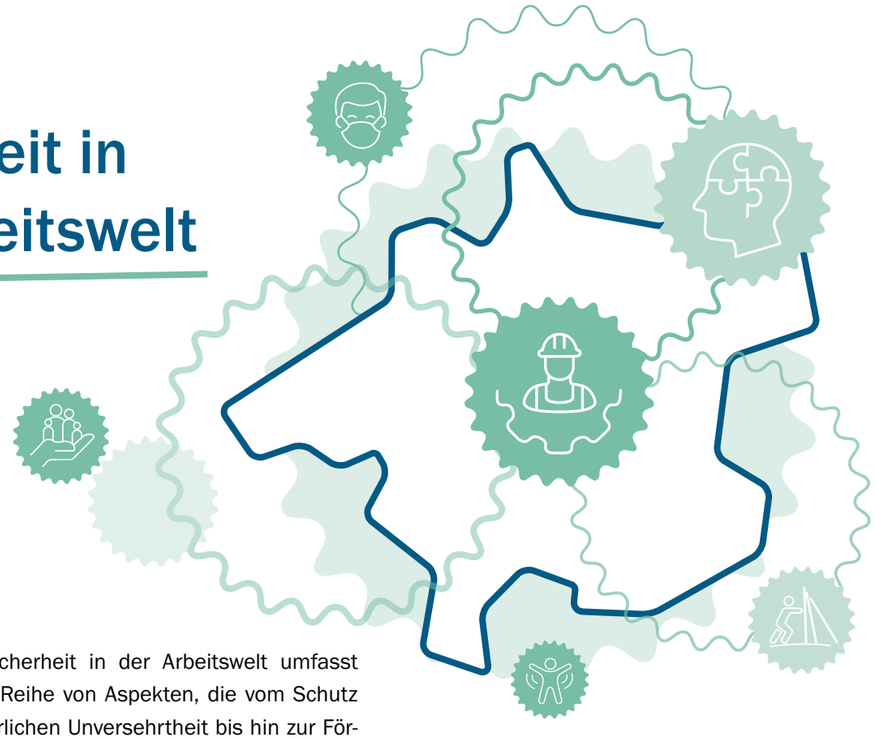
Die **Patient:innensicherheitsstrategie 3.0** ist eine österreichweite Rahmenvorgabe, die die relevanten Themenschwerpunkte beschreibt und Handlungsempfehlungen formuliert. Sie soll Bewusstsein für das Thema schaffen, Bürger:innen und Patient:innen eine Orientierung in Sachen Patientensicherheit geben und Entscheidungsträger:innen und Gesundheitsdienstleistende dabei unterstützen, ein hohes Maß an sicherer Versorgung für alle zu gewährleisten und so die Risiken für Patient:innen in Behandlung und Betreuung zu reduzieren. **Patient:innenanwaltschaft und Pflegeanwaltschaft** sind unabhängige und weisungsfreie Einrichtungen in den Bundesländern zur Sicherung der Rechte und Interessen von Patient:innen bzw. pflegebedürftigen Menschen. In Oberösterreich ist dies die Oö. Patienten- und Pflegevertretung.[84] Die Plattform **Patient:innensicherheit**[85], ein unabhängiges Netzwerk aus wesentlichen Einrichtungen und Expert:innen des österreichischen Gesundheitswesens, beschäftigt sich mit der Sicherheit von Patient:innen und Mitarbeiter:innen in Form von Forschung, Projektkoordination, Vernetzung und Information. ■



Telemedizinische Versorgung
Quelle: olga_demina - stock.adobe.com

79 https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitspolitik-in-der-EU-und--im-internationalen-Kontext-(WHO)/FAQ-WHO-Pandemieabkommen.html und https://www.who.int/news-room/questions-and-answers/item/pandemic-prevention--preparedness-and-response-accord
80 https://www.ages.at/mensch/krankheit/infos-zu-gelsen-krankheiten
81 vgl. Murray et al., 2022 https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/35065702/
82 https://www.gesundheit.gv.at/gesundheitsleistungen/institutionen/basg.html
83 https://www.ris.bka.gv.at/geltendefassung.wxe?abfrage=bundesnormen&gesetzesnummer=20003883
84 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/38917.htm
85 https://plattformpatientensicherheit.at/

Sicherheit in der Arbeitswelt



Die Sicherheit in der Arbeitswelt umfasst eine Reihe von Aspekten, die vom Schutz der körperlichen Unversehrtheit bis hin zur Förderung der psychischen Gesundheit der Beschäftigten reichen. Auch die ständige Angst vor Jobverlust kann sich negativ auf die Gesundheit auswirken. Neue Arbeitsformen – vom Homeoffice bis zur Gig Economy – stellen ebenso Herausforderungen an den Arbeitnehmer:innenschutz wie der demografische Wandel und wirtschaftliche Krisen. Oberösterreich ist mit seiner hohen Industrie- und Beschäftigungsdichte dabei häufig ein Spiegel für österreichweite Entwicklungen. Im Folgenden werden aktuelle Trends, Herausforderungen und Maßnahmen beispielhaft in einigen zentralen Bereichen dargestellt.



Arbeitnehmer:innen an einer Maschine
Quelle: goodluz - stock.adobe.com

Physische und psychische Sicherheit

Die Prävention von physischen Arbeitsunfällen ist ein bedeutender Fortschritt in der österreichischen Arbeitswelt. Seit Einführung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes (ASchG)[86] im Jahre 1995 haben sich die Unfallzahlen in Österreich fast halbiert, obwohl in der Zwischenzeit die Anzahl der Beschäftigten deutlich zunahm. Parallel zur verbesserten Unfallprävention auf verschiedensten Ebenen wird auch die Belastung von Arbeitenden durch Arbeitsstoffe wie Chemikalien oder Stäube durch immer strikte-re Grenzwerte und genauere Überwachungsmöglichkeiten weiter verringert. So werden die ursprünglich aus (akut-)toxischen Erwägungen abgeleiteten Grenzwerte in Hinblick auf die karzinogenen Wirkungen angepasst. Manche in der Praxis vorkommenden Expositionen gegenüber Stoffen wie Dieselruß aus LKW/Maschinen oder Cobalt in Metallgießereien sind aber derzeit mit zu hohen Grenzwerten limitiert und führen zu unakzeptablen Krebsrisiken.[87]

Die Grenzwerte für diese Stoffe sollen in den nächsten Jahren unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten überarbeitet und in Hinblick auf eine sichere Arbeitswelt angepasst werden. Neben den chemischen Stoffen wurden auch zahlreiche andere sicherheits- und gesundheitsrelevante Schutzmechanismen bzw. Sicherheitsstandards weiterentwickelt, wie etwa der Lärmschutz oder Maßnahmen zur Unfallvermeidung im Bau- und Metallbereich.

Durch absehbare Fortschritte der Digitalisierung, KI und Robotik kann erwartet werden, dass bei immer mehr gefährlichen Arbeiten technologische Lösungen forciert werden. Menschen werden eher in Richtung Überwachung der Prozesse im Einsatz sein. Eine Auswahl an denkbaren sicherheitsrelevanten Änderungen ist in Abbildung 14 dargestellt.

Nicht zuletzt aufgrund der enormen Fortschritte in der physischen Sicherheit in der Arbeitswelt rückt die psychische Sicherheit am Arbeitsplatz immer mehr in den Fokus, Stress und Überlastung nehmen in vielen Berufen zu.

Fast 60 % der Erwerbstätigen in Österreich fühlen sich laut dem Mikrozensus 2022 der Statistik Austria[89] (Daten 2020) zumindest einer psychischen Gefährdung ausgesetzt – am häufigsten durch starken Zeitdruck oder Arbeitsüberlastung (38 % der Befragten). Eine Auswertung im Auftrag der oö. Arbeiterkammer zeigt, dass die Krankenstandstage aufgrund psychischer Erkrankungen in Österreich seit Mitte der 1990er-Jahre um über 400 % gestiegen sind. In Oberösterreich haben sich die jährlichen Fehltage wegen psychischer Diagnosen innerhalb einer Dekade mehr als verdoppelt – von 289.000 (2006) auf 739.000 (2016).[90] ▶

Technologie	Anwendungsbereich	Beitrag zur physischen Sicherheit
KI-gestützte Sensorik	Baustellenüberwachung	Frühzeitige Erkennung von Gefahren wie Einsturzrisiken oder unsicheren Strukturen
Roboterarme	Chemische Industrie	Durchführung gefährlicher Arbeitschritte wie das Umfüllen toxischer Substanzen
Avatare in AR/VR	Schulungen in Hochrisikoberufen	Realistische Simulation von Gefahrensituationen ohne physisches Risiko
Drohnen mit KI	Mineninspektion	Erkundung gefährlicher Gelände ohne menschlichen Einsatz
Exoskelette mit KI	Logistik & Produktion	Reduktion körperlicher Belastung und Verletzungsrisiko bei schwerem Heben
Cobots (kollaborative Roboter)	Fertigung und Montage	Übernahme gefährlicher oder repetitiver Aufgaben bei gleichzeitiger Mensch-Roboter-Kooperation
KI-Überwachungssysteme	Lagerhäuser & Großbetriebe	Automatische Erkennung von Unfällen, Rauch, Feuer oder gefährlichem Verhalten
Telerobotik/ Remote Robots	Ölindustrie, Reaktoren	Durchführung gefährlicher Wartungsarbeiten aus sicherer Entfernung
Predictive Maintenance mit KI	Maschinenparks	Vermeidung von Unfällen durch frühzeitige Wartung bei Anzeichen von Defekten
Wearables mit KI	Bergbau, Tunnelbau	Überwachung von Vitaldaten und Umweltbedingungen zur Unfallvermeidung

Abb. 14: Auswahl an möglichen künftigen sicherheitsrelevanten Änderungen bei Gewerbe/Industrie; eigene Darstellung

86 https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008910

87 https://www.arbeitsinspektion.gv.at/arbeitsschutz/arbeitsstoffe/grenzwerte.html

89 https://www.statistik.at/fileadmin/publications/arbeitsunfaelle_und_arbeitsbezogene_gesundheitsprobleme_2020.pdf

90 https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-2558/s_2019_krankenstaende_ooe_61534_-3.pdf

Damit einher geht ein drastischer Anstieg von langen Krankenständen und Frühpensionierungen: Beinahe 45 % aller neuen Invaliditätspensionen sind mittlerweile auf psychische Krankheiten oder Verhaltensstörungen zurückzuführen. Die psychischen Belastungsfaktoren sind vielfältig – von ständigem Termin- und Leistungsdruck über den Umgang mit schwierigen Kund:innen bis zu Konflikten im Team oder Angst vor Jobverlust.

Für Unternehmen und Volkswirtschaft entstehen dadurch hohe Kosten, sodass sich für Betriebe, aber auch für die Gesellschaft insgesamt, Prävention und frühzeitige Intervention auszahlen. Seit 2013 werden im Arbeitnehmer:innenschutzgesetz (ASchG) die Ermittlung und Beurteilung psychischer Belastungen und Gefährdungen am Arbeitsplatz geregelt. Psychische Arbeitsbelastungen sollen im Rahmen der Arbeitsplatzevaluierung erhoben sowie aktiv entschärft werden. In der modernen Arbeitswelt verschwimmen allerdings oft die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben, auch eine ständige Erreichbarkeit via Smartphone oder Laptop kann unter Umständen zu einer Belastung werden. Für Beschäftigte generell positiv wirken sich flexible Arbeitszeiten aus, aber auch die Möglichkeit, nach Dienstschluss „abschalten“ zu dürfen.

Die betriebliche Gesundheitsförderung etwa hilft, gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen zu schaffen – vom ergonomischen Arbeitsplatz bis zu Bewegungs- und Entspannungsangeboten. Auch Betriebsvereinbarungen können helfen, Belastungen zu reduzieren.[91] Diese und auch andere Maßnahmen zielen darauf ab, mentale Gesundheit am Arbeitsplatz genauso zu schützen wie die körperliche Sicherheit.

Mit dem Wandel der Arbeitswelt (Stichwort New Work[92]) verändern sich auch die Anforderungen an den Arbeitnehmer:innenschutz. Bildschirmarbeit und digitale Arbeitsplätze – teilweise in Verbindung mit Homeoffice – nehmen in Österreich weiter generell zu. Eine ergonomische Gestaltung ist ähnlich wie bei klassischen Computerarbeitsplätzen zentral, um körperliche Langzeitfolgen wie Mouse-Arm oder Rückenbeschwerden zu vermeiden.

Neben der physischen Komponente gehört auch eine gesunde Arbeitszeit- und Pausengestaltung zum Beschäftigtenschutz. Das Arbeitszeitgesetz sieht Ruhezeiten und Begrenzungen vor, doch in der Praxis führen Termindruck und Personalmangel manchmal zu überlangen Arbeitstagen oder verkürzten Pausen. Wichtig sind daher realistische Arbeitsziele, Vertretungsregelungen und eine Unternehmenskultur, die Erholung respektiert.

Soziale Absicherung und wirtschaftliche Resilienz

Österreich verfügt über ein dichtes soziales Netz, das Beschäftigte in Fällen von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder im Alter absichert. In den letzten Jahren wurde dieses System reformiert und an veränderte Erwerbsformen angepasst. So wurden mit Umsetzung der Sozialversicherungsreform 2020 die zuvor getrennten Sozialversicherungsträger für Arbeitnehmer:innen, Selbständige, in der Landwirtschaft Beschäftigte sowie weitere Versichertengruppen zu einer geringeren Anzahl großer Träger zusammengeführt. Ziel ist, den Verwaltungsaufwand zu senken und das System damit längerfristig finanziell abzusichern.

91 https://www.arbeitsinspektion.gv.at/arbeitsschutz/gesundheitsschutz/psychische_gesundheit_arbeitsplatz/arbeitsplatzevaluierung_psychische_belastung.html
92 Siehe auch: https://www.ooe-zukunftsakademie.at/Mediendateien/New_Work_Trendreport.pdf



Arbeit während der COVID-19-Pandemie
Quelle: BGStock72 – stock.adobe.com

Selbstständige Personen und atypisch Beschäftigte rücken vermehrt in den Fokus, da traditionelle Arbeitnehmer:innenkarrieren seltener werden. Neue Selbständige und Ein-Personen-Unternehmen haben inzwischen grundsätzlich Pflichtversicherungen in der Pensions- und Krankenversicherung, aber eine Arbeitslosenversicherung auf freiwilliger Basis. Derzeit wird diskutiert, inwieweit auch in Richtung Arbeitslosigkeit eine verbesserte Absicherung möglich wäre, allerdings würde dies auch mit höheren Kosten für diese Personengruppe verbunden sein.

Ein während der Corona-Pandemie besonders aktuelles Thema war die Krisenresilienz bzw. die Unterstützung in Ausnahmezeiten: Die letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig ein robustes soziales Sicherungsnetz insbesondere in Krisenzeiten ist.

Während der COVID-19-Pandemie ab 2020 konnte durch das Instrument der Corona-Kurzarbeit mit entsprechenden Beihilfen ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden.

Die Kurzarbeit sicherte in Österreich hunderttausende Jobs und das Überleben zahlreicher Firmen, war aber andererseits ein kostenintensives Instrument zur Pandemiebewältigung. Neben Pandemien fordern auch andere Krisen die Resilienz des Sozialstaats: Auf die Teuerungswelle 2022/23 infolge explodierender Energiepreise durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine reagierte die Regierung mit einem der umfangreichsten Entlastungspakete Europas. Zwischen Jänner 2022 und Mai 2023 beschloss die Regierung Anti-Teuerungsmaßnahmen für Haushalte, aber auch Betriebe.

Durch diese Krisen hat unser Land gelernt, wie auch künftigen - internationalen - Krisen optimal begegnet werden kann. Bei all den Maßnahmen zur Krisenbewältigung zeigt sich auch, wie wichtig hierbei finanzielle Aspekte sind, in Bezug auf die durch verschiedene Maßnahmen bedingten Kosten bzw. auch hinsichtlich der Bewältigung der finanziellen Belastungen nach dem Ende der Krise.

Im Zuge der erfreulicherweise allgemein weiter steigenden Lebenserwartung und der größeren Anzahl an künftig im Erwerbsleben stehenden älteren Menschen ergeben sich neue Anforderungen an eine altersgerechte Ausgestaltung von Arbeitsplätzen. Ältere Arbeitnehmer:innen weisen eine Vielzahl an positiv wahrgenommenen Eigenschaften auf, wie große Erfahrung und Gelassenheit, während etwa die Sehschärfe abnimmt, die eine Voraussetzung für eine Vielzahl an Berufen wie etwa im Handwerk ist. Durch eine entsprechende altersgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze kann nicht nur die Zufriedenheit der Arbeitnehmer:innen gesteigert werden, sondern auch zur Arbeitssicherheit und Unfallverhütung beigetragen werden. ■



Klimawandel, Ressourcen und globale Verflechtung



Bildung von Trockenrissen
Quelle: Markus Spiske – unsplash.com

Der Klimawandel und der steigende Ressourcenverbrauch zählen zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sie haben weitreichende Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft und beeinflussen regionale, nationale sowie globale Sicherheitsfragen.

Die Erderwärmung hat bereits zu einem globalen Temperaturanstieg von ca. 0,9 °C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter geführt (Mittel 1991-2020 im Vergleich zum Mittel 1850-1900). In Österreich fällt die Temperaturzunahme mit 1,9 °C im Tiefland mehr als doppelt so hoch aus, was hauptursächlich an der schnelleren Lufterwärmung über Landmassen liegt. Wissenschaftliche Prognosen gehen davon aus, dass mit den aktuellen Bestrebungen die Erderwärmung bis 2100 über 2 °C oder mehr hinausgehen könnte.[93] Die Auswirkungen sind bereits heute spürbar: Gletscher und Polkappen schmelzen, der Meeresspiegel steigt und extreme Wetterereignisse nehmen zu.
Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen und Stürme zerstören Infrastrukturen, gefährden landwirtschaftliche Erträge und verschlechtern die Lebensbedingungen in vielen Regionen der Welt drastisch. In der Folge nehmen klimabedingte Migration und Verteilungskonflikte zu. Bereits heute sind Menschen aufgrund klimatischer Veränderungen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Besonders Regionen mit bereits bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sind von diesen Entwicklungen stark betroffen.

Gleichzeitig steigt der weltweite Ressourcenverbrauch aufgrund von Bevölkerungswachstum, wirtschaftlicher Entwicklung und technologischen Fortschritten weiter an. Die globale Nachfrage nach Wasser, Energie und Rohstoffen hat sich in den letzten Jahrzehnten vervielfacht, was die Wahrscheinlichkeit geopolitischer Spannungen und Konflikte um knappe Ressourcen erhöht.

Sicherheitsaspekte im Kontext des Klimawandels umfassen daher sowohl präventive Maßnahmen zur Anpassung an veränderte Umweltbedingungen als auch Strategien zur Ressourcensicherung und internationalen Zusammenarbeit. Die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft und resilienten Gesellschaften ist eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahrzehnte.

Klimainduzierte Bedrohungen

- Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen, Stürme und Hitzeperioden
- Meeresspiegelanstieg
- Ausbreitung von Krankheiten, Hitzebelastung
- Auswirkungen auf den Wasserhaushalt (Gletscher-/Polkappenschmelze, veränderte Niederschlagsmuster)
- Klimabedingte Migration
- Veränderung von Ökosystemen und Biodiversitätsverlust
- Ernteausfälle und Nahrungsmittelengpässe
- Wirtschaftliche Verluste z. B. durch ausbleibenden Schneefall in Wintertourismusregionen

Klimawandel in Oberösterreich

In den vergangenen 100 Jahren erhöhte sich die Durchschnittstemperatur in Oberösterreich um etwa 2 Grad Celsius, was langjährige Temperaturreihen, wie etwa jene aus Kremsmünster, eindrucksvoll belegen.

Die **Erhöhung der mittleren Temperatur** macht den Klimawandel in Oberösterreich in unterschiedlichen Bereichen merkbar. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts verlängerte sich die Vegetationsperiode um zwei Wochen. Der Blattaustrieb erfolgt früher und der herbstliche Blattabfall verspätet sich. Neue wärmeliebende Tier- und Pflanzenarten, die teilweise auch schädlich für bestehende Kulturpflanzen bzw. Ökosysteme ▶

93 UNEP-Jahresbericht 2024: https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/47082/UNEP-Annual-Report-2024.pdf

sein können, werden heimisch und Verschiebungen des Vogelzugs können beobachtet werden. Die winterliche Schneebedeckung nimmt langfristig langsam ab, der Dachsteingletscher schmilzt. Sommerliche Hitzetage mit 30 Grad und mehr nehmen zu, winterliche Frosttage mit Ganztagestemperaturen unter 0 °C ab.

Auf Grundlage von meteorologischen Daten aus mehr als 200 Wetter- und Luftmessstationen in ganz Oberösterreich und langjährigen Beobachtungen des Dachsteingletschers hat die Universität für Bodenkultur in Wien in Zusammenarbeit mit der Abteilung Umweltschutz des Amtes der Oö. Landesregierung **mögliche Klimaszenarien** bis zum Jahr 2100 berechnet.

Bei der Betrachtung der Anzahl der jährlichen **Hitzetage** mit Tageshöchsttemperaturen über 30 °C wird die prognostizierte Temperaturzunahme besonders augenscheinlich. Ohne weitere globale Klimaschutzmaßnahmen sind bis ins Jahr 2100 in Oberösterreich bis zu 19,6 Hitzetage jährlich zu erwarten. Dabei wird sich die Hitze auch in den Übergangsjahreszeiten zunehmend bemerkbar machen. Mit erweiterten Klimaschutzmaßnahmen sind im Vergleich dazu 8,3 Hitzetage zu erwarten.

Die auf den Berechnungen der Universität für Bodenkultur beruhende öffentlich zugängliche interaktive Webanwendung CLAIRISA[94] ermöglicht die Abfrage von **Klima- und Luftgütedaten** sowie Klimaszenarien für jeden oberösterreichischen Ort. Nach diesen Prognosen werden trotz aller Maßnahmen zur Intensivierung des Klimaschutzes (Defossilisierung) Anpassungen an den Klimawandel erforderlich.

Durch den allgemeinen Klimawandel in Verbindung mit der zunehmenden Verstädterung besonders im oberösterreichischen Zentralraum werden Wärmeinseleffekte[95] verstärkt

Jahresmitteltemperatur Kremsmünster

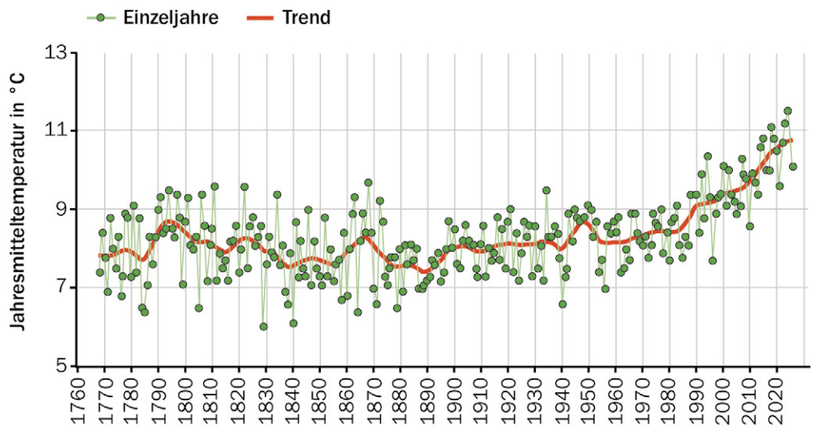


Abb. 15: Entwicklung der Jahresmitteltemperatur an der Messstelle Kremsmünster 1768 bis 2025
Quelle: GeoSphere Austria, HISTALP

94 Climate-Air-Informations-System for Upper Austria: https://www.doris.at/themen/umwelt/clairisa.aspx
95 Die städtische Wärmeinsel ist charakterisiert durch die Temperaturdifferenz zwischen wärmerer Stadt und kühlerem Umland. Die Lufttemperatur in Städten hängt unter anderem von der Gebäudestruktur, den thermischen Eigenschaften der Bausubstanz, den Strahlungseigenschaften der Oberflächen und der anthropogenen Wärmefreisetzung, z. B. durch Hausbrand, Verkehr und Industrie ab (vgl. Deutscher Wetterdienst, 2026).

Mittlere Anzahl der Hitzetage

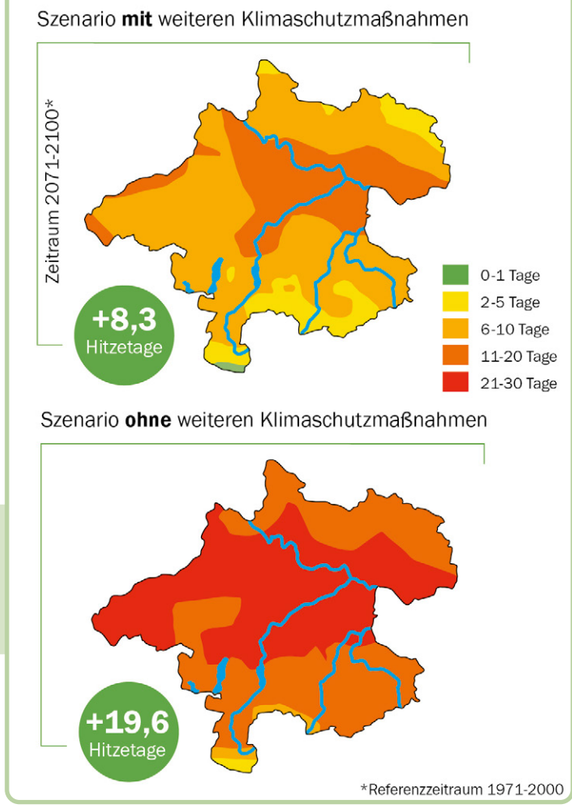


Abb. 16: Mittlere Anzahl der Hitzetage in OÖ. pro Jahr in der Periode 1971 bis 2100 mit erweitertem Klimaschutz und ohne
Quelle: Land OÖ, Abt. Umweltschutz; Klimadaten ÖKS 15 Österreichische Klimaszenarien

spürbar, sodass Maßnahmen zur Klimawandelanpassung besonders im Gesundheitsbereich vordringlich werden. Um negative körperliche Folgen durch steigende Temperaturen abzuwenden, sind eine effiziente Kühlung und temperaturregulierende Grünräume mit schattenspendenden Bäumen unverzichtbar.

In einem geringeren Ausmaß werden sich die durchschnittlichen **Niederschlagsmengen** verändern, allerdings ist mit vermehrten lokalen Starkregenereignissen zu rechnen, was Hochwasserschutzmaßnahmen nicht nur an den größeren Flüssen, sondern auch im Bereich ihrer Zubringer erforderlich macht.

Neben technischen Hochwasserschutzmaßnahmen können auch im Sinne der Eigenvorsorge zahlreiche Maßnahmen zum persönlichen Schutz gesetzt werden. Die Internetseite „**Hora**“ des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft bietet regionale Informationen über Gefährdungen durch Naturgefahren wie Hochwasser und Hagel.[96] Auch ein Hochwasser-Selbstschutz-Ratgeber[97] des Oö. Zivilschutzes und aktuelle Pegelstände[98] des Landes sind online verfügbar.

Mit dem Klimawandel steht auch die **Landwirtschaft** vor deutlichen Herausforderungen. Regional unterschiedliche Veränderungen bei Temperaturverteilung und -höhe, Niederschlagsmenge und -intensität, Verteilung von Trockenzeiten etc. erfordern Adaptionen, um die Nahrungsmittelsicherheit langfristig gewährleisten zu können. Mit Veränderungen bei den Kultursorten zu trockenresistenteren wärmelie- ▶

96 http://www.hora.gv.at/
97 https://zivilschutz-ooe.at/wp-content/uploads/2023/07/Hochwasser2022-Web.pdf
98 http://hydro.ooe.gv.at/

benden Arten ist zu rechnen. Positiv könnte sich die längere Vegetationsperiode mit steigenden landwirtschaftlichen Erträgen in höheren Lagen auswirken. Längere Trockenzeiten könnten sich zudem regional auf die Verfügbarkeit von Trink- und Nutzwasser auswirken.

Auf Grund der langen Wachstumszeit von Bäumen kann in der **Forstwirtschaft** auf klimatische Veränderungen nur sehr langsam reagiert werden. Maßnahmen müssen bereits jetzt gesetzt werden, um in 50 Jahren einen überlebensfähigen vitalen Waldbestand, der obendrein den wirtschaftlichen Ansprüchen gerecht wird, erhalten zu können, denn die Prognosen im Zeichen des Klimawandels sind für den gegenwärtigen Waldbestand nicht sonderlich rosig.

Die Fichte, in weiten Teilen Oberösterreichs die gegenwärtige Hauptbaumart, ist ein Nadelbaum mit vergleichsweise geringer Temperaturtoleranz und relativ hohem Niederschlagsbedarf. Steigen die Temperaturen zu stark an und verringert sich das Wasseraufkommen kommt die Fichte in eine Trockenstress-Situation. Sie produziert weniger Harz und ist kaum widerstandsfähig gegen einen Borkenkäferbefall. Vorrangiges Ziel in der Forstwirtschaft ist daher die Erhöhung des Mischwaldanteiles mit standortgerechten natürlichen Waldgesellschaften, die stabiler gegen Witterungsextreme, Schneedruck, Windwurf und Schädlingsbefall sind. Neben der Funktion als Nutzgut wird das Augenmerk auch vermehrt auf den Erhalt des Waldbestandes und des Waldbodens als natürlicher Schutz gegenüber Naturkatastrophen und Witterungsextreme gelegt.

Der Bericht **Klimafit in eine lebenswerte Zukunft**[99] zeigt, dass Klimawandelanpassung in Österreich bereits systematisch angegangen wird – durch eine breite Vielfalt an Strategien, Forschungsprojekten und Fördermaßnahmen, die darauf abzielen, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft klimaresilient zu gestalten sowie Wissen in die praktische Umsetzung zu bringen.

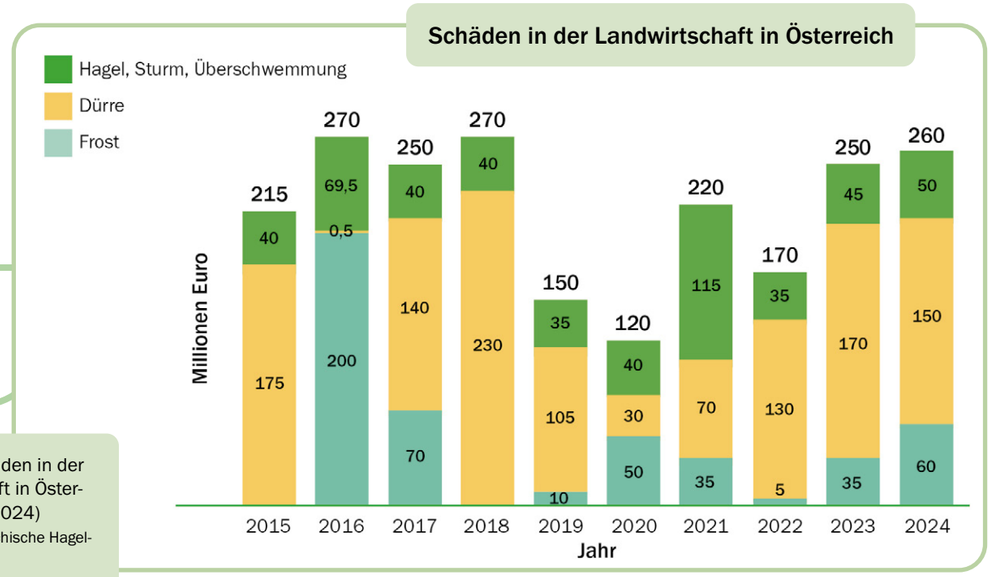


Abb. 17: Schäden in der Landwirtschaft in Österreich (2015-2024)
Quelle: Österreichische Hagelversicherung

99 https://www.bmluk.gv.at/dam/jcr:1d65bad5-8522-4656-a8eb-4766f3cf66fc/Klimafit%20in%20eine%20lebenswerte%20Zukunft.pdf


Rohstoff-Abbau
Quelle: bilanol – stock.adobe.com

Insgesamt ist der Klimaschutz eines der Themen wie u. a. auch Kriminalität, Hochwässer, oder Luftschadstoffe, die sich ständig im Fluss befinden und für die in Oberösterreich regelmäßige Umsetzungsberichte erstellt werden. Beispielsweise wird jährlich ein Fortschrittsbericht zur Oö. Klima- und Energiestrategie veröffentlicht.[100]

Natürliche Ressourcen in Oberösterreich

Natürlich vorkommende, durch geologische Prozesse entstandene Bodenfeststoffe wie Metalle und Mineralien sind global ungleich verteilt. Oberösterreich besitzt vorwiegend qualitativ hochwertige Baurohstoffe, während viele andere Rohstoffe wie Phosphate (Dünger) oder Metallerze selten sind. Manche Metallerze wie Cobalt- oder Tantalmineralien gelten als Konfliktmineralien, deren Abbau vor allem in instabilen Regionen soziale und ökologische Risiken inkl. der Finanzierung von kriegerischen Konflikten birgt.

In der aktuellen Liste der kritischen Rohstoffe für die Europäische Union aus dem Jahr 2023 werden 34 kritische bzw. strategisch bedeutende Rohstoffe für den europäischen Wirtschaftsmarkt angeführt. Die entscheidenden Faktoren für die Bewertung der Kritikalität in der EU sind die wirtschaftliche Bedeutung und das Versorgungsrisiko.

Für die vielfältige oberösterreichische Wirtschaft ist ein Großteil dieser kritischen Rohstoffe direkt relevant: Von Kokskohle, Niob, Titan und Vanadium in der Stahlerzeugung, über Platin (Katalysator) und Phosphor in der Düngemittelherstellung bis Kupfer und Nickel in der Oberflächenbehandlung (Galvanisierung).
In Oberösterreich werden geringe Mengen an fossilen Energieträgern, wie Erdöl und Naturgas, gewonnen, jedoch muss der überwiegende Anteil zur Versorgung der oberösterreichischen ▶

100 siehe Fortschrittsbericht 2024: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20UWD%20Abt_US/KES_Fortschrittsbericht_2024.pdf

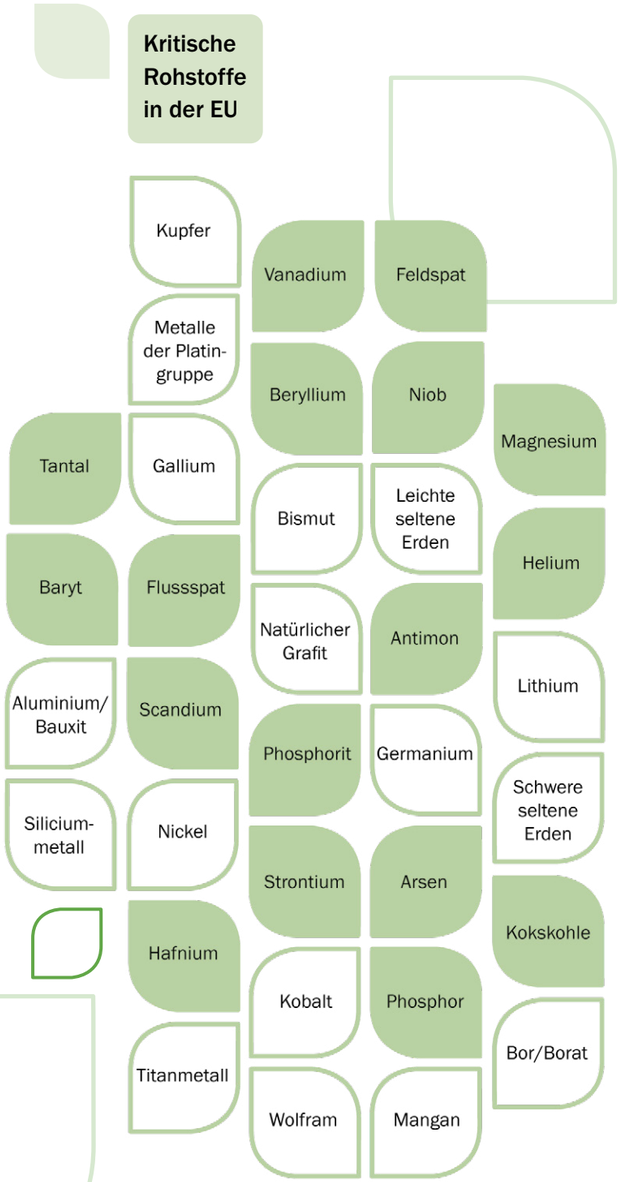


Abb. 18: 34 kritische Rohstoffe der EU, essenziell für wichtige Industrien und Technologien, ein besonders hohes Risiko besteht bei den 17 strategischen Rohstoffen (weiß); eigene Darstellung
Quelle: Bundesministerium für Finanzen, Critical Raw Materials Act

Haushalte und Unternehmen importiert werden. Im Oö. Energiebericht 2024[101] wird eine etwa 65-prozentige Importabhängigkeit angegeben. Die Angriffe auf die Schifffahrt in der Straße von Hormus im Jahr 2026 verdeutlichen, wie rasch geopolitische Konflikte die Energieversorgung und die Weltmarktpreise beeinflussen. Dies unterstreicht die sicherheitsrelevante Bedeutung der Versorgung Oberösterreichs insbesondere mit metallischen Rohstoffen und fossilen Energieträgern.

Der Trend der Urbanisierung hat eine Reihe von Auswirkungen auf die Ressourcennutzung und -sicherheit. In den künftig wachsenden Städten werden die „Lager" von Bau- und Dämmmaterialien weiter ansteigen, die am Ende ihrer Lebensdauer durch „**Urban Mining**" wieder in den Baustoffkreislauf eingebracht werden könnten. Erfahrungsgemäß fallen in urbanen Gebieten höhere Restabfallmengen an, teilweise sind auch die Trennquoten bei kommunalen Abfällen geringer, was zu Herausforderungen der Abfallwirtschaft führt. Nähere Informationen dazu finden sich im aktuellen Abfallbericht des Amtes der Oö. Landesregierung.[102] Im Jahr 2022 verbrauchte die österreichische Bevölkerung insgesamt 17 Tonnen Material pro Kopf, davon 14 Tonnen aus dem Inland (überwiegend Biomasse, Holz und nichtmetallische mineralische Rohstoffe).

Um nachhaltig mit den (ober)österreichischen bzw. bereits importierten Ressourcen umzugehen, ist es wichtig, die **Rohstoffe effizienter einzusetzen**, möglichst gute Recyclingquoten zu erzielen und den Ersatz von fossilen durch nachwachsende Rohstoffe bzw. von seltenen (= kritischen) chemischen Elementen durch häufiger vorkommende zu prüfen beziehungsweise zu forcieren. Abfallarm und umweltschonend abbauen, möglichst lange Lebensdauer der Produkte, leicht trenn- und recyclebar – der effiziente Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ist ein maßgebliches Kriterium für eine zukunftsfähige Entwicklung der Wirtschaft und den Wohlstand einer Region. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden auf verschiedenen Ebenen wie der EU, aber auch in Oberösterreich entsprechende Forschungsinitiativen gestartet – etwa an der Johannes Kepler Universität mit einem interdisziplinären Stiftungsinstitut für Integrierte Qualitätsgestaltung.

Seit 2022 gibt es die österreichische **Kreislaufwirtschaftsstrategie**[103], mit der eine Umgestaltung der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft in eine klimaneutrale, nachhaltige Kreislaufwirtschaft bis 2050 angestrebt wird.

Zentrale Ziele sind
1. die Reduktion des Ressourcenverbrauchs,
2. die Steigerung der Ressourcenproduktivität,
3. die Steigerung der Zirkularitätsrate und
4. die Konsumreduktion privater Haushalte.

In Oberösterreich wird die Vision verfolgt, bis 2030 eine führende **Modellregion für kreislauffähiges Wirtschaften** in Europa zu werden. Die Standortagentur Business Upper Austria initiiert, berät und koordiniert interdisziplinäre Projekte rund um das Thema Kreislaufwirtschaft. Ein zentrales Element dieser Bemühungen ist die „Circular Region Community", die regelmäßige Treffen organisiert, um Best Practices und erfolgreiche Beispiele für Kreislaufwirtschaft auszutauschen. Durch einen abfallarmen und umweltschonenden Abbau, Produkte mit langer Lebensdauer und guter Rezyklierbarkeit wird der effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen als maßgebliches Kriterium für eine zukunftsfähige Entwicklung der Wirtschaft und den Wohlstand der Region betrachtet.

Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit

In Oberösterreich ist die Abteilung Ernährungssicherheit und Veterinärwesen der Direktion Soziales und Gesundheit beim Amt der Oberösterreichischen Landesregierung für die Lebensmittelaufsicht und für die Gewährleis- ▶



Landwirtschaftliche Nutzung im Eferdinger-Becken
Quelle: Gina Sanders – stock.adobe.com

101 https://www.energiesparverband.at/fileadmin/esv/Broschueren/Energiebericht_2024.pdf
102 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/landesabfallbericht_2024.pdf
103 https://nachhaltigwirtschaften.at/resources/nw_pdf/kreislaufwirtschaft/kreislaufwirtschaftsstrategie-2022.pdf

Selbstversorgungsgrad bei ausgewählten Lebensmitteln in Österreich 2023/2024 in Prozent

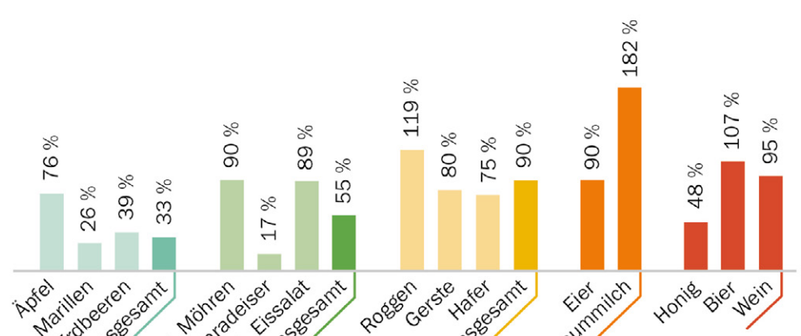


Abb. 19: Selbstversorgungsgrad bei ausgewählten Lebensmitteln in Österreich (2023/2024)
Quelle: Land OÖ, Oö. Zukunftsakademie; Daten: Statistik Austria, Versorgungsbilanzen

tung der Ernährungssicherheit zuständig. Die Trinkwasseraufsicht ist in der Abteilung Wasserwirtschaft der Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft angesiedelt. Ziel der **Lebensmittel- und Trinkwasseraufsicht** ist der Schutz der Konsumierenden vor Gesundheitsschädigung und Täuschung. Dazu kontrollieren die Aufsichtsorgane nicht nur die Genusstauglichkeit, sondern ebenso mögliche Strahlenbehandlung oder Radioaktivität und genetische Veränderungen. Auch Kosmetika und Spielwaren werden auf gesundheitsgefährdende Stoffe untersucht. Besonderes Augenmerk wird auf die Einhaltung der Kennzeichnungspflichten gelegt, um der Bevölkerung bestmögliche Informationen und Sicherheit zu bieten.

Im globalen Zusammenspiel umfasst die Ernährungssicherheit weitere Aspekte, die durch die zukünftigen klimatischen Veränderungen und zunehmende Ressourcenausbeutung an Bedeutung gewinnen werden. Unter dem Begriff der „**Food Security**“ wird die Ernährungssicherheit durch Ernährungssicherung, Nahrungsvorsorge, Ernährung und Ernährungsverhalten erweitert. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO) sieht vier Dimensionen der Food Security:

- Nahrungsmittelverfügbarkeit
- leistbarer und physischer Nahrungsmittelzugang (für den einzelnen Haushalt)
- Nahrungsmittelverwendung
- Stabilität

2023 litten laut FAO weltweit 713 bis 757 Millionen Menschen an Hunger und diese Zahl wird voraussichtlich bis 2030 auf über 840 Millionen ansteigen. Insbesondere Konflikte, Wetterextreme und geringeres Wirtschaftswachstum werden als Gründe angeführt.

Auch in Österreich und Ländern, von denen Nahrungs- und Futtermittel importiert werden, verändert der Klimawandel die Bedingungen für den Nahrungsmittelanbau. Zudem beeinflussen Flächenverbräuche, etwa durch Verbauung, Infrastruktur oder den Anbau von Energiepflanzen, die Lebensmittelverfügbarkeit bzw. deren Preis. In der ACRP-Studie „Food Security Risks for Austria Caused by Climate Change“[104] werden die Auswirkungen verschiedener Risiken auf Österreichs Ernährungssicherheit simuliert, was die Ableitung von Risikomanagementoptionen und politische Empfehlungen zur Sicherheitsvorsorge ermöglicht.

Die österreichische Landwirtschaftsproduktion ist gegenwärtig auf Energiezukäufe (fossile Energieträger) und Rohstoff-Importe (Phosphat, Kalium, Pestizide, Vitamine, essentielle Aminosäuren) angewiesen. Von hoher strategischer Bedeutung und Sicherheitsrelevanz ist die starke Abhängigkeit von Importen aus Nicht-EU-Ländern. Dies betrifft Energie (Rohöl, Erdgas), Phosphatdünger und proteinhaltige Futtermittel, vor allem Soja. Für die österreichische Landwirtschaftsproduktion und Nahrungsmittelversorgung sind klimatische Veränderungen und Importabhängigkeiten zentrale Risikofaktoren. Zusätzlich beeinflussen agrarpolitische Vorgaben und der technologische Fortschritt die Rahmenbedingungen der Betriebe. Vor diesem Hintergrund verfolgt die VISION 2028+[105] das Ziel, die österreichische Land- und Forstwirtschaft sowie die ländlichen Räume langfristig wirtschaftlich tragfähig, ökologisch verantwortungsvoll und gesellschaftlich akzeptiert weiterzuentwickeln und zentrale Risikofaktoren wie Klimawandel, Importabhängigkeiten, veränderte agrarpolitische Vorgaben und technologische Entwicklungen systematisch zu adressieren, um die Resilienz der Landwirtschaft zu stärken. Ergänzend unterstreicht der oberösterreichische Strategieprozess Zukunft Landwirtschaft 2030[106], dass eine erfolgreiche Weiterentwicklung nur durch partnerschaftliches Handeln aller Beteiligten – von bäuerlichen Betrieben über Verarbeiter, Handel, Politik, Medien bis zu Konsument:innen – gelingen kann und die gemeinsame Erarbeitung von Visionen, Zielen und konkreten Maßnahmen im Mittelpunkt steht.

Trotz hoher Selbstversorgungsgrade bei Grundnahrungsmitteln ist Österreich zunehmend von globalen Entwicklungen betroffen. Die Preisvolatilität am Weltmarkt, gestörte Lieferketten und Wetterextreme wie Dürren oder Starkregen haben Auswirkungen auf die Ernteerträge und Produktionskosten. Besonders im Futtermittelsektor besteht eine hohe Abhängigkeit von Importen, die durch geopolitische Krisen oder klimabedingte Ernteausfälle gefährdet werden können.

Die Situation auf den Agrarmärkten und die Lebensmittelversorgung in Österreich rückte 2022 durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verstärkt in den Fokus. Steigende Betriebsmittelpreise, insbesondere für Energie ▶



Getreidefeld
Quelle: Calado – stock.adobe.com

104 Austrian Climate Research Program im Rahmen des Klima- und Energiefonds: https://homepage.boku.ac.at/imrannad/Reports/Food_Security_Endbericht.pdf
105 https://www.bmluk.gv.at/dam/jcr:4ad27a3b-2963-4bc6-ba28-b9d581c87ec9/VISION%202028_Brosch%C3%BCre_barrierefrei.pdf
106 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/lfw_Zukunft_Landwirtschaft_2030_Buch.pdf

und Dünger, sowie internationale Handelsverzerrungen führten zu Unsicherheiten entlang der gesamten Lebensmittelversorgungskette. Vor diesem Hintergrund wurde im Landwirtschaftsministerium ein Krisenstab eingerichtet, der unter anderem Auswirkungen auf Versorgungslage, Marktpreise und Produktionsbedingungen analysiert. Im Folgenden wurde ein **5-Punkte-Resilienz-Plan für Lebensmittelversorgungssicherheit** erarbeitet, der die Krisenfestigkeit der Lebensmittelversorgung in Österreich stärken soll:

- 5 Millionen Euro Fördercall bei Investitionen in Resilienzmaßnahmen von Lebensmittelverarbeitungsbetrieben
- 5 Millionen Euro für Forschungen im Bereich erneuerbare Rohstoffe und Klimawandel bzw. Versorgungs- und Ernährungssicherheit
- Resilienz-Investitionsförderungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik
- Reform des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes (Vorsorgemaßnahmen, verbesserter Informationsfluss)
- Aktualisierung von Krisenplänen

Im Bericht zur nationalen Lebensmittelversorgungssicherheit von 2023 wird eine grundsätzliche stabile Versorgungslage Österreichs angesichts globaler Krisen, insbesondere des Ukrainekrieges, bestätigt. Risiken gibt es jedoch durch hohe Energie- und Betriebsmittelkosten, internationale Abhängigkeiten sowie klimatische Veränderungen. Eine strategische Weiterentwicklung in Richtung Eigenversorgung, Krisenvorsorge und nachhaltige Produktion ist nötig.

Eine weitere Gefahr könnte der großflächige Ausfall von bestäubenden Insekten sein, wobei das sogenannte „**Bienensterben**“ von besonderer Bedeutung ist.

Primär ist es daher notwendig, die Versorgungssicherheit im Inland bzw. im mitteleuropäischen Kontext zu erhöhen (z. B. Donausoja), Alternativen zu suchen, die technologischen Entwicklungen im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion zu forcieren und die Rahmenbedingungen für den inländischen Agrarsektor zu verbessern.

Die Erfahrung mit dem Unfall in Tschernobyl zeigte, dass auch **atomare Verstrahlung** großflächig Lebensmittel beeinträchtigt und somit ein Risikofaktor für die Ernährungssicherheit darstellt.

Zudem wird die globale Ernährungssicherheit auch durch sozioökonomische Faktoren wie die steigende Weltbevölkerung, wachsenden Konsum sowie Veränderungen in der Tierproduktion (z. B. Hitzestress, Zoonosen) belastet. Der steigende Bedarf an Futtermitteln und Flächen für Tierhaltung verstärkt den Druck auf Anbauflächen für menschliche Ernährung und führt zu Nutzungskonflikten, insbesondere in Regionen mit ohnehin knappen Ressourcen.

Die Ernährungssicherheit in Oberösterreich steht vor einer Vielzahl an Herausforderungen. In der landwirtschaftlichen **Produktion** sind klimatische Veränderungen, Extremwetterereignisse, Wassermangel sowie Krankheitsausbrüche bei Tieren und Pflanzen zentrale Risikofaktoren. Hinzu kommt der zunehmende Mangel an Fachkräften in der Landwirtschaft. Auch **Infrastrukturen** bergen Gefahren: Unterbrechungen in Transport- und Lieferketten, Ausfälle bei Energieversorgung oder Kühlketten sowie Cyberangriffe auf kritische Systeme können die Versorgung empfindlich stören.

Globale Verflechtungen machen Österreich zudem anfällig für externe Einflüsse: **Importabhängigkeit** bei Futter- und Düngemitteln, volatile Energiepreise, Handelsbeschränkungen sowie geopolitische Konflikte wirken sich direkt auf Produktionskosten und Verfügbarkeit von Lebensmitteln aus. Auch das wirtschaftliche und politische **Umfeld** ist nicht stabil – etwa durch technologische Umbrüche, agrarpolitische Weichenstellungen oder einen wachsenden Preisdruck auf Produzent:innen entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Nicht zuletzt wirken **soziale Faktoren** auf die regionale Ernährungssicherheit ein. Der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft, die zunehmende Urbanisierung sowie sich verändernde Konsumgewohnheiten beeinflussen sowohl die Nachfrage als auch die Produktionsbedingungen nachhaltig.
In Summe wird deutlich, dass Ernährungssicherheit kein isoliertes Thema, sondern das Ergebnis zahlreicher miteinander verflochtener Entwicklungen ist – lokal wie global.

Um die Resilienz der heimischen Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft zu stärken, setzt Österreich verstärkt auf Diversifizierung, regionale Wertschöpfung und Klimaanpassungsmaßnahmen. Dazu zählen etwa die Förderung klimaresilienter Sorten, verbesserte Wasserbewirtschaftung, Maßnahmen zur Bodengesundheit sowie die Reduktion der Abhängigkeit von energieintensiven Betriebsmitteln. ■

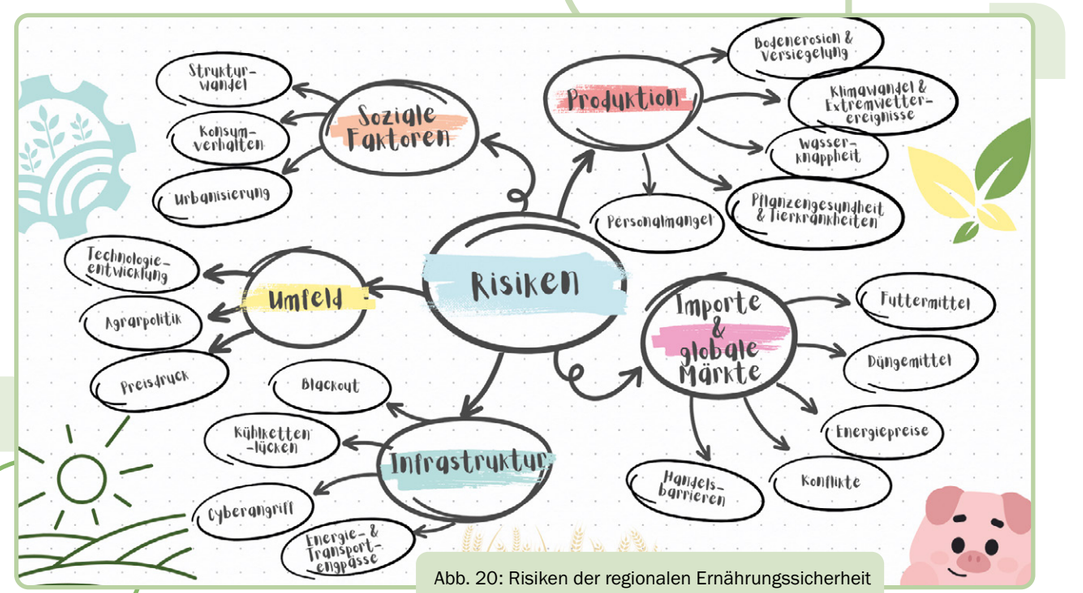


Abb. 20: Risiken der regionalen Ernährungssicherheit
Quelle: Land OÖ, Oö. Zukunftsakademie, Canva



Zukunftsszenarien und Handlungsstrategien

Gehen wir der Frage nach, welche Sicherheitstrends die nächsten Jahrzehnte prägen werden, kristallisieren sich insbesondere drei übergeordnete Entwicklungen heraus: Erstens wird der **Klimawandel zunehmend als Sicherheitsfaktor wirksam** – durch Extremwetterereignisse, Versorgungsengpässe und daraus resultierende soziale wie geopolitische Spannungen. Zweitens verändert die **fortschreitende Digitalisierung mit dem rasanten Aufstieg von Künstlicher Intelligenz** die Bedrohungslandschaft grundlegend: Von automatisierten Angriffen bis zu algorithmischen Entscheidungen in sicherheitskritischen Bereichen entstehen neue Abhängigkeiten und ethische Fragen. Drittens eröffnet die Entwicklung von **Quantencomputern** eine neue Dimension technologischer Unsicherheit, da sie etablierte Verschlüsselungsmethoden unterlaufen und bestehende Schutzsysteme infrage stellen könnten.

Darüber hinaus gewinnen weitere sicherheitsrelevante Entwicklungen an Bedeutung. Der demografische Wandel führt zu einer alternden Gesellschaft und verschärft den Fachkräftemangel, während anhaltende globale Ungleichgewichte und Konflikte zu einem zunehmenden Migrationsdruck beitragen. Damit verbunden ist auch das Risiko gesellschaftlicher Spannungen, Polarisierung und wachsender Extremismus – befeuert durch Desinformation und schwankendes Vertrauen in demokratische Institutionen.

Die COVID-19-Pandemie ist zudem ein Beispiel, dass sich auch **unvorhersehbare Ereignisse** innerhalb kurzer Zeit zu Sicherheitsherausforderungen von enormer Tragweite entwickeln können. Dies verdeutlicht, wie wichtig **flexible Sicherheitsstrategien** und ein hohes Maß an Resilienz sind. Folglich müssen wir über die genannten Trends hinaus wachsam bleiben und uns kontinuierlich auf neue Bedrohungen und Herausforderungen einstellen.

Sicherheit ist als gesellschaftliche und technologische Querschnittsmaterie zu verstehen. **Prävention, Resilienzaufbau und vorausschauende Sicherheitsstrategien** werden zu zentralen Elementen einer nachhaltigen Vorsorge im digitalen und globalen Zeitalter.

Sicherheit als gesellschaftliche und technologische Aufgabe

Sicherheit ist nicht allein Aufgabe staatlicher Institutionen oder technischer Fortschritte – sie wird zunehmend zur **geteilten Verantwortung** innerhalb der Gesellschaft. Eine resiliente Sicherheitskultur lebt vom Verständnis und der **Akzeptanz der Bevölkerung, von Transparenz, klarer Kommunikation** und **frühzeitiger Einbindung**. Frühwarnsysteme, Notfallpläne oder Schutzmaßnahmen können nur dann wirksam greifen, wenn sie von den Menschen verstanden, mitgetragen und freiwillig umgesetzt werden. Vertrauen in Behörden, Wissenschaft und Medien sowie das individuelle Sicherheitsverhalten – etwa im Katastrophenschutz, im digitalen Raum oder bei Gesundheitskrisen – sind zentrale Bausteine gesellschaftlicher Resilienz. Der Umgang mit jüngsten Krisen wie Pandemie, Extremwetter oder Energieknappheit zeigt deutlich, wie wichtig ein Miteinander von Verantwortungsträgern, Forschung und Zivilgesellschaft ist.

Parallel dazu schreitet die technologische Entwicklung in vielen sicherheitsrelevanten Bereichen dynamisch voran. Neue Materialien, Sensorik und intelligente Systeme ermöglichen eine präventive und vorausschauende Gefahrenvermeidung. Im Bereich der Infrastruktur und Industrie gewinnen etwa „**Predictive Maintenance“-Lösungen** an Bedeutung: Durch kontinuierliche Überwachung mittels Sensoren und Datenanalyse können Verschleiß, Materialermüdung oder andere potenzielle Störungen frühzeitig erkannt und gezielt behoben werden – noch bevor ein Ausfall eintritt. Auch der Einsatz von **intelligenten Werkstoffen,** etwa korrosionsresistenten Materialien oder selbstreinigenden Oberflächen, trägt dazu bei, Wartungszyklen zu verlängern und Ausfälle zu reduzieren. In der Baustoffforschung werden zunehmend **materialintegrierte Sicherheitssysteme** entwickelt, etwa für Brücken, Tunnel oder Dämme. Technologien wie selbstheilender Beton oder reaktive Beschichtungen, die sich bei kleineren Schäden automatisch regenerieren oder ihre Funktion anpassen, befinden sich in Pilotanwendungen. Parallel dazu ermöglichen **neue Sicherheitsstandards** und Prüfverfahren in Bereichen wie Energiesystemen, Gebäudetechnik oder Transport eine höhere Ausfallsicherheit. Auch der Einsatz dezentraler Systeme – etwa in der Energieversorgung oder in Kommunikationsnetzwerken – trägt zur Robustheit gegenüber Störungen bei.

Sicherheit ist kein fixer Zustand, sondern ein kontinuierlicher Gestaltungsprozess. Der Blick richtet sich dabei zunehmend auf präventive Strukturen, anpassungsfähige Systeme und die Fähigkeit, auch unter unsicheren Bedingungen stabil zu funktionieren. Entscheidend ist, dass Sicherheit nicht nur als Reaktion verstanden wird, sondern als integraler Bestandteil einer zukunftsorientierten Entwicklung – mit klaren Standards, innovationsgetriebenen Lösungen und praxisnaher Umsetzbarkeit.

Sicherheit vs. Freiheit

Gesellschaftliche Beteiligung, technologischer Fortschritt und vorausschauende Planung sind zentrale Voraussetzungen für eine widerstandsfähige Sicherheitskultur. Je wirksamer Sicherheitsstrategien werden – ob durch gemeinsames Handeln oder durch technische Innovation – desto mehr stellt sich jedoch die Frage nach dem richtigen Maß: Wie viel Sicherheit ist notwendig – und wo beginnt eine Einschränkung individueller Freiheit? Die **Balance zwischen Schutzbedürfnis und Freiheitsrechten** wird zur zentralen Herausforderung in einer zunehmend vernetzten, datengetriebenen und risikobewussten Welt. ▶



Sicherheit ist ein gesellschaftliches Gut, das sich auf ethische Prinzipien, rechtsstaatliche Verfahren und technologische Gestaltungsräume stützt. Instrumente wie „Predictive Policy“ oder algorithmische Risikobewertungen bieten neue Möglichkeiten für vorausschauende Maßnahmen, werfen jedoch zugleich Fragen nach Transparenz, Fairness und demokratischer Kontrolle auf. Entscheidend ist, dass Freiheit und Sicherheit nicht als Gegensätze, sondern als gleichwertige Voraussetzungen für gesellschaftliche Stabilität verstanden werden – eingebettet in klare Regeln und unter breiter Beteiligung.

Sicherheit gestalten – Strategien für morgen

Die **komplexer werdenden Sicherheitsanforderungen** der Zukunft verlangen nach zunehmend **systemischeren und lernfähigen Ansätzen**. Angesichts komplexer und miteinander verflochtener Risiken sollten Strategien nicht nur technisch am jeweils neuesten Stand, sondern natürlich auch gesellschaftlich anschlussfähig und ethisch reflektiert sein. In Oberösterreich bedeutet dies, vorhandene Stärken – etwa im Bereich Forschung, Industrie und Verwaltung – gezielt in vernetzte, präventive Sicherheitslösungen zu überführen.

Auf Grund der Vielfalt der Herausforderungen sollte Sicherheit und Gefahrenprävention in **allen Sektoren mitgedacht und verankert** werden. Dadurch können die im Trendreport angesprochenen Risiken, aber auch solche, die aus heutiger Sicht noch nicht abschätzbar sind, **früher erkannt und in ihren Auswirkungen** verringert werden. Ein zukunftsweisendes Instrument der vorausschauenden Sicherheitssteuerung wurde mit der Rolle des Krisensicherheitsberaters auf Bundesebene geschaffen. Seit 2024 ist diese Position gesetzlich verankert und verpflichtet, alle sechs Monate einen umfassenden Bericht vorzulegen. Das erste „Gesamtstaatliche Lagebild“ wurde im Juli 2025 vorgelegt, dessen Kurzfassung mit 30 Handlungsoptionen auch öffentlich zugänglich ist.[107]

Wichtig wird es auch sein, die Wechselwirkungen der künftigen sicherheitsrelevanten Änderungen zu betrachten: Beispielsweise steht zwar der generelle Schutz der **kritischen Infrastrukturen** schon heute im Zentrum der Betrachtungen. Allerdings werden sich diese, etwa angetrieben von der Energiewende und der Verringerung des Ausstoßes an klimarelevanten Gasen, selbst deutlich wandeln. So hätte z. B. ein Blackout in einer künftig weitgehend elektrisch angetriebenen Welt noch größere Auswirkungen als derzeit.

Angesichts der zunehmenden strategischen Relevanz des Themas „umfassende Sicherheit“ wurde im Juli 2025 die Sicherheits-Allianz OÖ[108] ins Leben gerufen. Diese vereint Vertreter:innen aus Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Blaulichtorganisationen unter Federführung der oberösterreichischen Standortagentur Business Upper Austria. Ziele sind strategische Leitlinien zu entwickeln, Handlungsfelder zu identifizieren und neue Synergien zu schaffen.

Die folgenden Punkte zeigen eine Auswahl an sicherheitsrelevanten Handlungsfeldern für Oberösterreich auf und beinhalten sowohl neue Impulse als auch bestehende Maßnahmen, die fortgeführt, weiterentwickelt oder in ihrer Wirkung intensiviert werden sollten.

107 https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:b54ecfa0-da71-4fe4-953a-385c75794d64/gesamtstaatliches_lagebild_2025_bf.pdf
108 https://www.land-oberoesterreich.gv.at/546168.htm

Frühwarnung & Prävention

- Stärkung der vorhandenen Foresight-Mechanismen und -Teams (Trendanalysen, Sicherheitslagebilder)
- Ausbau moderner Frühwarnsysteme (z. B. Cell-Broadcast für direkte Warnnachrichten an die Bevölkerung, KI-gestützte Wetter- & Gesundheitsanalysen)
- Koordinierter Informationsaustausch zwischen Behörden, Gemeinden und Wirtschaft
- Enge Zusammenarbeit mit der Polizei zur frühzeitigen Identifikation sicherheitsrelevanter Entwicklungen und für lageangepasste Reaktionen auf Bedrohungsszenarien

Resilienz stärken

- Förderung des sozialen Vertrauens und Zusammenhalts (z. B. durch Dialoge, Antiextremismusarbeit, Partizipation)
- Stärkung umfassender Krisenkompetenz durch verschiedenste Bildungsmaßnahmen, Übungen, Info-Kampagnen
- Ausbau ehrenamtlicher Strukturen (Community Response Teams, Katastrophenschutzübungen)
- Redundanz und Diversifikation bei Energie, Lieferketten, IT-Infrastruktur
- Hitzeaktionspläne, klimaresiliente Landwirtschaft & Forstwirtschaft
- Verstärkte Einbindung des Bundesheeres in regionale Krisenübungen und Katastrophenschutzstrukturen zur Stärkung der operativen Reaktionsfähigkeit bei großflächigen Notlagen

Kritische Infrastrukturen absichern

- Sektorübergreifende Notfallpläne inklusive regelmäßiger Stresstests (z. B. für Stromausfälle oder anderer Auswirkungen absehbarer Krisenfälle)
- Berücksichtigung des Klimawandels in Raumordnung, Bauwesen, Mobilität, Wasserversorgung etc. im Sinne der Oö. Klima- und Energiestrategie

Cyber- und KI-Sicherheit ausbauen

- IT-Sicherheitsstandards für Unternehmen, Gemeinden und kritische Einrichtungen
- Förderung von IT-Ausbildung und Awareness (Phishing, Passworthygiene etc.)
- Verantwortungsvolle Nutzung von KI und Umsetzung der OÖ Digital Strategie zur digitalen Transformation der oö. Landesverwaltung

Informationssicherheit & Datenschutz gewährleisten

- Schutz sensibler Daten, klare Regeln für Überwachung & Videoanalyse
- Eindämmung von Desinformation in Zusammenarbeit mit Medien & Zivilgesellschaft
- Stärkung der Medienkompetenz und Demokratiebildung

Abschließend soll die Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert kein Prozess sein, der rein von „oben herab“ wirkt, sondern ein gesamtgesellschaftliches Projekt. Strategien für morgen setzen auf gemeinsame Verantwortung, innovationsgetriebene Lösungen, demokratische Kontrolle und die Fähigkeit, auch mit dem Unerwarteten konstruktiv umzugehen. Dann kann unser Bundesland auch in den kommenden, von raschen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen geprägten Jahren handlungsfähig bleiben, seine Resilienz stärken und ein hohes Maß an Lebensqualität sowie Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. ■

Quellen

(Internet-Quellen zuletzt abgerufen am 03.11.2026)

Agrarmarkt Austria, 2015: Research Report: Risiko- und Krisenmanagement für die Ernährungsvorsorge in Österreich (EV-A)
https://www.ama.at/getattachment/581150a8-bf7a-4b10-b081-9f93eb36b533/EV-A-Report-V11.pdf

Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA), 2025: Unfallfrei am Bau: Mit Sicherheit ein guter Plan!
https://auva.at/blog/unfallfrei-am-bau/

Arbeiterkammer Oberösterreich, 2026: Psychische Belastungen
https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitundgesundheit/gesundheitsgefaehrdungen/Psychische_Belastungen.html

Austrian Development Agency, 2026: Ernährungssicherheit
https://www.entwicklung.at/themen/wasser-energie-und-ernaehrungssicherheit/ernaehrungssicherheit

Austrian Institute of Technology AIT, 2026: Automated Driving
https://www.ait.ac.at/loesungen/automated-driving

Austrian Institute of Technology AIT, 2026: Verkehrssicherheit, Unfallforschung & neue Mobilität
https://www.ait.ac.at/themen/verkehrssicherheit-und-unfallforschung

Austrian Standards International, 2026: ÖNORM B 1300
https://www.austrian-standards.at/de/shop/onorm-b-1300-2018-02-01~p2361113

Austrian Standards International, 2026: ÖNORM B 1301
https://www.austrian-standards.at/de/shop/onorm-b-1301-2016-04-15~p2221239

Bienenzentrum Oberösterreich, 2023: Bienenschäden mit Vergiftungsverdacht - was tun?
https://www.bienenzentrum.at/bienenschaeden-mit-vergiftungsverdacht-was-tun+2400+1006785

Bundesamt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen, 2020: Risiken und Risikomanagement in der Landwirtschaft Österreichs – Eine Unterlage für LandwirtInnen und BeraterInnen
https://bab.gv.at/jdownloads/Publikationen/BAB/Abschlussberichte/risiken_und_risikomanagement_in_der_landwirtschaft_2020_03_11.pdf

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (D), 2026: Sektoren und Branchen KRITIS
https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Kritische-Infrastrukturen/Sektoren-Branchen/sektoren-branchen_node.html

Bundesamt für Ernährungssicherheit, 2026: Sicherheit und Qualität für alle landwirtschaftlichen Produkte in Österreich
https://www.baes.gv.at

Bundesarbeiterkammer, 2026: Alternsgerechtes Arbeiten
https://www.gesundearbeit.at/arbeitsgestaltung/alternsgerechtes-arbeiten

Bundesinnung Bau, Wirtschaftskammer Österreich, 2026: Sicherheit am Bau
https://www.baumappe.at/

Bundeskanzleramt, 2015: Österreichisches Programm zum Schutz kritischer Infrastrukturen (APCIP). Masterplan 2014
https://www.onlinesicherheit.gv.at/Services/Initiativen-und-Angebote/Strategische-Infrastrukturen/Austrian-Program-for-Critical-Infrastructure-Protection-APCIP.html

Bundeskanzleramt, 2020: Cyber Crime Competence Center (C4)
https://www.onlinesicherheit.gv.at/Services/Initiativen-und-Angebote/Beratung-und-Sensibilisierung/Cyber-Crime-Competence-Center-C4.html

Bundeskanzleramt, 2024: Österreichische Strategie für Cybersicherheit 2021 (ÖSCS 2021)
https://www.onlinesicherheit.gv.at/Services/Initiativen-und-Angebote/Koordination-und-Strategie/Oesterreichische-Strategie-fuer-Cyber-Sicherheit-OeSCS.html
https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:79eff5f6-20ed-4cf7-8d71-a6a02e4c49b3/cyberstrategie2021.pdf

Bundeskanzleramt, 2025: Baurecht und Bauordnungen
https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/bauen_und_wohnen/bauen/Seite.2260200

Bundeskanzleramt, 2025: Europa unterzeichnet gemeinsame Erklärung zur Europäischen Digitalen Souveränität
https://www.digitalaustria.gv.at/wissenswertes/news/news-77.html
https://www.digitalaustria.gv.at/dam/jcr:c0db0940-dcc4-4ece-806d-5517a21efbb9/251118-5_Declaration_Berlin.pdf

Bundeskanzleramt, 2026: Bundesgesetz zur Sicherstellung eines hohen Resilienzniveaus von kritischen Einrichtungen (Resilienz kritischer Einrichtungen-Gesetz – RKEG) sowie Änderung des Tilgungsgesetzes 1972
https://ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2025_I_60/BGBLA_2025_I_60.html

Bundeskanzleramt, 2026: Bundesgesetz über die Sicherstellung der staatlichen Resilienz und Koordination in Krisen (Bundes-Krisensicherheitsgesetz – B-KSG)
https://ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20012321

Bundeskanzleramt, 2026: Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für ArbeitnehmerInnenschutzgesetz
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008910

Bundeskanzleramt, 2026: Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Epidemiegesetz 1950
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010265

Bundeskanzleramt, 2026: Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Gesundheitsqualitätsgesetz
https://www.ris.bka.gv.at/geltendefassung.wxe?abfrage=bundesnormen&gesetzesnummer=20003883

Bundeskanzleramt, 2026: Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Netz- und Informationssystemsicherheitsgesetz
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20013065

Bundeskanzleramt, 2026: Landesrecht konsolidiert Oberösterreich: Gesamte Rechtsvorschrift für Oö. Bauordnung 1994
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Lr00&Gesetzesnummer=10000411

Bundeskanzleramt, 2026: Landesrecht konsolidiert Oberösterreich: Gesamte Rechtsvorschrift für Oö. Katastrophenschutzgesetz
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LR00&Gesetzesnummer=20000459

Bundeskanzleramt, 2026: Landesrecht konsolidiert Oberösterreich: Gesamte Rechtsvorschrift für Oö. Raumordnungsgesetz 1994
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Lr00&Gesetzesnummer=10000370

Bundeskanzleramt, 2026: Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Sicherheitspolizeigesetz
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Gesetzesnummer=10005792&Abfrage=Bundesnormen

Bundeskanzleramt, 2026: Österreichische Sicherheitsstrategie 2024
https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/sicherheitspolitik/sicherheitsstrategie.html

Bundeskanzleramt, Krisensicherheitsbüro, 2026: Gesamtstaatliches Lagebild 2025
https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:b54ecfa0-da71-4fe4-953a-385c75794d64/gesamtstaatliches_lagebild_2025_bf.pdf

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2024: Der Österreichische Strukturplan Gesundheit – Planungsinstrument und Rahmenplan
https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitssystem-und-Qualitaetssicherung/Planung-und-spezielle-Versorgungsbereiche/Der-%C3%96sterreichische-Strukturplan-Gesundheit-%E2%80%93-%C3%96SG.html

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2026: Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG)
https://www.gesundheit.gv.at/gesundheitsleistungen/institutionen/basg.html

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2025: Internationales Pandemieübereinkommen und Internationale Gesundheitsvorschriften (IHR (2005))
https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitspolitik-in-der-EU-und--im-internationalen-Kontext-(WHO)/FAQ-WHO-Pandemieabkommen.html

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2025: Nationaler Hitzeschutzplan
https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Hitze/Nationaler-Hitzeschutzplan.html

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2025: Patient:innensicherheitsstrategie 3.0
https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitssystem-und-Qualitaetssicherung/Patient-innensicherheit-und-Patient-inneninformationen/Patientensicherheitsstrategie-3.0.html

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Sektion Arbeitsrecht und Zentral-Arbeitsinspektorat, 2023: Arbeitsplatzevaluierung psychischer Belastung
https://www.arbeitsinspektion.gv.at/arbeitsschutz/gesundheitsschutz/psychische_gesundheit_arbeitsplatz/arbeitsplatzevaluierung_psychische_belastung.html

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Sektion Arbeitsrecht und Zentral-Arbeitsinspektorat, 2025: Grenzwerte
https://www.arbeitsinspektion.gv.at/arbeitsschutz/arbeitsstoffe/grenzwerte.html

Bundesministerium für Europäische und internationale Angelegenheiten, 2026: Gemeinsam schaffen wir Sicherheit! Das Dialogforum als Teil der Gesamtüberarbeitung der Österreichischen Sicherheitsstrategie
https://www.bmeia.gv.at/themen/sicherheitspolitik/dialogforum

Bundesministerium für Finanzen, 2024: Ressourcennutzung in Österreich 2024
https://www.bmf.gv.at/themen/bergbau/mineralrohstoffpolitik/oesterreich/ressourcennutzung-in-oesterreich.html

Bundesministerium für Finanzen, 2026, Critical Raw Materials Act
https://www.bmf.gv.at/themen/bergbau/mineralrohstoffpolitik/europaeische-union/kritische-rohstoffe.html

Bundesministerium für Finanzen, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH, 2026: Das Österreichische Programm für Sicherheitsforschung (KIRAS). Thematischer Schwerpunkt
https://www.kiras.at/das-programm/thematischer-schwerpunkt/

Bundesministerium für Inneres, 2021: 3546/AB-BR/2021 Anfragebeantwortung “Aktualisierung der ACI-Liste”
https://www.parlament.gv.at/dokument/BR/AB-BR/3546/imfname_936104.pdf

Bundesministerium für Inneres, 2024: Cybercrime-Bekämpfung
https://www.bmi.gv.at/magazin/2024_09_10/02_Cybercrime_Bekaempfung.aspx

Bundesministerium für Inneres, 2024: Subjektive Sicherheit in Österreich (2023)
https://www.bmi.gv.at/114/files/Umfrage_Subjektive_Sicherheit/Subjektive_Sicherheit_Erhebung_fuer_2023_Ergebnisreport.pdf

Bundesministerium für Inneres, 2026: Verfassungsschutzbericht 2025
https://www.dsn.gv.at/501/files/vsb/verfassungsschutzbericht_vsb_2025_bf.pdf

Bundesministerium für Inneres, 2026: Bundeswarn-Zentrale
https://www.bmi.gv.at/204/skkm/Bundeswarnzentrale_Leichter_Lesen.aspx

Bundesministerium für Inneres, 2026: Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst
https://www.dsn.gv.at/

Bundesministerium für Inneres, 2026: GEMEINSAM.SICHER mit unserer Polizei
https://www.gemeinsamsicher.at/index.html

Bundesministerium für Inneres, 2026: Krisen- und Katastrophenmanagement
https://www.bmi.gv.at/204/skkm/

Bundesministerium für Inneres, 2026: Nationale Risikoanalyse gem. RKEG 2026
https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:cb3655c1-90ae-4e95-8d14-81056f9ccfcb/37a_1_beilage_1.pdf

Bundesministerium für Inneres, Bundeskriminalamt, 2025: Polizeiliche Kriminalstatistik 2024
https://www.bundeskriminalamt.at/501/files/PKS-24-web3_bf_20250919.pdf

Bundesministerium für Inneres, Bundeskriminalamt, 2026: Kriminalpolizeiliche Anzeigenstatistik - Kriminalitätsbericht 2025
https://www.bundeskriminalamt.at/501/files/kriminalpolizeiliche_anzeigenstatistik_2025_bf.pdf

Bundesministerium für Inneres, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 2014: MASTERPLAN 2014. Österreichisches Programm zum Schutz kritischer Infrastrukturen (APCIP)
https://www.dsn.gv.at/501/files/Schutz_kritischer_Infrastruktur/APCIP_Masterplan_2014.pdf

Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, 2021: Österreichische Verkehrssicherheitsstrategie 2021–2030
https://www.bmimi.gv.at/verkehrssicherheit/publikationen/vs-strategie/vss2030.html

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, 2022: Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie
https://nachhaltigwirtschaften.at/resources/nw_pdf/kreislaufwirtschaft/kreislaufwirtschaftsstrategie-2022.pdf

Bundesministerium für Landesverteidigung, 2021: Blackout und dann?
https://www.bmlv.gv.at/archiv/a2021/blackout/images/blackout_folder.pdf

Bundesministerium für Landesverteidigung, 2025, Risikobild 2025
https://www.bundesheer.at/risikobild-2025

Bundesministerium für Landesverteidigung, 2026: Risikobild 2026 - Ende der Ordnung?
https://verteidigungspolitik.at/risikobild

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, 2022/2023:
Klimafit in eine lebenswerte Zukunft – Strategien und Forschungsprojekte zur Klimawandelanpassung in den Bereichen der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
https://www.bmluk.gv.at/dam/jcr:1d65bad5-8522-4656-a8eb-4766f3cf66fc/Klimafit%20in%20eine%20lebenswerte%20Zukunft.pdf

Bundesministerium für Land-- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, 2023: Vierter Bericht zur nationalen Lebensmittelversorgungssicherheit
https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:4f358f5c-47ec-4ca4-aeb0-faa1cef23b04/77_14_bericht_NB.pdf

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, 2023: Totschnig: 5-Punkte-Resilienz-Plan für Lebensmittelversorgungssicherheit
https://www.bmluk.gv.at/service/presse/landwirtschaft/2023/5-punkte-resilienz-plan-fuer-lebensmittelversorgungssicherheit.html

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, 2024: VISION 2028+ - Zukunftsbild für Österreichs Landwirtschaft und den ländlichen Raum
https://www.bmluk.gv.at/dam/jcr%3A4ad27a3b-2963-4bc6-ba28-b9d581c87ec9/VISION%202028_Brosch%C3%BCre_barrierefrei.pdf

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, 2025: Krisenvorsorge: Regierung stärkt Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln
https://www.bmluk.gv.at/service/presse/lebensmittel/2025/regierung-staerkt-versorgungssicherheit-lebensmitteln.html

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, 2026: Das Österreichische Umweltzeichen
https://www.umweltzeichen.at/de/ueber-uns/start

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, 2026: HORA Natural Hazard Overview & Risk Assessment Austria
https://hora.gv.at/

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, 2026: Versorgungssicherheit in Österreich
https://www.bmluk.gv.at/themen/landwirtschaft/versorgungssicherheit/versorgungssicherheit.html

Business Upper Austria, 2026: Die oö. Wirtschafts- und Forschungsstrategie #upperVISION2030
https://www.uppervision.at/

Dell, G., 2025: Oberösterreichischer Energiebericht - Berichtsjahr 2024
https://www.energiesparverband.at/fileadmin/esv/Broschueren/Energiebericht_2024.pdf

Deutscher Wetterdienst, 2026: Stadtklima – die städtische Wärmeinsel
https://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimaforschung/klimawirk/stadtpl/projekt_waermeinseln/projekt_waermeinseln_node.html

Europäische Union, 2022: Richtlinie (EU) 2022/2555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und der Richtlinie (EU) 2018/1972 sowie zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2016/1148 (NIS-2-Richtlinie)
https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2022/2555/oj?locale=de

Europäische Union, 2022: Richtlinie (EU) 2022/2557 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Resilienz kritischer Einrichtungen und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/114/EG des Rates
https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2022/2557/oj/deu

Freedom House, 2025: A Less Free, Less Safe World
https://freedomhouse.org/article/less-free-less-safe-world

Fritsche, Andrea et al., 2024: Gemeinwesenarbeit als Sicherheitsfaktor im öffentlichen Raum? Ergebnisse der Wirkungsevaluation sozialräumlicher Projekte im Rahmen des KIRAS-Projekts „community work's". In: SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis 1/2024, S. 47-58
https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAK-Journal-Ausgaben/Jahrgang_2024/files/Fritsche_1_2024.pdf

GeoSphere Austria, 2015: Österreichische Klimaszenarien 2015 (ÖKS15)
https://klimaszenarien.at/oeks-15/

GeoSphere Austria, 2026: HISTALP – Historical Instrumental Climatological Surface Time Series of the Greater Alpine Region
https://www.zamg.ac.at/histalp/

Hellosafe, 2026: HelloSafe Sicherheitsindex
https://hellosafe.at/reiseversicherung/unsicherste-laender-zum-reisen

IBO Verein und GmbH, 2026: IBO ÖKOPASS
https://www.ibo.at/gebaeudebewertung/ibo-oekopass/

Ilić, I. et al., 2019, Medicina (Kaunas), 2019 Dec 4;55(12):772: Psychometric Properties of the World
https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/31817180/

Industriellenvereinigung OÖ, 2023: Die Zukunft Europas. iv-positionen. Das Magazin der Industrie Sept. 2023
https://oberoesterreich.iv.at/fileadmin/user_upload/oberoesterreich-iv-at/files/iv-positionen/2023/iv-positionen-OOE-September-2023.pdf

Institut für Technikfolgen-Abschätzung, 2017: Digitaler Stillstand. Die Verletzlichkeit der digital vernetzten Gesellschaft – Kritische Infrastrukturen und Systemperspektiven. Wien.
http://epub.oeaw.ac.at/0xc1aa500e_0x00358488.pdf

Jeßner, P., Plattner, G., 2022: IoT in Österreichs Privathaushalten – eine Analyse, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), 61-70
https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAK-Journal-Ausgaben/Jahrgang_2022/files/Jessner_2_2022.pdf

KIRAS Sicherheitsforschung, 2023: Climate4Health – Klimaschutz für die Sicherung der Infrastruktur im Gesundheitssektor
https://www.kiras.at/gefoerderte-projekte/detail/climate4health-klimaschutz-fuer-die-sicherung-der-infrastruktur-im-gesundheitssektor/

KIRAS Sicherheitsforschung, 2026: USKIT – Unbemannter Schutz Kritischer Infrastruktur
https://www.kiras.at/gefoerderte-projekte/detail/uskit-unbemannter-schutz-kritischer-infrastruktur/

Kompetenzzentrum Sicheres Österreich, 2023: Sicherheitsgipfel 2024
https://www.bmi.gv.at/magazinfiles/2024/09_10/10_ksoe-sicherheitsgipfel_2024.pdf

Kompetenzzentrum Sicheres Österreich, 2026: Kompetenzzentrum Sicheres Österreich – Landesklub Oberösterreich
https://kompetenzzentrum-sicheres-oesterreich.at/ksoe-landesclubs/oberoesterreich

Landespolizeidirektion Oberösterreich, 2025: Jugendkontaktbeamte (JUKOB)
https://www.polizei.gv.at/ooe/buergerservice/jugendkontaktbeamten/start.aspx

Land Oberösterreich, 2022: Pressekonferenz zum Thema Notfallplan Blackout - ein Meilenstein in der Katastrophenschutzarbeit am Montag, 2. Mai 2022. Oö. Landeskorrespondenz
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/278674.htm

Land Oberösterreich, 2025: Hitzeschutzplan für Oberösterreich
https://www.gesundes-oberoesterreich.at/wp-content/uploads/2025/07/Ooe.-Hitzeschutzplan_barrierefrei_072025.pdf

Land Oberösterreich, 2025: Neues Maßnahmenpaket gegen Radikalisierung und Extremismus
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/547718.htm

Land Oberösterreich, 2025: Pressekonferenz zum Thema Krisen- und Katastrophenschutzmanagement am Freitag, 12. Dezember 2025. Oö. Landeskorrespondenz
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/551760.htm

Land Oberösterreich, 2025: Sicherheit als Standortchance
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/546168.htm

Land Oberösterreich, 2026: Das Krisen- und KatastrophenschutzPortal des Landes Oberösterreich
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/kkp

Land Oberösterreich, 2026: Hydrografischer Dienst
https://hydro.ooe.gv.at/

Land Oberösterreich, 2026: OÖ Hausordnung
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/551096.htm

Land Oberösterreich, 2026: Oö. Patientenvertretung
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/38917.htm

Land Oberösterreich, 2026: Sicher ans Ziel. Verkehrssicherheitsinitiative OÖ
https://www.sicheransziel.at/

Land Oberösterreich, 2026: Sicherheit und Ordnung
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/89557.htm

Land Oberösterreich, Abteilung Land- und Forstwirtschaft, 2020: Zukunft Landwirtschaft 2030 – für eine erfolgreiche ländliche Entwicklung
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/lfw_Zukunft_Landwirtschaft_2030_Buch.pdf

Land Oberösterreich, Abteilung Trends und Innovation, 2024: Bevölkerung in Oberösterreich
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20PraesD%20Abt_TI/Ueberblick_Gesamtfertilitaetsrate.pdf

Land Oberösterreich, Abteilung Trends und Innovation, 2026: Bevölkerungsprognose
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/284545.htm

Land Oberösterreich, Abteilung Umweltschutz, 2024: Landesabfallbericht 2024
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/landesabfallbericht_2024.pdf

Land Oberösterreich, Abteilung Umweltschutz, 2025: DIE Oberösterreichische Klima- und Energiestrategie – Fortschrittsbericht 2024
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20UWD%20Abt_US/KES_Fortschrittsbericht_2024.pdf

Land Oberösterreich, Abteilung Umweltschutz, 2026: Bauen und Wohnen. Raumklima
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/17952.htm

Land Oberösterreich, Abteilung Umweltschutz, 2026: CLAIRISA – Climate-Air-Information-System for Upper Austria
https://www.doris.at/themen/umwelt/clairisa.aspx

Land Oberösterreich, Abteilung Verkehr, 2022: Unfallstatistikbericht 2021
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20SVD%20Abt_Verk/Unfallstatistikbericht%202021.pdf

Land Oberösterreich, Direktion Straßenbau und Verkehr, 2023: Mobilität gestalten. Mobilitätsleitbild Oberösterreich 2035
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20SVD%20Abt_GVoeVerk/Mobilitaetsleitbild%2000E%202035.pdf

Land Oberösterreich, Österreichische Gesundheitskasse, 2025: Gesundheit OÖ 2030. Regionaler Strukturplan Gesundheit OÖ 2030.
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20SGD%20Abt_Ges/Ges_Regionaler%20Strukturplan%20Gesundheit%200ber%c3%b6sterreich%20(RSG%200.pdf

Land Oberösterreich, Oö. Zukunftsakademie, 2024: New Work – Die „neue Normalität“ in der Arbeitswelt
https://www.ooe-zukunftsakademie.at/Mediendateien/New_Work_Trendreport.pdf

Land Oberösterreich, Oö. Zukunftsakademie, 2026: Zukunftsglossar. Blackout.
https://www.ooe-zukunftsakademie.at/zukunftsglossar-a-e-773.htm#2207

Land Steiermark, 2025 Leitfaden für Pflegewohnheime
https://www.gesundheit.steiermark.at/cms/dokumente/12914054_175143791/90b5a4a2/Leitfaden_Krisenvorsorge-PWH_Auflage1_.pdf

Leidwein, A.; Kolar, V.; Mechtler, K.; Baumgarten, A.; Berthold, H.; Strauss, G.; Steinwider, J.; Krachler, M.M.; Weigl, M.; Eitzinger, J.; Formayer, H.; Schlatzer, M.; Rohrer, G.; Längauer, M.; Steinhäusler, F.; Pichelstorfer, L.; Vas, J.; Teixeira, A.;Tribl, C.; Hambrusch, J.; Ortner, K., 2013: Food security risks for Austria caused by climate change.- Austrian Climate Research Program
https://homepage.boku.ac.at/imrannad/Reports/Food_Security_Endbericht.pdf

Leoni, T., 2019, WIFO, Entwicklung und Verteilung der psychisch bedingten Krankenstände in Oberösterreich
https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-2558/s_2019_krankenstaende_ooe_61534_-3.pdf

Magistrat Linz, 2026: Linzer Sicherheitsprogramm
https://www.linz.at/leben/sicherheit_programm.php

Murray, Christopher J. et al., 2022: Global burden oft bacterial antimicrobial resistance in 2019: a systemic analysis. In: Lancet 2022 Feb 12;399(10325):629-655. doi: 10.1016/S0140-6736(21)02724-0. Epub 2022 Jan 19.
https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/35065702/

natureplus Institute SCE mbh, 2026: natureplus-Umweltzeichen
https://natureplus-institute.eu/?page_id=36

ORF, 2025: Erster Bericht mit 30 „Handlungsoptionen“
https://orf.at/stories/3400720/

Österreichisches Brandschutzverzeichnis, 2026: Evakuierungspläne und Fluchtwege – Sicherheit durch klare Wege
https://www.brandschutz.at/fluchtwege/

Österreichisches Institut für Bautechnik, 2026: Harmonisierung von Bauvorschriften. Klare Vorgaben durch OIB-Richtlinien
https://www.oib.or.at/kernaufgaben/oib-richtlinien/

Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH, 2025: Infos zu Gelsen & Gelsenkrankheiten
https://www.ages.at/mensch/krankheit/infos-zu-gelsen-krankheiten

Österreichische Plattform Patientensicherheit, 2026: Plattform Patient:innensicherheit
https://plattformpatientensicherheit.at/index.php

RAL gemeinnützige GmbH, 2026: Was ist das EU Ecolabel?
https://eu-ecolabel.de/

Raml, Michael, 2022: Sicherheitsratgeber Linz. 6. Auflage
https://www.linz.at/images/Sicherheitsratgeber.pdf

Stadt Linz, 2023: Pandemie Plan Linz
https://www.linz.at/medienservice/archiv/2023/202307_121177.php

Statista, 2024: Anzahl der mit dem Internet der Dinge (IoT) verbundenen Geräte weltweit von 2022 bis 2033
https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1420315/umfrage/anzahl-der-iot-geraete-weltweit

Statistik Austria, 2020: Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme: Modul der Arbeitskräfteerhebung 2020
https://www.statistik.at/fileadmin/publications/arbeitsunfaelle_und_arbeitsbezogene_gesundheitsprobleme_2020.pdf

Statistik Austria, 2021: Wie geht's Österreich? 2021
https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wie_geht__s_0Esterreich__2021.pdf

Statistik Austria, 2025: Pressemitteilung 13 617/110/25
https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/06/20250603Kriminalstatistik2024.pdf

Umweltbundesamt, 2026: Die österreichische Kreislaufwirtschafts-Strategie
https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/abfall/abfallvermeidung/kreislaufwirtschafts-strategie

United Nations, 2024: World Population Prospects 2024
https://population.un.org/wpp/assets/Files/WPP2024_Summary-of-Results.pdf

United Nations Environment Programme, 2024: UNEP-Jahresbericht 2024
https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/47082/UNEP-Annual-Report-2024.pdf

UN-HABITAT, 2013: Charter of Public Space
https://habnet.unhabitat.org/sites/default/files/documents/Charter%20of%20Public%20Space.pdf

Wickert, Christian, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, 2024: Broken Windows (Wilson & Kelling). 6. Juli 2024
https://soztheo.de/kriminalitaetstheorien/soziale-desorganisation/broken-windows-wilson-kelling/

Wirtschaftskammer Österreich, 2026: CE-Kennzeichnung und Normen
https://www.wko.at/ce-kennzeichnung-normen/start

World Economic Forum, 2025: Global Risks Report 2025
https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2025/

World Economic Forum, 2026: Global Risks Report 2026
https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2026/

World Health Organization, 2025: Pandemic prevention, preparedness and response agreement
https://www.who.int/news-room/questions-and-answers/item/pandemic-prevention--preparedness-and-response-accord

Zivilschutzverband Oberösterreich, 2023: Hochwasser-Selbstschutz
https://zivilschutz-ooe.at/wp-content/uploads/2023/07/Hochwasser2022-Web.pdf

Zivilschutzverband Oberösterreich, 2025: Blackout – ein Stromausfall der alles verändert.
https://zivilschutz-ooe.at/wp-content/uploads/2024/12/Blackout2025-Web.pdf

Zivilschutzverband Oberösterreich, 2026
https://zivilschutz-ooe.at/

Zivilschutz Österreich, 2026
https://zivilschutz.at/



Impressum

Medieninhaber und Herausgeber: Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Präsidium, Abteilung Trends und Innovation, Oö. Zukunftsakademie, Altstadt 30a, 4021 Linz, Tel.: +43 732 7720 14402, E-Mail: zak.post@ooe.gv.at, ooe-zukunftsakademie.at | Redaktion: Mag.ª Dr.in Reingard Peyrl, MSc (Projektleitung), DI Dr. Klaus Bernhard, Mag.ª Simone Hüttmeir | 2. Auflage: November 2026 | Druck: hs DRUCK, Hohenzell bei Ried i. I. | Layout: KNUT.GRAFIK

Titelbild: © Adwo, AlinStock, bilanol, goodluz, Gorodenkoff, Mediteraneo, stockmotion – stock.adobe.com

Text und Bilder KI-unterstützt erstellt | Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/datenschutz

ober österreich